

Ost | Journal

The background image shows a winter scene in an urban environment. In the foreground, a red hatchback car is driving through a roundabout on a road partially covered in snow. The background is dominated by several tall, multi-story apartment buildings with many windows, some of which have colorful balconies. The sky is overcast and grey.

Was ist Ost-Europa?

S.39 **Träume der Transition:
Vom Westen träumen, im Osten scheitern**

S.46 **Das heutige Leben bosnischer Flüchtlinge
in San Francisco**

S.66 **Plattenbau trifft auf Kulturwissenschaften**



BIRGIT KINDER

VII, 1971
IX, 1971
X, 1971
XI, 1971
XII, 1971

03. **Vorwort**
Martina Poljak
04. **Postsozialistisch – postsowjetisch – postkolonial.**
Poststrukturalistisch geprägte Analysen von Ost-West-Verhältnissen
Sjoma Liederwald
10. **Soziale Kosten der ökonomischen Transformation in Estland -**
Der Preis des Wachstumsparadigmas
Lilian Pungas
20. **„Ost-Deutschland“: Under Western Eyes**
Katalin Gennburg
27. **Meine Nachwendezeit in Ostdeutschland und der Slowakei**
Ráchel Herrmannová
30. **„Es ist nicht mehr möglich, mit alten Methoden ein modernes Land zu gestalten“** Interview mit der armenischen Abgeordneten Mane Tandilyan
Hasmik Muradyan
34. **Die Zerrissenheit junger Georgier.** Zwischen Nationalstaat und EU.
Therese Bach, Othmara Glas
39. **Träume der Transition,** erläutert durch Träume des Kapitalismus
Martina Poljak
46. **Home is (t)here:**
Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina in San Francisco heute
Zorana Simic
56. **Gegenwart und Zukunft der Deutsch-Russischen Beziehungen**
Elisabeth Motschmann, Gernot Erlen, Wolfgang Gehrke, Michael Georg Link
60. **Alles nur Propaganda?**
Sergej Ėjzenštejns Oktober und die Große Sozialistische Oktoberrevolution
Lisa Füchte
66. **Plattenbau trifft auf Kulturwissenschaften -**
Interview mit Rüdiger Hahn
Stefan Kunath
72. **Vorstellungstext „Warum Ost Journal?“**
74. **„What is Eastern Europe?“**
Hana Ćurak



„Was ist Ost-Europa?“, war die scheinbar simple Frage unseres ersten Call for Papers. Da die Initiative für eine Zeitschrift mit ost-europäischem Fokus aus dem Internationalen Parlamentsstipendium des Deutschen Bundestages (IPS) hervorgegangen ist, wollten wir in dieser ersten Ausgabe herausfinden, aus welchen verschiedenen Perspektiven das Thema Ost-Europa zu beleuchten wäre. Die Redaktion hatte keinen theoretischen oder programmatischen Rahmen vorgegeben, weil er den von uns ersehnten Dialog und die thematische Auseinandersetzung mit Ost-Europa bereits begrenzt hätte. Es war uns wichtig, verschiedene politische Ansichten über den ost-europäischen Raum in einen Dialog miteinander zu bringen und eben auch durch die unterschiedlichen Perspektiven die monolithische Wahrnehmung von Ost-Europa und Ost-Europäer*innen zu durchbrechen.

Die Dekonstruktion von Stereotypen über Ost-Europa ist allerdings nicht das Ziel, sondern lediglich ein positives Nebenprodukt unserer Tätigkeit. Das Ziel war und ist es, eine intellektuelle Plattform und Vernetzungsmöglichkeit für junge (ost-europäische) Intellektuelle und Künstler*innen zu errichten, die den (Selbst)Bezug zu Ost-Europa reflektieren und wissenschaftlich, politisch oder künstlerisch bewerten. In der vorliegenden Ausgabe stellen wir nun die gelungenen Resultate unseres Vorhabens vor.

Auch wenn wir die Leitfrage so weit wie möglich gefasst hatten, kristallisierte sich doch ein gewisser roter Faden heraus, der sich motivisch durch die meisten der Autor*innenbeiträge spinnt: der Post-Sozialismus als Spielvariante des Post-Kolonialismus (Liederwald, Gennburg, Poljak). Die post-sozialistische Transformation Ost-Europas entpuppt sich dabei als Exerzierfeld des Neoliberalismus samt Wiedereinführung nationalistischer Politik (Pungas). Das Zugehörigkeitsgefühl junger Ost-Europäer*innen zu Europa bzw. zur EU wird zu einer politischen Stellungnahme gegen Nationalismus (Bach/Glas), jedoch ohne die Widersprüche des Neoliberalismus aufzulösen und damit die Tiefe der westlichen Gesellschaftskrise, die nicht nur eine Krise der EU ist, zu begreifen. Vielmehr bleibt diese EU trotz der Krise ein Vorbild und Sehnsuchtsort (Muradyan). Neben wissenschaftlichen Beiträgen und Reportagen finden sich aber auch ein eindrückliches Interview mit dem Kulturwissenschaftler Rüdiger Hahn zum Thema Plattenbau und ein kritisches Gedicht der jungen bosnischen Journalistin Hana Ćurak. Die Autorin definiert Ost-Europa als Ort, an dem man sich die Frage stellt, wer die Grenzen besser definieren wird als die Väter zuvor. Ost-Europa ist jedoch nicht der einzige Ort, an dem man sich diese Frage stellt. Es gibt allerdings zurzeit wohl überall falsche Antworten, mit denen wir uns nicht zufrieden geben.

Martina Poljak, Chefredakteurin



Postsozialistisch - postsowjetisch - postkolonial

Poststrukturalistisch geprägte Analysen von Ost-West-Verhältnissen

Sjoma Liederwald

Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Pakts verschwand auch die Vorstellung einer Teilung der Welt in drei Lager: die kapitalistischen Industriestaaten des Westens, die sozialistischen Industrienationen des Ostens und die Entwicklungsländer des Südens. In Analysen der internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen dominiert nun das Begriffspaar vom Globalen Norden und Globalen Süden.

In diesem Begriffspaar ist zwar Platz für Herrschaftsverhältnisse und Ungleichheiten im globalen Maßstab, das postsozialistische Europa und die postsowjetischen Staaten wurden aber bei Entstehung des Konzeptes nicht mitgedacht. Vor diesem Hintergrund haben sich Theoretiker*innen wie Madina Tlostanova, Manuela Boatcă, Larry Wolff und

Michał Buchowski ausgehend von postkolonialen Theorien und insbesondere Edward Saids Konzept des *orientalism* (1978) daran gemacht, neue Zugänge zur Analyse dessen zu entwickeln, was als Osteuropa gilt. Dabei sind die Arbeitsfelder der Autor*innen ebenso unterschiedlich wie ihre Sozialisation.

Ausgedachtes „Osteuropa“ und postkoloniales Russland

Ich selber habe nach einem Freiwilligendienst bei einer Menschenrechtsorganisation im zentral-russischen Voronež angefangen, mich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Die Wissenshierarchien, meine Überlegenheitsgefühle als „linker“ Aktivist und die Unsicherheiten der russischsprachigen Aktivist*innen im Umgang mit mir machten

mir das bestehende Machtgefälle zwischen Ost und West allzu deutlich. Meine Auseinandersetzung mit diesen Ungleichheiten steht im Spannungsfeld zwischen der Erkenntnis, dass der Export „westlicher“ Vorstellungen in die Ukraine oder nach Russland für die politische Arbeit vor Ort ungeeignet ist und der Tatsache, dass ich aber gleichzeitig die dortigen Kämpfe gegen Ungleichheiten unterstützen will. Mit Madina Tlostanova und Larry Wolff will ich zwei Autor*innen vorstellen, die sich ebenfalls mit diesem Machtgefälle auseinandergesetzt und meine aktuellen Positionen entscheidend geprägt haben.¹

Madina Tlostanova forscht an der Universität der Völkerfreundschaft in Moskau zur Position des russischen Imperiums gegenüber „dem“ Westen, zum russischen Kolonialismus und den postkolonialen Verstrickungen im ehemaligen Machtbereich des Russischen Zarenreiches und der Sowjetunion. Selber aus einer usbekisch-tscherkessischen und muslimischen Familie kommend, ist einer ihrer Schwerpunkte die Position von Frauen in den ehemaligen russischen Kolonien sowie die Auswirkungen von Islamfeindlichkeit im postkolonialen Russland, dem Kaukasus und Zentralasien. Auch versucht sie mögliche Auswege aus diesen Verstrickungen anzubieten, wobei sie einen Schwerpunkt auf Wissensproduktion und den Abbau von Wissenshierarchien legt.

Larry Wolff, Osteuropahistoriker an der New York University und Enkel galizisch-jüdischer Einwanderer*innen, beschäftigt sich hingegen vor allem mit der historischen Entwicklung von Ost-West-Verhältnissen. Der Titel eines seiner zentralen Werke *Inventing Eastern Europe 1994* ist dabei Programm. Ihm geht es um die Feststellung, dass „Osteuropa“ an und für sich eine Erfindung frankophoner und deutschsprachiger Philosophen der Aufklärung ist. Besonders Rousseau und Voltaire sieht er als Wegbereiter einer Einteilung Europas in einen zivilisierten, fortschrittlichen Westen und einen wilden, gefährlichen Osten. Wolff ist es auch, der in dieser Hinsicht und in Anlehnung an Edward Said von *Demi-Orientalism* spricht. So wird Osteuropa zwar als etwas Fremdes wahrgenommen, allerdings im Gegensatz zum „Orient“ als etwas Fremdes im Inneren und nicht als Fremdes, das von außen kommt. Fast jede wissenschaftliche Arbeit zum Thema der Konstruktion Osteuropas verweist früher oder später auf die Werke Larry Wolffs, was seine Bedeutung für diesen Forschungsstrang verdeutlicht.

Beide Autor*innen sind in einem spezifischen Umfeld postkolonialer Wissensproduktion, in welchem Edward Said und sein umstrittenes Konzept des durch europäische und nordamerikanische Forscher*innen erfundenen Orients die wichtigste theoretische Grundlage ist.² Tlostanova verfasst außerdem Aufsätze und Bücher gemeinsam mit Walter D. Mignolo, dem Autor von *The Idea of Latin America* (2005) und einem wichtigen Autor zum Postkolonialismus Lateinamerikas.

Madina Tlostanova und Walther D. Mignolo: Von subalternen und janusköpfigen Imperien

Das Russland eine Kolonialmacht vornehmlich im Kaukasus und Zentralasien war und ist, ist die entscheidende Vorannahme in Tlostanovas Werken. Ohne sich diese Vorannahme bewusst machen zu können, bleiben Tlostanovas eigentliche Ansätze letztendlich unverständlich. Für Tlostanova ist klar, dass Zentralasien – ebenso wie zum Beispiel Südamerika – zu einem gemeinsamen postkolonialen Universum gehören (Mignolo / Tlostanova 2012: 2).

Der Dreh- und Angelpunkt bei Tlostanova ist aber der Begriff des „subaltern empire“ (Tlostanova 2008: 1). Ebenso findet sich der Begriff des „Janus-faced empire“ (ebd.). Gemeint ist die seltsame Zwischenposition großer Reiche wie des russischen Zarenreichs beziehungsweise der Sowjetunion oder des osmanischen Reiches als Kolonialmacht und Objekt kolonialistischer Träume europäischer Imperien wie dem französischen oder dem deutschen: „One eye is pointing towards Western capitalist and dominant empires, while the other looks towards their own colonies.“ (Mignolo / Tlostanova 2006: 209)

In einer Art „intellektueller Kolonisierung“ (Tlostanova 2008: 1) habe die politische und kulturelle Elite orientalistische Diskurse aus Frankreich, England oder Preußen übernommen. Diese könnten aber nicht wie dort durch die Abwertung des „wilderen Anderen“ zur positiven Selbstdarstellung genutzt werden, da man selber in diesen Diskursen ein „wilderer Anderer“ sei (2008: 2).

Diese einseitige Übernahme kolonialistischen Wissens führt in den Augen Tlostanovas zur Verdrängung der eigenen intellektuellen Traditionen und schlussendlich zu Abhängigkeiten von diesen Diskursen, die ungeeignet seien, die Realitäten im politischen Zentrum und den Kolonien zu erfassen. Dasselbe Prinzip wird beispielsweise auch für das Osmanische Reich und den deutschen Kolonien als gültig angesehen (Mignolo / Tlostanova 2006: 212).

Zur Legitimation einer russischen zivilisatorischen Mission im Kaukasus und Zentralasien hätten diese Diskurse durchaus nutzbar sein können. Ähnlich wie zum Beispiel in Frankreich seien so etwa die Geschlechterverhältnisse in den Fokus der russischen und sowjetischen Politiken geraten. Insbesondere die in Zentralasien verbreitete Homosexualität wurde als Beweis der Rückständigkeit angesehen (Tlostanova 2008: 4).

Wie wenig insbesondere der Hijab als Symbol der Rückständigkeit taugt, verdeutlicht Tlostanova an anderer Stelle, wenn sie darauf hinweist, dass der Hijab im Kaukasus für viele Frauen weniger ein Symbol religiöser Unterwerfung als vielmehr Ausdruck der Zugehörigkeit zur ökonomischen Elite vor Ort sei.³

Larry Wolff: Wie Europa in Ost und West geteilt wurde

Wie die Vorstellung einer Teilung Europas in einen „zivilisierten“ Westen und einen „wilden“ Osten entstand, versucht Larry Wolff nachzuzeichnen. Das Schlüsselwerk ist wohl *Inventing Eastern Europe* (1994), welches ergänzt wird durch Regionalstudien zur habsburgischen Provinz Galizien und dem Verhältnis der Republik Venedig zu ihren slawischen Untertanen an der Adria. Larry Wolffs Grundannahme ist, dass es bis zur Neuzeit keine Einteilung Europas in Ost und West gegeben habe. Vielmehr habe sich noch zu Zeiten der Renaissance aufgrund der dominierenden kulturellen und ökonomischen Position der Toskana eine Teilung in Nord und Süd verfestigt. Voraussetzung für die Wandlung der Nord-Süd-Achse zu einer Ost-West-Achse sei die Verschiebung der kulturellen Zentren nach Norden gewesen, namentlich Paris, London und Amsterdam (Wolff 1994: 4-5). Abgeleitet aus dem Französischen entwickelten sich in einer Art „philosophischer Geo-

graphie“ die Bezeichnungen „l'Europe orientale“ und „l'Orient européen“ für das als slawisch verstandene Europa (1994: 6). Der Maßstab dieser philosophischen Geographie war die *Zivilisation*, freilich als wenig greifbares aber umso populäreres Konzept für die genannten kulturellen Zentren. Der europäische Orient wurde dabei in einem Annäherungsprozess an diese Zivilisation gesehen, nicht – und das ist wichtig – als ihr barbarisches Gegenstück (1994: 12-13). Leider geht Wolff nicht darauf ein, welche Entwicklungen diese Annahme Osteuropas als entstehende Zivilisation begünstigten. Dabei arbeitet er durchaus heraus, wie die aufklärerischen Politiken von Peter I. und Katharina der Großen ihre deutschen und französischen Beobachter*innen beeindruckten. Wie widersprüchlich diese Haltung in ihrer Praxis war, wird an gleicher Stelle deutlich. Die Erschließung der heutigen Ukraine und der Krim nach westlichem Vorbild sei nur ein potemkinsches Dorf, nur eine Fassade, hinter der immer noch die gleichen wilden und exotischen Asiaten hausten. Solche und ähnliche Versuche der Annäherung an die *Zivilisation* wurden von französischen und deutschen Beobachter*innen schlicht nicht anerkannt (1994: 130-133).

Die Widersprüche erklärt Larry Wolff aus der Rolle Osteuropas als Projektionsfläche aufklärerischer Fantasien. Am Beispiel des Verhältnisses von Voltaire zum Russland unter Katharina der Großen und am Beispiel der Beziehungen Rousseaus zur Polnischen Republik wird dies besonders deutlich: Voltaire findet bei Katharina den aufgeklärten Absolutismus, mit dessen Hilfe das unzivilisierte Polen und die unzivilisierte Türkei „tolerant und glücklich“ werden sollen (1994: 211). Rousseau fand in Polen eine Nation, „which has never mixed too much with its neighbors“ (1994: 240) und die ihm als leuchtendes Beispiel für Patriotismus galt, der es letztendlich aber doch an wirtschaftlicher Ordnung und militärischer Disziplin mangelte.

Besonders Voltaire habe dabei eine kulturelle Grenze durch Europa gezogen, die auch heute noch anerkannt würde und durch seine geisteswissenschaftliche und literarische Fortschreibung die Grenzziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglicht habe (1994: 283). Westlich dieser Grenze würde der Osten als etwas betrachtet werden, das erkundet, besessen, gefüllt werden kann. Eine historische Linie dieser Vorstellungswelt habe zum Vernichtungskrieg Hitlers in Polen und der Sowjetunion geführt (1994:



15). Das Stigma vom rückständigen Osteuropa sei letztendlich so mächtig, dass es nach 1989, also auch nach der Überwindung des „Eisernen Vorhangs“ weiterlebe. Erkennbar zum Beispiel im Bemühen Polens oder Ungarns, dieses Stigma „Osteuropa“ abzulagen und den Begriff *Mitteleuropa* zu etablieren.

Madina Tlostanova und Walther D. Mignolo: Border Thinking als Ausweg

Eine mögliche Strategie, um sich von dieser Selbstabwertung zu befreien, entwirft Tlostanova gemeinsam mit dem bereits erwähnten Walther D. Mignolo (2006; 2012).

Dabei enthält der Ansatz sowohl die Bezeichnung *Border Thinking* als auch *Decolonial Thinking*, beides gilt als gleichrangig. Mignolo und Tlostanova wollen hier nicht nur postkoloniale Zustände beschreiben, sondern sie mit einer Dekolonisierung des Denkens überwinden (2006: 207, 215).

Zu den Zielen von *Border Thinking* gehören die Schaffung neuer Formen der Wissensvermittlung, der Abbau von Abhängigkeiten in der Wissensproduktion von ehemaligen Kolonialmächten, die Stärkung von Alternativen zum postkolonialen System (2012: 17) und das Bestreben, imperialistischen

Universalismen von „Kant, Hegel, Marx“ die lokalen Differenzen entgegenzustellen (2006: 211). Sie fordern Wissensproduktion abseits der vorherrschenden Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch und eine Wiederaufnahme arabischer, indischer und russischer Philosoph*innen in den literarischen Kanon. Das Gefühl einer aufgezwungenen, negativ besetzten Identität, wie zum Beispiel der osteuropäischen, bezeichnet Tlostanova unter Bezugnahme auf W.E.B. DuBois als doppeltes Bewusstsein. Für Tlostanova eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches *border thinking*. Erst durch die Reflexion, dass die eigene osteuropäische Identität ein Ergebnis kolonialer Machtverhältnisse ist, wird eine Befreiung von dieser Identität möglich. Durch diesen reflexiven Charakter grenzt sich *Border Thinking* ab von den drei vorherrschenden Strategien im Umgang mit postkolonialen Verhältnissen: Erstens, fundamentalistische Opposition zum Westen basierend auf Religion und Nationalismus; zweitens, der Wille, wie die Überlegenen zu werden und sich dabei deren Sprache und Wissen anzupassen und drittens, der Wettbewerb im kapitalistischen Rahmen ohne kulturelle Assimilation wie in China oder dem postsowjetischen Russland. Damit wehren sich Mignolo und Tlostanova verdeckt gegen den häufig geäußerten Vorwurf, dass postkoloniale Theorie islamistischen Antisemitismus oder autoritäre Regime vom Schläge eines Wladimir Putin rechtfertige (vgl. do Mar Castro Varela / Dhawan 2015: 140-150).

Kritik und Ausblick

Die Schwächen von Tlostanovas Ideen und Konzepten sehe ich auch eher an anderer Stelle. So beschreibt Tlostanova den Prozess der intellektuellen Kolonisierung Russlands viel zu einseitig. Äußerst wirkmächtige Ideologien wie den Eurasianismus eines Alexander Dugin, panslawische Philosophien oder auch den Anarchismus, den ich ausdrücklich als eine Erfindung der „osteuropäischen“ Peripherie verstehe, lässt sie vollkommen außer Acht. Dasselbe gilt im Übrigen auch für die Wahrnehmung Russlands als „wildes Anderes“ im „Westen“. Die *Heilige Allianz* zur Abwehr revolutionärer Bestrebungen nach 1815 zwischen Preußen, Habsburg und dem Zarenreich beweist durchaus, dass Russland als ebenbürtig und „Eigenes“ angesehen wurde.

Wolff begeht den Fehler, die Verantwortung für die Teilung Europas ausschließlich im Westen zu verorten. Dabei hätte die Einbeziehung russisch- und polnischsprachiger Literatur das bestehende Machtgefälle und die osteuropäische Selbstabwertung deutlicher machen können.

Auch methodisch hat Wolff seine Schwächen. So kann er kein einziges Mal nachweisen, dass Voltaire von „Osteuropa“ gesprochen hat. Zwar bringt er mehrere Stellen an, wo Voltaire die Grenzen dessen nachzeichnet, was für andere „Osteuropa“ ist (Wolff 1994: 195-196). Ob das zur Darstellung eines geschlossenen Diskurses reicht, scheint aber fraglich. Überhaupt beschränkt sich Wolff häufig auf die Darstellung des literarischen Diskurses. Die Bezüge zu realen Politiken, wie etwa den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg, bringt er viel zu wenig ein. Dadurch schwächt er unnötig seine produktive These.

Die Schwächen in Tlostanovas dekolonialer Politik sehe ich in der Fokussierung auf die Wissensproduktion und den Wissenstransfer im *Border Thinking*. Zwar geht es beim *Border Thinking* vor allem darum, eine neue Struktur zu schaffen, die weitere Kämpfe, z.B. gegen ökonomische und militärische Gewalt, ermöglichen soll. Mignolo und Tlostanova verpassen es aber, dieses Ziel angemessen hervorzuheben und erwecken so den Eindruck, Dekolonisierung könne sich auf die Wissensproduktion beschränken. Auch stellt sich die Frage, welche Reichweite ein so akademisch formulierter Ansatz in der Praxis haben kann.

Nichtsdestotrotz bietet Tlostanova zahlreiche Anknüpfungspunkte für emanzipatorische Politiken und präsentiert mit *Border Thinking* einen anspruchsvollen politischen Ansatz für den postsowjetischen und postsozialistischen Raum. Und so sollte jede politische Praxis in „Osteuropa“ darauf hinterfragt werden, ob sie bestehende Abhängigkeiten und Ungleichheiten verfestigt oder abbaut.

Tlostanova und Wolff bieten zusammengenommen⁴ einen – zugegeben sehr intellektuellen – Horizont für emanzipatorische Politiken im Ost-West-Verhältnis des 21. Jahrhunderts. Die kritische Analyse der Einteilung in West- und Osteuropa, kombiniert mit den Ideen des *Border Thinking*, kann, bei ausreichendem Willen, die eigenen Vorannahmen zu reflektieren, zum Abbau von Machtverhältnissen führen.

Die Reaktion auf autoritäre Entwicklungen in Polen, Russland oder Ungarn kann nicht im ewigen Vorwurf der „Barbarei“ bestehen. Sie muss viel mehr die Frage beinhalten, warum die parlamentarische Demokratie nach deutschem oder französischem Vorbild dort so wenig Anziehungskraft zu besitzen scheint.

Anmerkungen

1 Ich bin durchaus der Meinung, dass es ein hierarchisches Ost-West-Verhältnis gibt, in dem vornehmlich der Westen die Grenzen zieht. Zur Zerstörung dieser Grenzen braucht es aber nicht nur eine Dekonstruktion des Ostens, sondern auch eine Dekonstruktion des Westens. Ich sehe sowohl bei Tlostanova als auch bei Wolff die Gefahr, bei der Kritik des bestehenden Machtverhältnisses dies nicht genug zu berücksichtigen. Deshalb habe ich in diesem Aufsatz versucht je nach Kontext deutlich zu machen, worauf sich die vorgestellten Autor*innen beziehen, wenn sie vom „Westen“ sprechen.

2 Zur Kritik an Edward Said und seinem Werk: sehr wohlwollend do Mar Castro Varela / Dhawan 2015: 104-118; ausgewogener Todorova 1999: 23-29; gänzlich ablehnend Warraq 2007.

3 Tlostanova 2015: 41. Hier folgt Tlostanova, ohne es explizit zu erwähnen, aber doch offensichtlich, den Ansätzen Gayatri Spivaks, die bei der Praxis der Witwenverbrennung in hinduistischen Gesellschaften auf ähnliche Zusammenhänge hinweist: Vgl. do Mar Castro Varela / Dhawan 2015: 196.

4 Ergänzt um Vorschläge von Michał Buchowski, Maria Todorova, Manuela Boatca; u.a. Michał Buchowski (2006: 463-482) zeigt auf, welche verheerenden Folgen die einseitige Übernahme westlicher Vorstellungen von Modernität im postsozialistischen Polen hat.

Literaturverzeichnis

- Buchowski, Michał: "The Specter of Orientalism in Europe: From Exotic Other to Stigmatized Brother." In: *Anthropological Quarterly* 79/3, 2006, S. 463-482.
- do Mar Castro Varela, Maria / Dhawan, Nikita: *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. Bielefeld: Transcrip Verlag 2015.
- Mignolo, Walter D.: *The Idea of Latin America*. Oxford: Blackwell Publishing 2005.
- Mignolo, Walther D. / Tlostanova, Madina: *Learning to unlearn. Decolonial Reflections from Eurasia and the Americas*. Columbus: Ohio University Press 2012.
- Mignolo, Walther D. / Tlostanova, Madina: "Theorizing from the Borders. Shifting to Geo- and Body-Politics of Knowledge." In: *European Journal for Social Theory* 9/2, 2006, S. 205-221.
- Tlostanova, Madina: "Postcolonial post-Soviet trajectories and intersectional coalitions." In: *Baltic Worlds* 1-2 2015, S. 38-43.
- Tlostanova, Madina: "The janus-faced Empire Distorting *Oriental* Discourses. Gender, Race and Religion in the Russian/(post)Soviet Constructions of the Orient." In: *Worlds & Knowledges Otherwise*, Spring, 2008, S. 1-11.
- Todorova, Maria: *Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1999.
- Warraq, Ibn: *Defending the West. A Critique of Edward Said's Orientalism*. Amherst: Prometheus Books 2007.
- Wolff, Larry: *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford: Stanford University Press 1994.



Soziale Kosten der ökonomischen Transformation in Estland - der Preis des Wachstumsparadigmas

Lilian Pungas

„Estonian society [has] run into [a] political, social, and ethical crisis. Governance is alienated from the people to the extent that we have to speak about two different Estonias. Two-thirds of Estonian children grow up in poverty, people suffer from the lack of basic security, many young people want to leave the country... as long as most of the steam is used to create for foreigners a glamorous illusionary image of Estonia as a successful developed country, social problems will not find solutions.“ (Postimees zit. n. Lauristin 2003: 601)

„When the degree of asymmetry in power increases, the terms of exchange of the weaker actor are likely to deteriorate, but at the same time her probability of successful resistance tends to decrease, thereby decreasing the probability of manifest conflict between these actors.“ (Korpi 2001: 248)

1. Einleitung

Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, welche nach einer jahrzehntelangen Okkupation durch die Sowjetunion im Jahre 1991 ihre Unabhängigkeit wiedererlangten, ließen keine Zeit verstreichen, das mehrheitlich als negativ empfundene Erbe des sowjetischen Regimes hinter sich zu lassen und sich dem Westen zuzuwenden. Getreu dem Motto, „je mehr man sich dem Westen öffnet, desto geschützter ist man vor dem Osten“ hat Estland innerhalb kürzester Zeit eine beispiellos offene Volkswirtschaft geschaffen. Durch ein sicherheitspolitisches Narrativ war der Großteil der Bevölkerung zu Beginn der 1990er Jahre bereit, die extrem hohen Kosten der Transformation auf sich zu nehmen und unterstützte die Reformen der rechts-liberalen Regierung (Aalto 2013, Oschlies 2013, Makhotina 2010). Das darauf folgende, überdurchschnittlich hohe Wirtschaftswachstum brachte den Ruf des „baltischen Tigers“ mit sich.

Die Kosten der wirtschaftlichen Transformation sowie der späteren Finanz- und Wirtschaftskrise sind zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen aber nicht gleichmäßig verteilt worden (Drahokoupil 2009). Wer jedoch sind die zum Teil unsichtbaren und stillen Verlierer dieses neuen Estlands und inwiefern wurde die schwere Last der Transformation bewusst auf bestimmte Bevölkerungsgruppen abgewälzt (Vanhuysse 2009, Romano 2014)? Inwieweit hat die Erfahrung der sowjetischen Okkupation eine Art Gegenreaktion zur vorherigen Gleichheitspolitik hervorgerufen und somit indirekt die radikal neoliberale Politik der Regierung legitimiert (Lauristin 2003, Bohle 2009)? Warum wurden die Kosten seitens der Bevölkerung in Kauf genommen und warum gab es keinen alternativen Transformationspfad?

In dem Artikel wird überblickshaft die ökonomische Transformation Estlands mitsamt ihrer sozialen Kosten dargestellt. Die drei Bevölkerungsgruppen Estlands, welche die überproportional hohen sozialen Kosten der Transformation auf sich nehmen mussten, werden beispielhaft geschildert und die daraus folgenden Risiken erläutert.

2. Wirtschaftlicher Transformationsprozess

Die ökonomische Transformation Estlands war nur eine der drei damals notwendigen Transformationen – synchron sollten auch die Prozesse der Demokratisierung und (National-) Staatsbildung folgen. Im Kontrast zum Westen, wo diese evolutionär und weitgehend konsekutiv in einem längeren Zeitraum abgelaufen sind, entstand im postsozialistischen Europa die Gefahr vom „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Offe 1991), in dem alle Transformationsprozesse einer Eigenlogik folgen, dennoch aber in ihrer Entfaltung hochgradig interdependent sind (Merkel 2010: 325). Im Extremfall kann diese Problematik der drei gleichzeitig „nachholenden Modernisierungsprozesse“ (Habermas zit. n. Merkel 2010: 325) eine dilemmatische Form annehmen. Zusätzlich drohte laut Claus Offe das „Diktat der Gleichzeitigkeit“, in dem die politische Gemeinschaft und die Verfassung sowie die Ebene der politischen Akteure in den Händen der politischen Elite „zum

Objekt strategischen Handelns“ zu werden drohen. Zugleich stand Estland neben vielen anderen postsozialistischen Staaten vor einer dreifachen Herausforderung „eine Diktatur in eine pluralistische Demokratie, eine Zentralverwaltungswirtschaft in eine funktionierende Marktwirtschaft und eine atomisierte Gemeinschaft von Untertanen in eine Gesellschaft von selbstbewußten [sic] Bürgern“ umzuwandeln (Musto 1997: 211).

Nach einer mehrheitlich als höchst negativ empfundenen Ära der kommunistischen Planwirtschaft galt als wirtschaftspolitisch sehr willkommenes Vorbild der vom Internationale Währungsfonds (IWF) und der Weltbank als universale Lösung propagierte Washington Consensus (vgl. Williamson 1990, Fischer 2012). Die darin enthaltene anti-politische Agenda stieß insbesondere im Baltikum „auf eine sehr fruchtbare Erde“ (Bohle/Greskovits 2012: 58). Die politisch links gerichteten Parteien waren nach dem Systemzusammenbruch diskreditiert und konnten kein Alternativprogramm vorschlagen. Des Weiteren verlor die große Mehrheit der ethnischen RussInnen – etwa 32 Prozent der damaligen Bevölkerung – und damit die potentiellen UnterstützerInnen der oppositionellen Parteien durch das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1992 ihre Staatsangehörigkeit und damit auch ihre Wählerstimmen (Gruber 2012: 567). Somit fanden die Befürworter der radikalen „Schock-Therapie“ im Sinne des Washington Consensus in Estland Anfang der 1990er Jahre weder politische Gegner noch ideologisch-programmatische Konkurrenz vor (Bohle 2009: 34).

Das Programm des Washington Consensus für Osteuropa, entworfen 1989 von den amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern Jeffrey Sachs und David Lipton, plädierte für folgende Maßnahmen: makroökonomische Stabilisierung (fiskalische Disziplin, niedrige Inflationsraten und wettbewerbsfähige Wechselkurse), Privatisierung (Änderung der Eigentumsordnung, Restitution, Verkauf staatlicher Klein- und Großunternehmen), Deregulierung und Liberalisierung der Handels- und Kapitalströme sowie der Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Broll/Förster/Wojtyniak 2011: 56, Bandelj/Mahutga/Shorette 2015: 875). Zusätzlich sollten rechtlich-institutionelle Reformen für die Sicherung der Eigentumsrechte, die Herausbildung



der Unternehmerschaft, die Kompensierung des inländischen Kapitalmangels sowie für die Schaffung einer Anreizstruktur für das notwendige Auslandskapital folgen. Dass die Wirtschaftstätigkeit während der Transformation wie im estnischen Fall dennoch so drastisch einbrechen würde, war nicht abzusehen. Sich auf Karl Polanyi stützend, beschreiben Dorothee Bohle und Béla Greskovits diese Entwicklung mit folgenden Worten: „[it appears that] only laissez-faire was planned, planning was not.“ (Polanyi 1944: 141) Der Markt wurde so zur Metainstitution des politischen und sozialen Wandels schlechthin und zugleich als normatives Regulativ für „gute Politik“ eingesetzt (Müller 2001: 6). Estland hat die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und programmatischen Reformen so rigoros durchgesetzt, dass es lange als ein „Paradebeispiel für radikale, konsequente und erfolgreiche marktwirtschaftliche Reformen in Mittel- und Osteuropa angesehen“ wurde (Wrobel 2013: 17). Die sozial-gesellschaftliche Schattenseite dieser Reformen wurde jedoch kaum beleuchtet.

3. Soziale Kosten - die drei „Verlierer“-Gruppen

Große Teile der Bevölkerung Estlands (und ganz Osteuropas) mussten nach der Wende steigende Arbeitslosenraten, den Rückgang des

Lebensstandards, existenzielle Verunsicherung, Abstiegsängste, sowie drohende Verarmung insbesondere bei der älteren Generation hinnehmen (Merkel 2010: 330). Nur die wenigsten konnten von der Transformation in den 90er Jahren profitieren, die Mehrheit hat sich stattdessen als Verlierer wahrgenommen. Die größten Verlierergruppen der Systemtransformation, welche die negativen Auswirkungen zu spüren bekamen, waren die RentnerInnen, Arbeitslose sowie die Gruppe ethnischer RussInnen in Estland.

Estland gehörte dabei nicht nur zu den Ländern, die durch einen der radikalsten Reformprozesse charakterisiert werden kann, sondern das Land unternahm auch im Vergleich zu anderen osteuropäischen Staaten am wenigsten, um die negativen Auswirkungen zu kompensieren und die besonders stark Betroffenen zu unterstützen.

Der wirtschaftliche Reformprozess hatte absoluten Vorrang und um diesen nicht zu gefährden, wurde seitens der politischen Elite sehr vieles in Kauf genommen. 2001 löste die Metapher der „zwei Estländer“ (Lauristin 2003: 601) eine heftige Diskussionsdebatte innerhalb der estnischen Gesellschaft aus. Sie illustriert die Kontraste zwischen zwei gegensätzlichen Teilen der Bevölkerung: die eine wohlhabende, sozial integrierte Gruppe, die als „Gewinner“ aus der Transformation

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Estland	15,9	15,3	14,7	17,5	15,8	15,0	14,8
Lettland	17,5	17,9	17,6	19,3	17,6	16,6	15,4
EU15	28,4	28,0	27,5	27,4	27,4	27,3	...

Tabelle 1. Anteil der Sozialausgaben am BIP in Estland, Lettland und in der EU15 1996-2002 (Hinnosaar/Masso/Paas/Szirko 2004: 19)

hervorgingen, und die andere, die den hohen Risiken der Armut und Exklusion ausgesetzt wurde, gilt als die „Verlierer“- Gruppe (Kutsar/Trumm 2003: 6).¹

Die erste „Verlierer“-Gruppe waren die RentnerInnen. Das estnische Rentensystem wurde in zwei Phasen reformiert und beinhaltete unter anderem eine Erhöhung des Rentenalters, eine Verschärfung des Zugangs zu Früh- und Invalidenrenten, die Einführung des Arbeitnehmerbeitrags u. v. m. Die erste Phase von 1990-1992 war eine turbulente Zeit,²

sondern eher eine symbolische, minimale finanzielle Hilfe darstellte. Dies war u. a. der Erhöhung des Rentnerquotienten (durch hohe Arbeitslosigkeit angestiegene Frühverrentung, Absinken der Zahl der Beitragszahler) sowie dem strengen Currency Board System, das eine rigide Haushaltspolitik verlangte, zu verdanken (Bohle/Greskovits 2012: 29).

Erst 1997 erfolgte in Estland die zweite große Reformphase. Direkt nach Lettland hat auch Estland zügig das von der Weltbank empfohlene Drei-Säulen-Modell umgesetzt (Holzmann/Hinz/Dorfman 2008, World Bank 1994). Dieses beruht auf drei verschiedenen Pfeilern, die eine

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Rentner	360,5	374,0	383,0	387,3	376,4	374,8	374,5	374,4	375,8	379,5
(Tausende)	287,5	308,3	299,9	296,9	291,5	289,6	287,5	284,8
- Altersrentner	38,9	50,0	51,7	53,0	56,1	58,1	61,3	66,6
Rentneranteil von	10,8	12,9	13,7	14,1	15,0	15,5	16,3	17,5
Durchschnittsrente	14,0	26,2	36,7	61,9	80,3	79,3	88,0	97,0
Ersatzquote (Anteil der Durchschnittsrente von dem durchschnittlichen Bruttogehalt)	31,9	32,5	27,5	30,0	32,3	30,8	30,0	35,2

da direkt nach dem Systemzusammenbruch all die bisherigen Sozialversicherungsnetzwerke und Verwaltungssysteme faktisch „über Nacht“ verlassen werden mussten. Aufgrund der zu hohen volkswirtschaftlichen Erwartungen und Inflation sowie mangelhafter Berechnungen musste das erste Rentengesetz von 1992 kurz nach der Einführung wieder abgeschafft werden. Darauf folgte eine Phase der temporären Einheitsrente, die keine tatsächliche Rente war, die das Überleben ermöglicht hätte,

Tabelle 2. Ausgewählte Indikatoren zu der estnischen Rentenversicherung 1990-1999 (Schiff/Hobdari/Schimmelpfennig/Zytek 2000).

Kombination von kapital- und anlagenfinanzierten Altersversicherungsmodellen darstellen. Der neoliberalen Ideologie treu bleibend, folgte man dem neuen Leitmotiv der Effizienz, was u. a. die Privatisierung der Vorsorgeeinrichtungen sowie eine Individualisierung des Risikos zur Folge hatte



(Guardiancich 2013: 1). Zusätzlich wurden durch die Ersetzung des Systems der Leistungsorientierung mit dem System der Beitragsorientierung die gesellschaftlichen Umverteilungsstrukturen stark reduziert (Busch 2006: 116).

Die zweite „Verlierer“-Gruppe, die durch die wirtschaftliche Transformation Estlands zutiefst betroffen war, waren die Arbeitslosen. Strukturwandel der Wirtschaft, Transformation der Landwirtschaft sowie Tertiärisierung hatten eine schnell zunehmende Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Reformen im estnischen Sozialsystem waren v. a. ideologisch motiviert, es ging um „einen gewollten und kompletten Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit und allem, was daran erinnert“ (Lauristin 2003: 610) – eine Gegenreaktion zu der vorherigen umfangreichen sozialen Sicherheit und der sowjetischen Gleichheitspolitik. Dementsprechend gehörte zu den Überzeugungen der estnischen liberal-konservativen Elite auch der Glauben an die Eigenverantwortung des Einzelnen für soziale Absicherung und an die weit höhere Bedeutung des Wertes der Freiheit gegenüber der Gleichheit. Die politische Elite Estlands hatte Anfang der 1990er Jahre mit den Arbeitslosen in einem marktwirtschaftlichen System weder Erfahrung noch Empathie. Arbeitslosigkeit wurde von der Politik oft als individuelles selbstverschuldetes Scheitern

interpretiert und nicht als eine unvermeidliche Folge struktureller Änderungen gesehen.

Durch den fundamentalen Einbruch der estnischen Wirtschaft stiegen die Arbeitslosenzahlen rasch an: zwischen 1991 und 1993 sprang die Arbeitslosigkeit in Estland von 0,1 Prozent auf 8,9 Prozent (World Bank 1996: 2), und stieg bis zur Jahrtausendwende auf weiter 13,9 Prozent. Dabei waren viele Arbeitslose nicht registriert (Hinnosaar/Masso/Paas/Szirko 2004: 44). Vor allem junge Menschen (23,9 Prozent Arbeitslosigkeit in 2000) mit niedrigem Bildungsstatus, Bauern und die russischsprachige Bevölkerung von Ost-Estland hatten sehr „hohe Kosten“ zu tragen und befanden sich nach der Wende plötzlich in einer Abwärtsspirale und in einem Kampf um das tägliche Überleben (Schrader/Laaser 2012: 309, Oschlies 2013: 124). Vor der Einführung einer grundlegenden Arbeitslosenversicherung (2003) gab es in Estland nur Systeme für Arbeitslosenleistungen (1991) und bedürfnisabhängige Existenzsicherungsleistungen (1993), deren Leistungen für die Arbeitslosen aber nicht einmal für die Deckung der nötigsten Grundbedürfnisse ausreichten. Die estnischen Armutsraten zählten zu den höchsten im gesamten postkommunistischen Europa (World Bank 1996: 11ff.). So hat im Jahr 1996 jeder dritte Haushalt unter der Armutsgrenze gelebt. Die staatlichen

	1994	1998	2002	2007
Gesamtausgaben	0,24	0,16	0,15	0,15
- Passive	0,11	0,08	0,09	0,06
- Aktive	0,13	0,08	0,06	0,09

Tabelle 3. Staatliche Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik als Anteil (Prozent) des BIP 1994-2007 (Leetmaa/Vörk/Eamets/Söstra 2003).

Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik – 0,15 Prozent vom BIP im Jahr 2002 – waren die niedrigsten im postkommunistischen Europa.

Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung machten durchschnittlich nur 25 Prozent des Mindestgehalts aus und wurden maximal sechs Monate aus. Dies war die niedrigste Lohnersatzrate innerhalb des damaligen Osteuropa – der absolute Wert dieser Pauschalleistungen betrug bis 2007 etwa 25 Euro pro Monat.

sowie in der Hauptstadt) „eine Minderheit in ihrem eigenen Land“ zu sein, prägte die spätere ethnisch-orientierte Politik von Nation-Building, die sog. „Identitätspolitik“, (Bohle 2009: 34, Bohle/Greskovits 2012: 119ff.) nachhaltig. Des Weiteren sprachen die meisten RussInnen Anfang der 1990er Jahre kaum Estnisch, verfolgten eher russische Medien und konnten sich mit dem estnischen Staat nur schwer identifizieren. Beispielsweise befürwortete 1990 nur etwa ein Drittel der ethnischen RussInnen die estnische Unabhängigkeit (Kivirähk 2014: 4).

Die estnische politische Elite hat das neue Staatsbürgerschaftsgesetz von 1992 mit der

	1992	1998	2003	2004	2006
Arbeitslosengeld (pro Monat / in EUR)	11,5	19,2	25,6	25,6	25,6
Bruttoersatzquote (Prozent vom Durchschnittslohn)	...	7,2	5,9/32,5	5,4/4,6	5,0/33,3
Arbeitslosengeld als Prozent vom Mindestgehalt	60	27,3	18,5	16,1	13,3
...von der	...	22,2	24,8	24,1	14,1
...vom	...	25,5	28,3	21,8	19,2
...von dem minimale	...	50,1	60,8	52,6	45,1

Die dritte große „Verlierer“-Gruppe der wirtschaftlichen Transformation war die russischsprachige Bevölkerung Estlands. Während der jahrzehntelangen Herrschaft des kommunistischen Regimes waren im Rahmen der „Russifizierung“ hunderttausende russische IndustriearbeiterInnen nach Estland zugezogen (Trummer 2015: 94). Die Anzahl der RussenInnen in Estland erhöhte sich während der Okkupationszeit von 8 Prozent im Jahr 1934 auf 30,3 Prozent im 1989 (Raun 1997: 336). Das Gefühl einiger EstInnen, in bestimmten Orten Estlands (im Osten

Tabelle 4. Arbeitslosengeld in Estland 1992-2006 (Saar/Lindemann 2008: 174).

Rechtsauffassung von der Kontinuität der estnischen Republik über die Zeit der sowjetischen Besatzung hinweg begründet. Dementsprechend erhielten die meisten ethnischen RussInnen, die während der Sowjetzeit nach Estland eingewandert waren, nicht automatisch die Staatsbürgerschaft (sog. „Null-Lösung“), sondern mussten diese erst erwerben. Da dies aber mit einem Nachweis estnischer Sprachkenntnisse verbunden war,



und 1989 nur etwa 13 Prozent der ethnischen RussInnen diese besaßen, war es für die Mehrheit eine große Hürde (Urdze 2012: 200). Somit haben im Jahr 1991 etwa 400 000 russischsprachige Personen (hauptsächlich ethnische RussenInnen) ihren Staatsbürgerschaftsstatus (sowie politisches Teilhaberecht) verloren. Zwanzig Jahre später sieht der Saldo folgendermaßen aus: 8,5 Prozent dieser Personen (ca. 115 000 EinwohnerInnen) haben sich für die russische Staatsbürgerschaft entschieden und etwa 15000 Personen sind in Estland eingebürgert worden. Dennoch bleibt immer noch eine erhebliche Anzahl der sogenannten „Staatenlosen“: 2010 betrug dieser Anteil 7,5 Prozent der Gesamtbevölkerung (ca. 100 000 Personen). Sie genießen zwar die komplette Reisefreiheit (sowohl in die Schengen-Länder als auch nach Russland), haben eine Sozialversicherung, kommunale Wahlrechte und sind vom Militärdienst befreit, können aber an den nationalen Wahlen nicht teilnehmen.

Die Auswirkungen dieser Politik sind unübersehbar: faktisch wird eine beachtliche Anzahl der estnischen Bevölkerung seit Jahrzehnten in der estnischen Politik nicht repräsentiert. Auf der Ebene der Sicherheitspolitik hat die damalige politische Elite „anti-sowjetisch“ mit „anti-russisch“ gleichgesetzt: Während in Litauen Demokratisierung für die Volksfront-Opposition weitgehend gleichbedeutend mit einer „Entkommunisierung“ war, zielten die nationalistisch-oppositionellen Eliten Estlands und Lettlands weniger auf einen Ausschluss der (Post-) Kommunisten von den politischen Schlüsselpositionen als vor allem auf eine „Entrussifizierung“ des politischen Systems (Steen 1997: 167).

Durch die Verweigerung der politischen Teilhabe für die ethnischen RussInnen konnte die politische Elite Estlands ohne wirkliche Gegenstimmen mithilfe der nationalistischen Mobilisierungsstrategien ihre Machtinteressen verfolgen und somit die radikale Schocktherapie des Washington Consensus durchsetzen (Oschlies 2013: 133). Mit Hilfe eines sog. „Sicherheits-Identitäts-Puzzles“ (Aalto 2013: 131) und einer Identitätspolitik, die das anti-sowjetische Ressentiment mit dem anti-russischen gleichgesetzt hat, (Lauristin 2003, Lieven 1994: 304) hat die damalige politische Elite Estlands vier verschiedene Ziele gleichzeitig erreicht: Sie hat erstens die Grundlage

für die Bereitschaft der ethnischen EstInnen dafür geschaffen, die hohen sozialen Kosten aus der Überzeugung hinzunehmen, dass die neoliberale Reformstrategie die sicherste Überlebensstrategie für den erneut unabhängigen und souveränen estnischen Staat sei (Kattel/Raudla 2013: 442f.). Zweitens konnte dadurch die russischsprachige Bevölkerung auf der politischen Ebene zum Schweigen gebracht werden (sog. *silent non-exit*).³ Drittens konnte ein ernstzunehmender Widerstand gegen die neoliberalen Wirtschaftsreformen erst gar nicht entstehen, da die verschiedenen „Verlierer“-Gruppen (z.B. ethnische Bauern und russische IndustriearbeiterInnen) entlang der ethnischen Linie gespalten wurden. Viertens konnte ein Großteil der „sozialen Kosten“ (überproportionale Arbeitslosigkeit, magere Kompensationen) durch die Tatsache, dass die russischsprachige Bevölkerung kein politisches Mitspracherecht erhielt, auf sie übertragen werden.⁴

Fazit

Laut Krause (2014) ist „eine Transformation [...] ohne Krise nicht zu haben.“ Obwohl die Notwendigkeit, eine neue Wirtschaftsform einzuführen, von weiten Teilen der estnischen Bevölkerung anerkannt wurde, lag es an der politischen Elite, diesen Übergang zu gestalten und zu steuern, wie sich diese Krise manifestiert und wen sie trifft. Im Idealfall sollten die hohen sozialen Kosten zwischen allen Gesellschaftsteilen gleichermaßen verteilt sowie von einem deliberativen Verfahren der Konfliktbearbeitung begleitet werden. In der Realität gab es aber während des Transformationsprozesses Gewinner, die ihre Profit- und/oder Machtmaximierung anstrebten, sowie Verlierer, die von den Prozessen der Interessenvermittlung sowie Entscheidungsfindung exkludiert wurden. Die drei Gruppen der RentnerInnen, Arbeitslosen und ethnischen RussInnen, die alle überproportional hohe soziale Kosten während des Transformationsprozesses auf sich nehmen mussten, haben den Preis für das neoliberale Erfolgsmodell bezahlen müssen. Die Schattenseite dieses Erfolgsmodells, das sich in der Metapher der zwei ungleichen Estländer manifestiert, darf nicht übersehen werden. Die Gefahren einer allzu gespaltenen Gesellschaft sind angesichts der unstablen weltpolitischen Lage nicht zu unterschätzen.

Anmerkungen

1 Laut Steven Sampson ist es zwar verlockend, die Betroffenen der Transformation nach dem „Verlierer- Gewinner“-Schema zu klassifizieren, diese Rhetorik hat aber ihre Grenzen und ist allzu simplifizierend. Sampson, Steven: „Winners, Losers, and the Neoliberal Self: Agency in Post-Transition Europe.“ In: Schröder, Ingo W. / Vonderau, Asta (Hrsg.): *Changing Economies and Changing Identities in Postsocialist Eastern Europe*. Berlin: LIT Verlag 2008, S. 219-224.

2 Für eine ausführliche Beschreibung der ersten Reformphase im estnischen Rentensystem siehe: Leppik, Lauri / Männik, Georg: „Transformation of Old-Age Security in Estonia.“ In: Schmähl, Winfried/ Horstmann, Sabine (Hrsg.): *Transformation of Pension Systems in Central and Eastern Europe*. Nordampton: Cheltenham 2002, S. 89-124; Leppik, Lauri / Vörk, Andres: „Pension Reform in Estonia.“ In: Fultz, Elaine (Hrsg.): *Pension Reform in the Baltic States. Estonia, Latvia, Lithuania*. Budapest: ILO (International Labour Office) Publication 2006, S. 17-142.

3 Das bedeutet, dass den meisten russischen BewohnerInnen, die in Estland blieben (non-exit), ihre sog. Voice-Option durch den Entzug des Wahlrechts genommen wurde (silent). Vgl. Oschlies: *In welcher Art Demokratie wollen wir leben? Normative Einstellungen von Bürgern und politischen Eliten in Estland und Ostdeutschland*, Berlin: LIT Verlag 2013, S. 134.

4 Vanhuysse beschreibt es mit folgenden Worten: „Estonian and Latvian power-holders have designed public policies and shaped social solidarity in ways that made existing levels of ethno-linguistic heterogeneity politically more salient, at the expense of class and other existing social cleavages.“ Vanhuysse, Pieter: „Power, Order, and the Politics of Social Policy in Central and Eastern Europe.“ In: Cerami, Alfio / Vanhuysse, Pieter (Hrsg.): *Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2009, S. 6.

Literatur

- Aalto, Pami: *Constructing Post-Soviet Geopolitics in Estonia*. Abingdon: Routledge 2013.
- Bandelj, Nina / Mahutga, Matthew C. / Shorette, Kristen: "Signalling Demand for Foreign Investment: Postsocialist Countries in the Global Bilateral Investment Treaties Network". In: *Europe-Asia Studies* 67 (6), 2015, S. 870-892.
- Bohle, Dorothee: "East European Capitalism – What Went Wrong?" In: *Intervention: European Journal of Economics and Economic Policies* 6 (1), 2009, S. 32-43.
- Bohle, Dorothee / Greskovits, Béla: *Capitalist Diversity on Europe's Periphery*. Ithaca, New York: Cornell University Press 2012.
- Broll, Udo / Förster, Andreas / Wojtyniak, Beate: „Die ökonomische Transformation in Mitteleuropa in vergleichender Perspektive.“ In: Steinberg, Swen / Trepdorf, Daniel K.W. / Wielepp, Christoph (Hrsg.): *Nach dem Umbruch. Transformationen in europäischer und globaler Perspektive*. Berlin: WVW Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2011, S. 55-70.
- Busch, Klaus: „Die europäischen Perspektiven des Wohlfahrtsstaates.“ In: Brandt, Peter (Hrsg.): *Soziales Europa? Erträge des Symposiums des Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften an der Fern Universität in Hagen (2006)*. Berlin: BWV, Berliner Wissenschafts-Verlag 2006.
- Drahokoupil, Jan: "After Transition: Varieties of Political-Economic Development in Eastern Europe and the Former Soviet Union". In: *Comparative European Politics* 7 (2). Basingstoke: Palgrave Macmillan 2009.
- Fischer, Stanley: „The Washington Consensus.“ In: Bergsten, Fred C./Henning, Randall C. (Hrsg.): *Global Economics in Extraordinary Times: Essays in Honor of John Williamson*. Washington D.C.: Peterson Institute for International Economics 2012, S. 11-24.
- Gruber, Dennis: „Esten, Russen und die estnische Staatsbürgerschaft 1992-2012. Der nur langsame Rückgang der Staatenlosigkeit in Estland“. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 61 (4), 2012, S. 566-601.
- Guardiancich, Igor: *Pension Reforms in Central, Eastern, and Southeastern Europe: From Post-Socialist Transition to the Global Financial Crisis*. London, New York: Routledge 2013.
- Hinnosaar, Marit / Masso, Jaan / Paas, Tiiu / Szirko, Orsolya: *Social Protection Systems in the Baltic States*. Tartu: Tartu University Press 2004.
- Holzmann, Robert / Hinz, Richard Paul / Dorfman, Mark: "Pension Systems and Reform Conceptual Framework" In: *The World Bank*. SP Diskussionspapier Nr. 0824, 2008.
- Lauristin, Marju: "Social Contradictions Shadowing Estonia's Success Story". In: *Demokratizatsiya* 11 (4), 2003, S. 601-616.
- Leetmaa, Reelika / Vörk, Andres / Eamets, Raul / Sõstra, Kaja: *Aktiivse tööpoliitika tulemuslikkuse analüüs Eestis*. Tallinn: Poliitikauuringute Keskus Praxis 2003.

- Leppik, Lauri / Männik, Georg: „Transformation of Old-Age Security in Estonia.“ In: Schmähel, Winfried/Horstmann, Sabine (Hrsg.): *Transformation of Pension Systems in Central and Eastern Europe*. Nordhampton: Cheltenham 2002, S. 89-124.
- Leppik, Lauri / Vörk, Andres: „Pension Reform in Estonia.“ In: Fultz, Elaine (Hrsg.): *Pension Reform in the Baltic States. Estonia, Latvia, Lithuania*. Budapest: ILO (International Labour Office) Publication 2006, S. 17-142.
- Lieven, Anatol: *The Baltic Revolution: Estonia, Latvia, Lithuania and the Path to Independence*. 2. Auflage. New Haven: Yale University Press 1994.
- Kattel, Rainer / Raudla, Ringa: "The Baltic Republics and the Crisis of 2008-2011". In: *Europe-Asia Studies* 63 (3), 2013, S. 426-449.
- Kivirähk, Juhan: *Integrating Estonia's Russian-Speaking Population: Findings of National Defense Opinion Surveys*. Tallinn ICDS (International Centre for Defence and Security) 2014.
- Korpi, Walter: "Contentious Institutions: An Augmented Rational-Action Analysis of the Origins and Path Dependency of Welfare State Institutions in Western Countries". In: *Rationality and Society* 13 (2), 2001, S. 248.
- Krause, Johannes: „Transformation. Annäherungen an eine Theorie und Praxis des Systemwandels“. Auf Englisch in: *DEEEP Paper*, DARE Forum CONCORD, 2014.
- Kutsar, Dagmar/Trumm, Avo: *Provision of social assistance: The Case of the two Municipalities of Estonia*. Fafo Paper 2003.
- Makhotina, Ekaterina: "Identity and Foreign Policy. Baltic-Russian Relations and European Integration". In: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 5, 2010, S. 358-365.
- Müller, Klaus: „Post-Washingtoner Consensus und Comprehensive Development Framework. Neue Perspektiven für Transformationsforschung und Transformationstheorie.“ In: *Berliner Osteuropa Info* 16/2001. Berlin: Osteuropa-Institut der FU Berlin 2001, S. 5-13.
- Musto, Stefan A.: „Berg der Verheißung-Tal der Tränen. Entwicklungen, Verwicklungen, Abwicklungen in Osteuropa.“ In: Schulz, Manfred (Hrsg.): *Entwicklung: Theorie – Empirie – Strategie. Festschrift für Volker Lühr*. Hamburg: LIT Verlag 1997, S. 209-221.
- Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010.
- Offe, Claus: „Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa.“ In: *Merkur* 45 (4), 1991, S. 279-292.
- Oschlies, Johannes Nikolaus: *In welcher Art Demokratie wollen wir leben? Normative Einstellungen von Bürgern und politischen Eliten in Estland und Ostdeutschland*. Berlin: LIT Verlag 2013.
- Polanyi, Karl: *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press 1944.
- Raun, Toivo U.: „Democratization and Political Development in Estonia“. 1987-1996. In: Dawisha, Karen / Parrott, Bruce (Hrsg.): *The Consolidation of Democracy in East-Central Europa*. Cambridge: Cambridge University Press 1997, S. 334-374.
- Romano, Serena: *The Political and Social Construction of Poverty. Central and Eastern European Countries in Transition*. Bristol: Policy Press 2014.
- Saar, Ellu / Lindemann, Kristina: „Estonia“. In: Kogan, Irena/Gebel, Michael/Noelke, Clemens (Hrsg.): *Europe enlarged. A handbook of education, labour and welfare regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol: The Policy Press 2008, S. 151-182.
- Sampson, Steven: „Winners, Losers, and the Neoliberal Self: Agency in Post-Transition Europe.“ In: Schröder, Ingo W. / Vonderau, Asta (Hrsg.): *Changing Economies and Changing Identities in Postsocialist Eastern Europe*. Berlin: LIT Verlag 2008, S. 219-224.
- Schiff, Jerald / Hobdari, Niko / Schimmelpfennig, Axel / Zytek, Roman: *Pension Reform in the Baltics. Issues and Prospects*. IMF Occasional Paper No. 200. Washington, DC: IMF 2000.
- Schrader, Klaus / Laaser, Carl-Friedrich: „Aufbau und Bewährung der Marktwirtschaften im Baltikum.“ In: Knodt, Michèle/Urdze, Sigita (Hrsg.): *Die politischen Systeme der baltischen Staaten. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften 2012, S. 299-321.
- Steen, Anton: „The Baltic Elites after the Change of the Regime.“ In: Best, Heinrich/Becker, Ulrike (Hrsg.): *Elites in Transition: Elite Research in Central and Eastern Europe*. Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 149-170.
- Trummer, Matthäus: *Die ethnische Struktur in den baltischen Staaten im Spiegel der Volkszählungsergebnisse 2011*. Hamburg: Disserta Verlag 2015.
- Urdze, Andrejs: "Minderheiten und Minderheitenpolitik in den baltischen Staaten." In: Knodt, Michèle/Urdze, Sigita (Hrsg.): *Die politischen Systeme der baltischen Staaten. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften 2012, S. 197-216.
- Vanhuyse, Pieter: „Power, Order, and the Politics of Social Policy in Central and Eastern Europe.“ In: Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter (Hrsg.): *Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2009, S. 53-70.
- Williamson, John: *Latin American Adjustment: How Much Has Happened?* Washington D.C.: Institute for International Economics 1990.
- World Bank: *Averting the Old Age Crisis. Policies to Protect the Old and Promote Growth*. Washington DC: Oxford University Press 1994.
- World Bank: *Estonia. Living Standards During the Transition. A poverty Assessment*. Document of the World Bank, Bericht Nr. 15647-EE, 1996.
- Wróbel, Ralph Michael: „Estland.“ In: Heydemann, Günther/Vodicka, Karel (Hrsg.): *Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990-2012 im Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2013, S. 17-46.



„Ost-Deutschland“: Under Western Eyes

Katalin Gennburg

Die flächendeckende und über den Anschluss der DDR an die BRD eröffneten Prozesse kapitalistischer Landnahme lassen sich als großflächige Enteignung der DDR-Bevölkerung beschreiben, die von teils korrupten und straffälligen Politiker*innen vollzogen wurde: Viele von ihnen machten als sogenannte „Westimporte“ aus den alten Bundesländern „rüber“ und führten sich in diesem Sinne wie Kolonisor*innen auf. Ob es eine Kolonialisierung Ostdeutschlands gegeben hat und inwiefern sich die Ost-Deutschland-Werdung als Kolonialisierung beschreiben lässt, das ist mein Erkenntnisinteresse. Eine Feststellung lautet: Die politische Neusortierungsphase und der radikale Umbau des DDR-Staatsapparates sorgten für eine politische Leerstelle, die von findigen Investor*innen ausgenutzt wurde. Angesichts des Mantras der „blühenden Landschaften“ war dies das Einfallstor für zahlreiche bauliche Großprojekte, die vielerorts zur Überforderung der politischen Lenkung führte. Durch eigens geschaffene „Beschleunigungsgesetze“ sollten die Markt-

wünsche dieser Investor*innen erfüllt werden. Der Durchmarsch des Neoliberalismus hat somit insbesondere im heutigen Ostdeutschland eine spezifisch eigene Geschichte. Diese Geschichte gilt es zu befragen mit Blick auf den Rechtsruck, die immer wieder geführte Debatte um die politische Situation in den neuen Bundesländern und beim Nachdenken darüber, wie es zur Herstellung der heutigen bundesdeutschen „Normalität“ kommen konnte.

Neben dem im Jahr 2015 vollzogenen 25-jährigen Jubiläum des Anschlusses der DDR an die BRD darf ein weiteres Jubiläum nicht in Vergessenheit geraten: 1995 veröffentlichten zwei Politikwissenschaftler von der Humboldt-Universität zu Berlin den Sammelband *Kolonialisierung der DDR – Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses*. Im Angesicht der Abwicklung der gesamten DDR riefen Wolfgang Dümcke und Fritz Vilmar (1996) die Frage auf, ob die Transformation der DDR als Kolonialisierungsprozess gedeutet werden könnte.

Zwar ist diese Frage in den vergangenen zwanzig Jahren vom gesellschaftspolitischen Radar weitgehend verschwunden. Doch eine Beschäftigung mit ihr ist noch immer aktuell: Einerseits ist der zugrunde liegende gesellschaftspolitische Prozess von Dauer. Andererseits erfährt gerade dieser Prozess im Zuge der EU-Austeritätspolitik zur Krisenbewältigung seit 2009 eine neue Konjunktur – im wahrsten Sinne des Wortes.¹ An dieser Stelle möchte ich verschiedene Gedanken darlegen, die erstens jene Kolonialisierungsthese über die DDR aufgreift, zweitens diese mit Beobachtungen über die sozialen Auswirkungen des Ausverkaufs der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen der DDR seit 1990 ergänzen sowie drittens eine postkoloniale Perspektive auf die soziale Wirklichkeit im gesellschaftlich abgespaltenen „Protektorat Ostdeutschland“ skizzieren.

Noch 1998 formulierte der Sozialwissenschaftler Dr. Andrej Holm in einem Artikel im Magazin *telegraph* die Kolonialisierungsthese angesichts der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft in Anlehnung an die damals aktuelle Kolonialisierungsdebatte unter Politikwissenschaftler*innen. In nicht einmal vier Jahren habe sich ein umfassender Rollback der Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland vollzogen: Über 90% der volkseigenen Betriebe wurden an private Besitzer*innen übereignet oder in die Liquidation geschickt, schrieb Holm 1998. Entscheidend für diese schnelle Privatisierung sei die Zerstückelung der Kombinate gewesen. Holm verweist zudem darauf, dass es erstaunlich gewesen sei, wie wenig sich insbesondere die gesellschaftliche Linke mit dieser Tatsache auseinandersetze. Schließlich sei es doch insbesondere aus Perspektive der gesellschaftlichen Linken folgerichtig, als eine Lobby für die Unterdrückten diese Entwicklung zum Ausgangspunkt gemeinsamer Kämpfe zu machen – was damals aber nicht passiert sei.

Der Kernpunkt seiner Kolonialisierungsbetrachtungen beinhaltet denn auch die Antwort auf die Frage, warum dieser Diskurs verstummte: „Machtpolitisch zielte die Arbeit der Treuhand auf die Unterordnung der ostdeutschen Bevölkerung unter das zunehmend neoliberale Gesellschaftsmodell der BRD und die rasche Beseitigung von allen Strukturen und Spuren der DDR auf wirtschaftlichem Gebiet. Ordnungspolitisch setzte sie auf Marktdogmatismus ohne Anpassungsperiode und den völligen Umbau der Eigentumsformen. In diesem Sinne war die

Treuhandanstalt Instrument und Vollstrecker einer auf Annexion zielenden Regierungspolitik.“ (Holm 1998)

Räumliche Materialisierung der Kolonialisierung Ostdeutschlands

Die Bodenprivatisierung in Ostdeutschland ab 1990 – in deren Folge beispielsweise die rot-rote Landesregierung in Brandenburg die eigenen Seen wieder zurückkaufen musste, um sie öffentlich zu halten – verschleuderte nicht nur Gemeineigentum. Hier wurde die Demokratische Bodenreform von 1945-49, welche die Aneignung von Produktionsmitteln und die Kollektivierung dieser in Volkseigentum zum Ziel hatte, als Ausgangsvoraussetzung dessen, was die DDR hat werden sollen, in ihr Gegenteil verkehrt. Das ist Grund genug, um sich diese identitätsstiftende Maßnahme unserer jüngsten Geschichte genau vor Augen zu führen.

Nach wie vor verkauft die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) ostdeutschen Boden, Wälder und Seen. Die BVVG wurde als Tochtergesellschaft der Treuhand zur Verwaltung und Verwertung ostdeutschen Bodens, einschließlich der Seen und Wälder, gegründet. Schließlich fragte die Böll-Stiftung im Jahr 2014, ob es „Landgrabbing in Brandenburg“ gäbe (Heinrich-Böll-Stiftung 2014). Im Frühjahr 2015 wurde die Diskussion mit einer aktuellen Stunde zum Thema „Bodenspekulation begrenzen und regionale Landwirtschaft fördern“ im Landtag Brandenburg eingeläutet (Landtag Brandenburg 2015). Das vorläufige Ergebnis: Die BVVG ist eine Bundesbehörde und kann nicht durch die Landesregierung reformiert oder „rausgeworfen“ werden.

Wer hätte Mitte der neunziger Jahre damit rechnen können, dass irgendwann die weltweite Finanzkrise das Geld von Anleger*innen und Spekulant*innen ausgerechnet in das von Abwanderung, Alterung und Arbeitslosigkeit geprägte ostdeutsche Steppenland zieht und damit so viel Boden bei der BVVG nachgefragt wird, mit der Folge, dass die bundesdeutschen Bodenmarktwerte steigen? Den politisch Verantwortlichen ist bereits 1992 klar gewesen, dass die Bodenprivatisierung behutsamer vonstattengehen müsste, als die Stilllegung der ostdeutschen Industrielandschaften durch

die Treuhandanstalt zuvor. Nicht ohne Grund ist die Privatisierung der Restflächen noch bis 2025 avisiert. Dokumente belegen, dass den Gründer*innen der BVVG damals bewusst war, dass auch der (zu begründende bundesdeutsche) Bodenmarkt eine Überflutung mit riesigen Flächenkontingenten aus dem Volkseigentum ehemaliger Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) und Volkseigener Betriebe (VEG) nicht aushalten würde, ohne die westdeutschen Bäuer*innen und Flächenbesitzer*innen in finanzielle Bedrängnis zu bringen und deren Grundeigentum zu entwerten. Angebot und Nachfrage mussten entsprechend reguliert werden und sollten häppchenweise und über mehrere Jahrzehnte verteilt vergeben werden (Münch / Reinhard 2002).

Die Überführung des ostdeutschen Bodens bestand aber nicht einzig im Ausverkauf der Flächen. Allen voran die Wirtschaftsförderpolitik ab 1990, die Strukturpolitik, die Rolle der kommunalen Planungsbehörden in den neuen Ländern sowie beteiligte privatwirtschaftliche Akteure haben daran eine gewichtige Aktie. So wurden Planungsverfahren beschleunigt, um die Versprechen von „blühenden Landschaften“ des Bundeskanzlers Helmut Kohl Wirklichkeit werden zu lassen, wie Karin Lenhart (2001) in ihrem Buch *Berliner Metropoly* anschaulich vor Augen führt. Es wurden sogenannte „Reparationsgesetze“ geschaffen, also Anschlussregelungen und Sondergesetze, die DDR-Recht an BRD-Recht angliedern sollten. Insbesondere das Vermögensrecht erfuhr unzählige Ausnahme- und Sonderregelungen und hat in zynischer Weise einen Unterhaltungswert (siehe Dahn / Erdmann 1994). Deren Inhalt und Struktur – sozusagen als ein Artefakt der Wiedervereinigung – legen Zeugnis über den Werdgang der Überführung der DDR in die Marktwirtschaft der BRD ab.

Die „Beschleunigungsgesetze“ wie beispielsweise das Investitionsvorranggesetz sorgten dafür, dass investorenfreundlich Politik gemacht werden konnte, indem wirtschaftspolitisch Fakten geschaffen werden konnten. So geschah es, dass Boden, für den die Restitutionsansprüche nach 1990 noch nicht geklärt waren, an Investor*innen verkauft werden konnte und etwaige Erb*innen eine Entschädigung erhielten. Aber auch das Prinzip der Bürger*innenbeteiligung an Planungsverfahren wur-

de unter dem Mantra des schnellen „Wiederaufbaus“ ausgehebelt. Im Ergebnis blühten vor allem an ostdeutschen Autobahnkreuzen Logistiklandschaften mit schlecht bezahlten Jobs. Diese Gesetze wurden nicht selten von westdeutschen Beamt*innen in ostdeutschen Behörden erdacht und angeordnet, die – im Westen als Politiknachwuchs oftmals ausranziert – nach Ostdeutschland gekommen waren, um „Ordnung“ zu schaffen (Czada / Lehmsbruch 1998).

Doch wie lässt sich die von Holm und anderen als Annexion bezeichnete Politik ein Vierteljahrhundert später in Praxis und Theorie nachvollziehen? Welche Spuren hat sie hinterlassen? Als ich im Jahr 2014 der Präsentation des Buches *Jetzt reden wir* (Luft 2013) – eine Veröffentlichung von Biografien von Generaldirektor*innen verschiedener DDR-Kombinate – beiwohnte, stellte ich zweierlei fest: Erstens, in einem Raum saßen versammelt etliche ehemalige Chef*innen der größten DDR-Kombinate und die bundesdeutsche Öffentlichkeit nahm davon keine Notiz. Man stelle sich einmal vor, in diesem Raum saßen alle Manager von VW, AEG, Siemens und MAN. Zweitens, verschiedene Generaldirektor*innen erzählten ihre Erfolgsgeschichte, ohne sie als Erfolgsgeschichte zu erzählen: Wie sie in die Betriebe gekommen waren und dort stückweise mehr Verantwortung haben übernehmen mussten, bis zu dem Punkt, an dem sie für den Exporthandel der DDR wesentliche Anteile abzuliefern im Stande gewesen waren. Obwohl diese Erzählungen in dem System, in dem sie zuvor existierten, Erfolgsgeschichten waren, wurden sie heutzutage nicht als solche erzählt. Mir fiel auf, wie hochrangige Akteur*innen nach 25 Jahren noch immer sich selbst in Erklärungsnot versetzten, um ihre eigene Geschichte zu rechtfertigen und sie nicht einfach nur zu erzählen. Ohne Zweifel, viele Menschen in diesem Raum waren nicht in der Lage, als selbstbewusste Sprecher*innen aufzutreten, als hätte es ihnen die Sprache verschlagen.

Postkoloniale Perspektiven auf die Kolonialisierung Ostdeutschlands

Dazu ein Exkurs: Analysen aus der postkolonialen Theorie haben neben den Genderstudies einen neuen interdisziplinären Forschungsansatz geprägt. Die Frage, wie sich die jahrhundertelange Kolonialisierungspolitik auch nach ihrem offiziell erklärten



Ende stetig reproduziert, wird in immer mehr Fachdisziplinen integriert. *Provincializing Europe* lautet das Buch des mit postkolonialer Theorie befassten Forschers Dipesh Chakrabarty (2000), in dem er eine postkoloniale Perspektive für den Umgang mit der Kolonialgeschichte Indiens entwirft. Es ist eine Perspektive, die sich von der europäischen Sicht auf dieses vormals kolonialisierte Land emanzipiert und importierte Normen und Wertvorstellungen so in ein (koloniales) Verhältnis setzt.

Die Forscherin Chandra Talpade Mohanty arbeitet zu postkolonialer Theorie aus feministischer Perspektive. In ihrem Werk *Under Western Eyes* (1984) weist sie auf die Zweiklassenperspektive von Feministinnen gegenüber ihresgleichen aus Ländern des globalen Südens hin. Mohanty bearbeitet darin die Frage, welche Aufmerksamkeit feministischen Theoretikerinnen aus den „Ländern des globalen Südens“ im Diskurs über die gesellschaftliche Stellung der Frau durch vermeintlich emanzipierte Westlerinnen zukommt. Ihre postkoloniale These nimmt die von einem eurozentrischen Standpunkt aus konstruierte Diskurshegemonie – und in dieser Logik die intellektuelle Überlegenheit – in den Blick: Es ist die Konstruktion eines vermeintlich fortschrittlichen Standpunktes, indem dieser von Frauen aus „Ländern des globalen Nordens“ – wenn auch unbewusst – gleichsam die „gemeinsame“ Kolonialisierungsgeschichte widerspiegelt und immer weiter fortschreibt.

Mohanty und Chakrabarty argumentieren vor allem über Sprecher*innenpositionen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs. Beiden geht es um die Analyse der Sprache und die Reflexion der eigenen Sprecher*innenposition im gesellschaftlichen Diskurs. Chakrabarty etwa analysiert, dass es durch den Modernisierungsprozess im Zuge der westlichen Globalisierung zu einer inneren Spaltung der Subjekte kam, weil diese sich einerseits an den Traditionen orientierten und andererseits nach dem westlichen Ideal der Kolonialisierer*innen strebten. Daraus erwachse die Unfähigkeit, für sich als emanzipiertes Subjekt und als – dem Empfinden nach – gleichwertige/n Teilnehmer*in eines Diskurses zu sprechen.

Der Gedanke, dass es eine spezifische Form der „Kolonialität von Macht“ gibt (Quijano 2016), kann einen Analysezugang bieten, um die Zusammenhänge zwischen der Austeritätspolitik gestern und heute zu verstehen. Darüber hinaus ermöglicht er, nach den historischen Zusammenhängen und Kontinuitäten sowie den geistigen Grundlagen solcher „kolonialer“ Regierungsformen zu fragen (Ha 2014). Die Kolonialität von Macht als Eigenschaft von Herrschaft kann die Persistenz von Rassismen und das Gelten eurozentrischer Logik – trotz der antikolonialen Gegenwehr weltweit – erklären. Vereinfacht gesagt: Die etablierten hegemonialen Machtstrukturen sind gleichzeitig Ergebnis und Voraussetzung immer neuer Kolonialisierungen weltweit – wie in einem Teufelskreis.

Eine postkoloniale Analyseperspektive zur Dekolonialisierung Ostdeutschlands

Dieses Bild ließe sich – so meine These – auch auf die Konstruktion des Subjektes „Ossi“ anwenden, wenn etwa Ostdeutschland nach einem Vierteljahrhundert nicht nur als „das Andere“ gegenüber Westdeutschland objektiviert wird, sondern auch als „das Rückständige“. Diese Zuschreibung gilt im Sinne eines Klassifikationssystems 25 Jahre nach der Wiedervereinigung als manifest.

Indizien für eine Kolonialisierung Ostdeutschlands materialisieren sich unterschiedlich: Angefangen bei der manifesten Arbeitslosigkeit im Osten, auch in Folge der Deindustrialisierung, über die spezifischen Ost-Löhne bis hin zum Thema Landgrabbing in Ostdeutschland, resultierend durch steigende Bodenpreise durch den Ausverkauf landwirtschaftlicher Nutzflächen an internationale Konzerne. Insbesondere dieses Thema markiert die Verbindung einer postkolonialen Perspektive mit der westdeutschen Austeritätspolitik nach 1990, wonach Sachzwänge die Politik vorgeben, Sparzwänge inzwischen ganze Kontinente regieren und in Griechenland sogar Inseln verkauft werden sollen, um Staatshaushalte zu konsolidieren – dabei handelt es sich um ein globalisiertes Modell einer treuhänderischen Verwertung nach dem Stil eines Carsten Rohwedder, dem ersten Chef der Treuhändergesellschaft zur Abwicklung der DDR. Der Kampf um den Brandenburger Boden ist das Ende einer Geschichte, die in Griechenland gerade erst begonnen hat (Adolphi 2013).

Die Landnahme als Prozess der Inwertsetzung formals nicht kommodifizierter Güter und Gebiete wurde von Rosa Luxemburg als Form der Kolonisierung und damit als Krisenbewältigungsstrategie im Kapitalismus beschrieben (Luxemburg 1981). Die Inwertsetzung des Bodens in Ostdeutschland nach 1990 sorgte mancherorts für 500%ige Preissteigerungen, während an diesen Gewinnen „die Ossis“ (fast) nie teilhatten. Diese Form der Landnahme durch Landspekulation war staatlich verordnet und privatwirtschaftlich durch die BVVG als „Staats-GmbH“ ausgeführt.

Im Anschluss an Quijano entwirft Sebastian Garbe den Begriff der „epistemischen Gewalt“ der manifesten kolonialen Machtstrukturen. Hierbei handelt es sich um eine Art erkenntnismäßiger Gewalt des Eurozentrismus, die in der gewaltsamen Durchsetzung einer für die kolonisierten Bevölkerungen fremden Perspektive mündet. Es ist eine Art äußere Gewalt, die Menschen veranlasse, die Welt nicht mit eigenen Augen erkennen zu können (Garbe 2013). So gesehen ist es genau dieser Kampf um gültiges oder ungültiges Wissen, um die Legitimität der eigenen Sichtweise auf die Welt, die sich in *Jetzt reden wir!* als Kontra zu jener fremdbestimmten epistemischen Gewalt artikuliert.

Die Sprachlosigkeit der früheren DDR-Eliten ist im Kontext der jüngsten Enteignungsepoche nachvollziehbar. Die hier vertretene These lautet, dass die Sprachlosigkeit früherer DDR-Eliten seit der Angliederung der DDR an die BRD Ausdruck und Ergebnis einer Kolonialisierungspraxis ist. Diese formte eine heute als fast normal geltende „ostdeutsche“ Lebenswelt, wo Löhne und Rentenerwartungen wie selbstverständlich niedriger als in Westdeutschland sind und wo Altersarmut und Arbeitslosigkeit nur mit Abwanderung bekämpft werden können. Zu dieser „ostdeutschen Normalität“ gehört auch die Verbreitung neofaschistischer Einstellungen. Es ist diese Normalität, die sich in den vergangenen 25 Jahren systematisch etablierte und die sich in den 25 letzten Jahresberichten zum Stand der deutschen Einheit der Bundesregierung in Schriftform nachempfinden lässt. Die Beendigung dieser ostdeutschen Normalität setzt eine Analyseperspektive voraus, die eine Dekolonialisierung Ostdeutschlands erst hervorbringen vermag. Gerade deshalb ist die Aufarbeitung der Zusammenhänge von Kolonialisierungspraxis und dem spezifischen kolonialen Erbe der deutsch-deutschen Wiedervereinigung so wichtig. 25 Jahre nach dem Ende der DDR steht sie aber erst ganz am Anfang.

Nachwort:

Mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 konstituierte sich eine rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin. Mit ihr wurde das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine linke Stadtentwicklungssenatorin ernannt, Katrin Lompscher. Sie ernannte den renommierten

Stadtforscher und Mietenaktivisten Dr. Andrej Holm zum Staatssekretär. Holm trat im Januar 2017 als Staatssekretär zurück, nachdem eine dreimonatige Diskussion aufgrund des Vorwurfs seiner verschwiegene Stasi-Vergangenheit gegen ihn dazu führte, dass der Rückhalt innerhalb der Regierung und der Regierungskoalition schwand. Es ist ein Zufall der Geschichte, dass dieser von mir 2014 und 2015 bearbeitete und bis dato unveröffentlichte Artikel sich bereits auf Holms Beiträge aus dem Magazin *Telegraph* stützte, in welchem er als inzwischen allseits bekannter Bürgerbewegter in den neunziger Jahren mitwirkte und welches während der Debatte um Holm zu neuer Bekanntheit gelangte, weil bekannte Autor*innen und Bürgerrechtler*innen des *Telegraph* einen viel beachteten Debattenbeitrag zur Auseinandersetzung um die Widersprüche in der Betrachtung der Stasivergangenheit von in der DDR sozialisierten Menschen beisteuerten.² Dass es trotz Holms beredeten Diskussionsbeiträgen und Debattenbereitschaft nicht gelang, die Widersprüchlichkeit der DDR und einer politisch überlagerten und bis heute politisch festgelegten historischen Rezeption und der sich daraus ergebenden Probleme für Legitimitätsfragen aller Art aufzuzeigen und als Problembewusstsein zu verankern, ist ebenfalls ein herber Rückschlag. Dass Andrej Holms „Durchhalten“ dieser (medialen) Konfrontationen und Härten auch als Ausdruck eines Veränderungswillens gegenüber dieser politischen Festlegungen zu lesen ist, dass es ihm auch um Gerechtigkeit in der DDR-Aufarbeitung und Geschichtspolitik geht, das rechne ich ihm sehr hoch an. Dieser Beitrag ist somit – quasi posthum – Katrin Lompscher und Andrej Holm, die sich drei Monate lang in der ersten Reihe dem Gegenwind gestellt haben, gewidmet. Ich widme ihn auch meiner Mutter, Margrit Gennburg, die mich gelehrt hat, die sozialen und politischen Härten der Wiedervereinigung als systemimmanent zu begreifen, sowie den Kapitalismus als System zu analysieren und gleichzeitig für eine gerechte und menschliche Gesellschaft zu streiten.

Anmerkungen

1 Wolfram Adolphi beschrieb die Parallelen der Austeritätspolitik von Finanzminister Wolfgang Schäuble in Griechenland nach 2009 und in Ostdeutschland nach 1989 in einem Artikel für die Tageszeitung *Neues Deutschland*: Dolphi, Wolfram: „Zentrum gegen Peripherie“ *Neues Deutschland* 25.05.2013, www.neues-deutschland.de/artikel/822396.zentrum-gegen-peripherie.html?sstr=wolframadolphi|treuhand (letzter Zugriff: 04.06.2017).

2 Aktuelle und ehemalige Redakteure der Zeitschrift *telegraph*: Offene Diskussion statt Schmutzkampagne, <http://www.ostblog.de/2016/12/offene-diskussion-statt-schmut.php> (letzter Zugriff: 04.06.2017).

Literatur

- Adolphi, Wolfram: „DDR-Anschluss und EU-Griechenland-Politik im Vergleich“, in: *Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 55 (2), 2013, S. 95-106.
- Chakrabarty, Dipesh: *Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference*, Princeton: University of Princeton Press 2000.
- Czada, Roland / Gerhard Lehbruch: *Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik*. Frankfurt: Campus Verlag 1998, http://www.mpifg.de/pu/mpifg_book/mpifg_bd_32.pdf (letzter Zugriff: 04.06.2017).
- Dahn, Daniela / Daniela Erdmann: *Wir bleiben hier, oder, Wem gehört der Osten. Vom Kampf um Häuser und Wohnungen in den neuen Bundesländern*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1994.
- Dümcke, Wolfgang / Fritz Vilmar: *Kolonialisierung der DDR – Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses*. 3. Ausg. Münster: Agenda-Verlag 1996.
- Garbe, Sebastian: „Deskolonisierung des Wissens: Zur Kritik der epistemischen Gewalt in der Kultur- und Sozialanthropologie“ in: *Austrian Studies in Social Anthropology* 1/2013, <http://www.univie.ac.at/alumni.ksa/index.php/journale-2013/deskolonisierung-des-wissens.html> (letzter Zugriff: 04.06.2017).
- Ha, Noa: „Perspektiven urbaner Dekolonisierung. Die europäische Stadt als „Contact Zone““, in: *Zeitschrift Suburban* 2 (1), 2014, S. 27-48.
- Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg: *Landgrabbing in Brandenburg – was tun?*, Potsdam: Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg 2014, <http://www.boell-brandenburg.de/de/2014/04/09/landgrabbing-brandenburg-was-tun> (letzter Zugriff: 04.06.2017).
- Holm, Andrej: „Kolonie DDR – Zur ökonomischen Lage in Ostdeutschland“, *telegraph* 1998 (1), <http://www.telegraph.ostbuero.de/1-98/1-98holm.htm> (letzter Zugriff: 04.06.2017).
- Landtag Brandenburg: 2015, BePr 6/7.
- Lenhart, Karin: *Berliner Metropolis. Stadtentwicklungspolitik im Berliner Bezirk Mitte nach der Wende*. Opladen: Leske + Budrich 2001.
- Luft, Christa: *Jetzt reden wir: Was heute aus der DDR-Wirtschaft zu lernen ist*, Berlin: Edition Berolina 2013.
- Luxemburg, Rosa: *Gesammelte Werke. Ökonomische Schriften*. Band 5. Berlin: Dietz-Verlag, 1981.
- Mohanty, Chandra Talpade: „Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses“, in: *boundary 2* 12 (3), 1984, S. 333-358.
- Münch, Rainer / Reinhard Bauerschmidt (Hgg.): *Land in Sicht. Eine Chronik der Privatisierung des ehemals volkseigenen Vermögens der Land- und Forstwirtschaft in den fünf neuen Bundesländern*. Berlin: BVVG 2002.
- Quijano, Anibal: *Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika*, Aus dem Spanischen von Alke Jenss und Stefan Pimmer, Wien, Berlin: Verlag Turia + Kant 2016.



Meine Nachwendezeit in Ostdeutschland und der Slowakei

Rachel Herrmannova

Ich lebe schon seit dreizehn Jahren mit meinem ostdeutschen Ehemann in Deutschland und immer wenn ich nach einer längeren Zeit in meine Heimat – die Slowakei – zurückkehre, finde ich vieles so, wie ich es seit meiner Kindheit kenne. „Hier ändert sich nichts“ – mit diesem Gefühl der Zuversichtlichkeit erfühlt es mich jedes Mal, wenn ich dem Vertrauten begegne. In meinen ersten Jahren in Deutschland betrachtete ich die Slowakei durch die Sehnsucht nach meiner Heimat in romantisierten Erinnerungen. Die Sehnsucht blieb, aber ich gewann einen ernüchternden Blick von außen. Durch den Alltag in Ostdeutschland entdecke ich bei jeder Fahrt in meine Heimat die Unterschiede in der Entwicklung nach der Wende.

Geboren im Jahr 1978, verbrachte ich meine Kindheit in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Nach der *Sanften Revolution* lebte ich bis 1993 in der Tschechoslowakischen Föderalistischen Republik. Seit 1993 war es die Slowakische Republik. Meinen Ehemann, Thomas, der ein – wie wir es zu Hause nannten – „Dederón“ (ein DDR-Bürger) war, lernte ich kurz nach dem Beitritt der Slowakei in die Europäische Union kennen. Sein Alltag wurde zu meinem Alltag in einer neuen Welt, und durch seine Augen entdeckte ich auch meine Heimat neu.

Uns verbindet, dass wir Bürgerin und Bürger eines anderen Landes wurden, ohne umzuziehen. Der Unterschied zwischen uns besteht aber darin, dass die DDR in die BRD aufgenommen wurde und die Tschechoslowakei in zwei Länder zerfiel. Dieser Unterschied spiegelt sich in vielen Bereichen wieder. So zum Beispiel in den Filmen: Die Märchen der Gebrüder Grimm wurden in zwei Staaten verfilmt und die ehemaligen OstbürgerInnen sind immer noch Fans ihrer eigenen Version, während die tschechoslowakischen Märchen nach der Trennung oft als tschechisches Kulturerbe aufgeführt wurden. Mittlerweile taucht in Herkunftsbeschreibungen der Filme

jedoch wieder tschechoslowakisch auf. Weiterhin verbindet uns, dass wir im Schatten eines „großen Bruders“ stehen. Nach der Wiedervereinigung übernahm die DDR das System der BRD und profitierte von dem Bestehenden. Beim Aufholen der DDR gibt es aber immer noch Bereiche, in denen der große Bruder besser abschneidet. Sichtbar wird es im Unterschied zwischen den Gehältern und Renten in den alten und neuen Bundesländern. Für die Slowakei war die Ausgangslage nach der Teilung zunächst weniger optimal. Die Tschechische Republik nahm die Errungenschaften der Tschechoslowakei mit: Darunter die Hauptstadt, die bessere wirtschaftliche Entwicklung oder auch das Ranking unter den Hockey-Nationalmannschaften. Allerdings konnte sich die Slowakei durch die von 1998 bis 2006 durchgesetzten Reformen, durch die Aufnahme in die Europäische Union und durch die Euro-Einführung vom Schatten des großen Bruders allmählich lösen.

Ich bin ein Neubauviertelkind. In den slowakischen Städten wurden die typisierten Plattenbauten der 70er und 80er Jahre überall wie wild gebaut. Auch in Greifswald sind ganze Plattenbausiedlungen zu finden. Allerdings erlebte ich seit meiner Ankunft viele Veränderungen bei ihrer Sanierung. Diese Bauwerke aus Betonfertigteilen wurden in Deutschland bei den Sanierungen häufig reduziert oder sogar ganz abgebaut und die Höhe der Gebäude ergibt daher ein harmonisches Bild der Stadt. Dies gilt nicht für meine Heimatstadt Zvolen. „Paneláky“ und damit auch die Siedlungen haben ihr Bild nach der Wende kaum verändert. Sie wurden zwar äußerlich isoliert und bunt bemalt, aber die Viertel behielten ihre Anordnung, die Bürgersteige sind die gleichen, die Grünanlagen sind die gleichen, nur die Anzahl der Kneipen vergrößerte sich.

Ein anderes Bild der Neubauviertel in Zvolen gegenüber dem in Greifswald geben die dort wohnenden Menschen ab. Thomas' Eindruck ist, dass es in den slowakischen Neubauvierteln lebendiger ist.

Kinder bewegen sich freier draußen, die Eltern unterhalten sich mit den vorbeikommenden Nachbarn und die Herren treffen sich in den Biergärten zum Feierabendbier. Als ob sich seit dem Sozialismus wenig geändert hätte.

Ein weiterer Unterschied, der das Bild in den Neubauvierteln prägt, sind die immer noch bestehenden kleinen Läden, in denen man die Dinge des täglichen Bedarfs erhalten kann. So ist es auch in den einsamen Ortschaften in der Umgebung der Städte. Dagegen sind gerade die Kleingeschäfte in ostdeutschen

nur in Polen, sondern auch in der Slowakei aufblühen. Hingegen war es für mich verwunderlich, für die Besichtigung von Kirchen Geld zu bezahlen. Nur in Sonderfällen wie beispielsweise im Dom des heiligen Jakob mit dem größten gotischen Holztaltar der Welt in Levoča bezahlt man für die Führung.

„In der DDR konnte ich nicht das studieren, was ich wollte.“ Bei den Küchengesprächen in Thomas' Familie stellte ich fest, dass unsere Eltern dieses Schicksal teilen. Von staatlicher Seite aus durfte mein Vater nicht Chemie studieren und seinen



Dörfern fast vollständig verschwunden. Eine Besonderheit ist es, dass die Läden auch an Sonntagen geöffnet sind, was meinen Mann verwundert, weil die Slowakei konservativ-katholisch ist. Dies zeigt sich darin, dass die Kirche vom Staat nicht getrennt ist und ihre Beziehung 2000 mit dem Vatikaner Vertrag verfestigt wurde. Homosexualität wird außerdem kritisch gesehen und es werden wiederholt Proteste gegen Abtreibung organisiert. Lebensmittelläden und große Einkaufszentren sind dagegen zurzeit nur dreieinhalb Tage im Jahr geschlossen.

Für Thomas waren Kirchen immer historische Gebäude. Erst in seinen Reisen nach Osteuropa lernte er, dass diese auch neu gebaut werden. Die Euphorie um Johannes Paul II. ließ die Kirchen nicht

Schwestern erging es ähnlich, da sie aus einem wohlhabenden Hause stammten. Dagegen hatten Thomas' Vater und meine Mutter als Arbeiterkinder Wahlfreiheit bei ihrer Berufswahl.

Eine weitere Gemeinsamkeit in beiden Ländern besteht darin, dass viele staatliche Unternehmen nach der Wende aufgelöst worden sind und unsere Väter plötzlich ohne Arbeit waren und sich umorientieren mussten. Meine und Thomas' Mutter blieben im Staatsdienst. Der Stellenwert des Staatsdienstes allerdings ist in den beiden Ländern unterschiedlich. Staatsdienst in Deutschland wird mit Sicherheit und gutem Gehalt assoziiert. In der Slowakei verbindet man ihn eher mit schlechter Bezahlung. Als Lehrer ist man zum Beispiel auf weitere Einkünfte angewiesen.

Die Pionierzeiten erlebten wir beide noch in der Schule. Wir erinnern uns daran, wie die Klassen in der Schule gegeneinander um das meist gesammelte Altpapier kämpften. Das Sammeln von Sekundärrohstoffen blieb nach der Wende in meiner Heimat weiterhin präsent. Sogenannte „šrotoviská“ und Menschen mit Schubkarren voll mit Schrott prägen immer noch das Straßenbild.

In Ostdeutschland wurden die Straßen nach der Wende generell besser. In der Slowakei sind dagegen viele der schon existierenden Straßen nicht ge-

Durch die Trennung der Tschechoslowakei und das Zusammenführen der BRD und DDR wurden Voraussetzungen für die unterschiedliche Geschwindigkeit in der Entwicklung beider Länder geschaffen. Mit Hilfe Westdeutschlands holen die neuen Bundesländer auf. So ist im Gegensatz zur Slowakei die Autobahn fertig und es werden ebenfalls Diskussionen über den Gehälter- und Rentenausgleich geführt. Trotzdem ist der Osten präsent. Gespräche mit ehemaligen DDR-BürgerInnen sind geprägt von der Erinnerung an frühere Zeiten, sie wünschen sich diese aber nicht zurück. Reisen in die Vergangenheit



pflügt und es fühlt sich für mich so an, als ob das ganze Geld in den Bau der Autobahn fließt. So sind in der Nähe von Žilina und Martin rege Bauaktivitäten an der Autobahn zu sehen, während die eigentliche Hauptstraße in einem sehr maroden Zustand ist. Die bestehenden Landstraßen werden allenfalls mit Werbung gepflastert. Auf der anderen Seite gibt es ein seit dem Sozialismus gut funktionierendes Busliniennetz. So kommt man auch ohne ein Auto in die abseits liegenden Ortschaften. Zudem sind die Fahrkarten für Bus und Bahn im Vergleich zu Deutschland preiswerter. Seit Kurzem fahren RentnerInnen sogar kostenlos mit der Bahn.

werden auch in der Slowakei betrieben. Man lebt sie noch in Neubauvierteln, in „šrotoviská“ oder durch kostenlose Zugfahrten der RentnerInnen. Die Slowakei hatte nach der Wende nämlich keinen starken Partner an ihrer Seite. So blieben alte Strukturen teilweise erhalten, während Neues erschaffen wurde. Dabei spielten später die Europäische Union und Investitionen aus dem Ausland eine große Rolle. Vielleicht auch deswegen habe ich das Gefühl, als ob die Transformationen in meiner Heimat von Draußen kommen, aber im Inneren lebt man immer noch das Alte, das Bekannte.



„Es ist nicht mehr möglich, mit alten Methoden ein modernes Land zu gestalten“

**Interview mit Mane Tandilyan,
der einzig direkt gewählten Frau im armenischen Parlament**

Hasmik Muradyan

Im Wahlkampf spielt die finanzielle Ausstattung von Parteien eine besondere Bedeutung. Wenn man über die finanzielle Unterstützung nachdeckt, die neuen PolitikerInnen den Einzug in das Parlament eröffnen kann, muss man auch das Beispiel von Armenien vor Augen haben: Hier ist es einer neu gegründeten Allianz von drei Parteien gelungen, in zwei Monaten ohne beträchtliche Finanzierung und ohne TV- oder Radiowerbung in das Parlament gewählt zu werden. Sie trägt den Namen YELQ (Ausgang, Ausweg). Das Besondere an dieser Allianz ist der direkte Kontakt mit den WählerInnen – der auf ganz ungewöhnliche Art erfolgte: Die jungen PolitikerInnen sind auf den Dächern und den Höfen mit WählerInnen in Kontakt gekommen, haben

an den Haustüren der WählerInnen geklopft, haben mit Mikrofonen agitiert und so erfolgreich Wählerstimmen gesammelt. Nach der Verfassungsänderung in Armenien im Dezember 2016 von einem parlamentarisch-präsidentiellen zu einem parlamentarischen Regierungssystem standen Anfang April 2017 die ersten parlamentarischen Wahlen in der südkaukasischen Republik an. YELQ hat es als neue Parteienallianz geschafft, aus dem Stand heraus als dritte politische Kraft im Parlament vertreten zu sein.

Weitere Besonderheiten dieser Allianz liegen darin, dass sie vor allem junge PolitikerInnen aus dem Kreis der Intelligenz vereinigt. Das durchschnittliche

Alter der Parteimitglieder beträgt 36 Jahre und ist damit sogar deutlich jünger als das Durchschnittsalter in Deutschland. Hier sind die Mitglieder im Schnitt 59 Jahre alt (Stand 31. Dezember 2015). Und noch etwas Besonderes zeichnet diese Allianz aus, das ganz untypisch für Armenien ist. Im armenischen Parlament sind von 105 Abgeordneten nur 18 Frauen. Die einzige Frau im armenischen Parlament, die durch direkte Stimmen von WählerInnen ein Mandat bekam, ist von YELQ und sie heißt Mane Tandilyan. Was die Gründe für diesen Wahlerfolg sind, möchte Hasmik Muradyan für Ost Journal von ihr im Interview erfahren.

Ost Journal: Frau Tandilyan, ich würde gerne über das Phänomen YELQ sprechen. Wie konnte es möglich sein, dass eine Partei ohne größere finanzielle Unterstützung im Wahlkampf Erfolg bei den Wahlen hat und nun im Parlament vertreten ist?

MT: Wir haben bei allen unseren Reden immer wieder betont: Es stimmt nicht, dass man für gelungene und wirksame politische Wahlwerbung riesige Finanzsummen benötigt. Das sagen nur diejenigen, die andere verunsichern wollen, damit sie ohne diese finanzielle Unterstützung das Risiko nicht eingehen und sogar nicht einmal versuchen, in die Politik zu gehen und damit die regierende Macht ihr politisches Monopol behalten kann.

Wir waren uns sicher, dass die eigentliche Herausforderung in der effektiven und klugen Verwaltung der Ressourcen liegt. Das trifft auf die Regierungsaufgaben genauso zu wie bei der Wahlwerbung, wo wir mit sehr beschränkten Mitteln möglichst viel erreichen wollen. Beruflich habe ich vorher im Privatsektor gearbeitet und dabei Kosten kürzen gelernt, aber auf eine Art, ohne dem Resultat zu schaden. All diese Kenntnisse waren sehr nützlich während unserer Arbeit und wir haben in einem kurzen Zeitraum unerwarteten Erfolg verbuchen können. Hätte es ein noch größerer Erfolg sein können, wenn wir mehr finanzielle Mittel dafür gehabt hätten? Ich glaube ja, aber es gibt Grenzen, an die man stößt und die nichts mit der finanziellen Ausstattung zu tun haben. Ich meine damit, dass Wahlwerbung transparent sein muss, womit Bestechungen und unrealistische Wahlversprechungen natürlich nichts zu tun haben dürfen. Unsere Erfolgsgarantie war der direkte Kontakt mit den WählerInnen. Unsere KandidatInnen hatten ihre Wohnungen besucht, sind auf

die Dächer ihrer Häuser geklettert und haben mit Mikrofonen agitiert. Wir haben möglichst versucht, die BürgerInnen mit unserer Art von Wahlwerbung nicht zu belästigen, aber uns trotzdem Gehör zu verschaffen und gegenseitige Kontakte zu knüpfen. Und es scheint uns gelungen zu sein.

Es gab natürlich auch Hindernisse. Die Menschen glauben nicht an die Wichtigkeit von Wahlen. Das macht sie gleichgültig. Trotzdem trafen wir auch Menschen, die uns begeisterten, sich darüber freuten, dass endlich so eine politische Partei wie unsere erschienen ist und ihnen Anlass zur Hoffnung gibt.

OJ: Welche Standpunkte vertritt Ihre Partei ideologisch? Was sind wichtigsten Ideen von YELQ?

MT: YELQ ist eine Allianz bestehend aus drei Parteien, auf deren Vereinigung die armenische Gesellschaft lange gewartet hat. Alle drei Parteien haben junge erfolgreiche FunktionärInnen, deren Energie sollte uns zu guten Ergebnissen führen. Jede Partei der Allianz hat eigene Vorstellungen, natürlich, aber was prinzipielle Punkte angeht, sind wir uns einig.

Wir haben einen dreiseitigen Vertrag unterschrieben. In diesem sind die Souveränität, die Modernisierung und die Demokratisierung von Armenien als unsere obersten Prioritäten festgehalten. Unsere Zusammenarbeit basiert auf den Interessen von Armenien und orientiert sich an der stabilen und langfristigen Entwicklung unseres Landes. Gerade kämpfen wir auch gemeinsam für die Oberbürgermeisterwahl in Hauptstadt Eriwan.

OJ: YELQ ist die jüngste politische Kraft in der politischen Arena Armenies. Spielt das zusammen mit der Tatsache, dass YELQ ganz frisch in der Politik ist, eine positive Rolle für Ihren Erfolg?

MT: Ich glaube schon. Die Sache ist die, auf der einen Seite spielt es eine positive Rolle, aber gleichzeitig stellt es auf der anderen Seite eine Herausforderung dar. Die ArmenierInnen gehen davon aus, dass ein Spatz in der Hand besser ist als eine Taube auf dem Dach. Aber wir sind hier, um zu beweisen, dass die Welt sich in eine ganz andere Richtung weiter entwickelt, bei der man Herausforderungen annehmen und auf innovative Weise verwerten kann. Genau das machen wir in Armenien.



Wir schlagen innovative Lösungen und eine moderne Verwaltungsart vor, mit welchen wir die Probleme in Armenien lösen wollen. Jetzt ist es nicht mehr möglich, mit den alten bürokratisch-autoritären Methoden beim Regieren Fortschritte zu machen. Armenien muss sich weiterentwickeln, damit kein Land in unserer Nachbarschaft den Frieden an unseren Grenzen zu verletzen versucht.

Es ist nicht mehr möglich, mit alten Methoden ein modernes Land zu gestalten und ein neues Entwicklungsniveau zu erreichen. Wir sind sicher, dass in diesem Fall der Mangel an politischer Erfahrung einen Vorteil verspricht, weil wir bisher in der Staatsregierung keinen Misserfolg hatten, aber jeder von uns in seinem professionellen Bereich Erfolg hatte. Diese Kenntnisse bringen wir in die Politik, um damit unserem Land zu dienen.

OJ: Armenien hat eine Mischung aus einem Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht. Sie sind die einzige Frau im armenischen Parlament, die durch Direktstimmen auf einer Parteirangliste von den WählerInnen ausgewählt wurde. Das bedeutet, die Wählerinnen und Wähler haben nicht die Partei, sondern direkt die Kandidatin gewählt. Was sagt das über einen Wandel der Frauenrolle in der armenischen Gesellschaft aus?

MT: Ja, da haben Sie Recht. Ich bin wirklich die einzige Abgeordnete, die durch die Rangliste ausgewählt wurde und das in Konkurrenz zu vielen erfahrenen Politikern. Wieso gehe ich darauf so stark ein und warum ist es für mich so relevant? Es beweist, dass unsere Gesellschaft neue, frische politische Führungskräfte braucht, die darauf setzen, etwas ganz Neues machen zu können und zwar mit Worten, Taten und Methoden.

Ein großer, vorwärts strebender und gebildeter Teil der Gesellschaft fühlt sich nicht mehr repräsentiert durch alte Methoden. Die heutigen politischen Kräfte hinken dem Fortschritt der Gesellschaft hinterher. Deshalb ist es dringend nötig geworden, die hohen Ansprüche dieses Teils der Gesellschaft zu berücksichtigen, bevor auch diese Armenien verlassen und irgendwohin auswandern. Die Tatsache, dass ich ausgewählt wurde, zeigt, dass diese fortgeschrittene Gesellschaft in Armenien zwischen weiblichen und männlichen PolitikerInnen keinen Unterschied mehr macht und politisches Engagement ernster wahrnimmt, egal ob ein Mann oder eine Frau ihre Interessen vertritt. In diesem Sinne spielt Geschlecht keine relevante Rolle. Sogar wenn einer Frau jahrelange politische Erfahrung fehlt, aber sie den WählerInnen trotzdem etwas zu sagen hat, ihre Pläne glaubwürdig sind und sie

die Bereitschaft für selbstlose Arbeit zeigt, kann sie gewählt werden. So stelle ich mir Abgeordnete der neuen Generation vor.

OJ: Welche Rolle spielt Europa in Ihrem Parteiprogramm? Was für ein Bild von Europa haben Sie und wie können Sie sich die Zusammenarbeit mit der EU vorstellen?

MT: Am Anfang unseres Interviews habe ich gesagt, dass ich eine Vertreterin von einer der drei Allianzpartner von YELQ bin, der sich „Helles Armenien“ („Lusavor Hayastan“) nennt. Im Kern unserer Partei liegt die Vorstellung, Armenien als europäisches Land entwickeln zu können und ein europäisches Staatsmodell einzuführen. Wir glauben, dass die Eurasische Union ein künstlich gegründetes Format ist, das auf keinen Fall den Interessen Armeniens entspricht. Wir sind uns sicher, dass die Mitgliedschaft Armeniens in der Eurasischen Union ein politischer Fehler ist. Wir wollen, dass Armenien in Richtung Assoziierungsabkommen und damit auch Freihandelsabkommen mit der EU gehen soll. Wir sehen Armenien als Mitglied der europäischen Familie im zivilisatorischen, christlichen und kulturellen Sinne.

Wir haben mit unseren KollegInnen einen Vertrag abgeschlossen und einen Plan verfasst. Dementsprechend ist unser Ziel, Armenien als sozialen und demokratischen Rechtsstaat nach europäischem Modell zu gestalten und gleichzeitig nationale Besonderheiten zu wahren. Ein wesentlicher Punkt unseres Plans ist, Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit der EU neu zu starten und zu unterzeichnen.

Ich glaube, dass es im Interesse der Republik Armenien und deren BürgerInnen ist, mit friedlichen Ländern eine gleichwertige Partnerschaft zu gründen und zu realisieren.

Es gibt in Armenien politische Kreise, die Probleme in unserem Land ganz klar sehen und die Lösung durch Entwicklung und Fortschritt suchen. Sie sind auch bereit, ihr Bestes zu tun, um das alles ins Leben zu rufen. Uns ist sehr wichtig, echte Demokratie in Armenien herbeizuführen und Wahlprozesse für

unsere Bevölkerung wertvoller zu gestalten. Der Kampf gegen Korruption und Wahlbestechungen ist uns prinzipiell wichtig. Die europäischen Bemühungen in allen diesen Prozessen schätzen wir sehr, aber diese Aktivitäten müssen ziel- und adressgerichtet sein. Wir würden gerne in allen Projekten zusammenarbeiten und kooperieren, wenn das dazu beitragen kann, Lösungen für die oben genannten Herausforderungen aufzuzeigen.

Was die Armenierinnen und Armenier in Deutschland angeht, fordere ich von ihnen, sich aktiver im politischen Leben in Armenien zu engagieren, um ihre Kenntnisse und Erfahrungen für Armenien zu nutzen. Ich habe vor, die armenische Gemeinde in Europa zu besuchen und hoffe darauf, dass wir das Interesse für unser Land wecken können, um gemeinsam die besten Lösungen für Armenien zu finden.

OJ: Mane Tandilyan, ich danke für das Gespräch.



Die Zerrissenheit junger Georgier Zwischen Nationalstaat und EU

Therese Bach, Othmara Glas

Seit dem 1. April können georgische Staatsbürgerinnen und -bürger für 90 Tage visafrei in die Europäische Union einreisen. In Georgien wurde dieser Schritt lange herbeigesehnt. Denn trotz der Schwierigkeiten, mit denen die EU gerade zu kämpfen hat - von Schuldenkrise über Institutionenkrise bis hin zum Aufstieg des Populismus - ist sie für viele immer noch ein Sehnsuchtsort. In Tbilisi hat sich die Regierung viel Mühe gegeben, den Anforderungen der EU gerecht zu werden.

Dennoch ist die georgische Gesellschaft in ihrer Meinung zur EU gespalten. Glaubt man den Umfragen, ist Europa bei der georgischen Jugend sehr beliebt. Laut Caucasus Barometer haben 46 Prozent der 18 bis 35-Jährigen ein positives Bild von der EU, nur neun Prozent ein negatives. Die Generation über 56 Jahren steht der Union kritischer gegenüber: Hier sieht nur ein knappes Drittel der Befragten die EU positiv. Trotzdem gibt es auch unter den jungen Ge-

orgierinnen und Georgiern die Angst, dass die EU georgische Traditionen gefährdet. Wie passt das zusammen?

Im Folgenden werden vier junge Menschen aus Georgien vorgestellt, die von ihrem Verhältnis zu Europa, ihrer Identität und ihren Zukunftsplänen erzählen.

Tatia (25), Studentin in Tbilisi

“Ich bin Georgierin und ich bin Europäerin. Das war nicht immer so. In Georgien Europäerin zu werden ist schwierig, weil hier alle so traditionell und konservativ sind. Eigentlich fühle ich mich erst europäisch, seitdem ich ein Jahr in Würzburg studiert habe. Ich liebe Bayern!

Ich glaube nicht, dass Georgien in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren der EU beitreten wird. Solange bis die Sowjetgeneration nicht mehr so einen großen Einfluss auf das öffentliche Geschehen hat. Ich wünsche mir eine engere Zusammenarbeit und die Einbindung in den Binnenmarkt der EU. Ich möchte einfach, dass Georgien ein europäisches Land wird. Dafür müssen wir noch viel tun, vor allem im Bereich Presse- und Meinungsfreiheit, aber auch die Diskriminierung von sexuellen Minderheiten und Frauen beenden.

Mehr als 90 % der georgischen Bevölkerung gibt an, dass ihr Religion sehr wichtig ist.

The Caucasus Research Resource Centers. (2015) „Caucasus Barometer Georgia 2015“. Retrieved through ODA - <http://caucasusbarometer.org> am 10.06.2017

Man ist hier noch sehr traditionsbewusst und eher rückwärtsgewandt. Tradition und Kultur sind für mich nicht das Gleiche. Ich bin stolz auf die georgische Kultur und ihre Eigenheiten, aber die traditionelle patriarchalische Gesellschaftsstruktur finde ich nicht gut. Viele Frauen haben gar nicht den Wunsch sich zu emanzipieren und geben sich mit der Rolle als Hausfrau und Mutter zufrieden.



Es ist gut, dass viele junge Akademiker ins Ausland gehen und mit neuen Erfahrungen und Ansichten wiederkommen. Das gibt der georgischen Gesellschaft neue Impulse. Nach meinem Abschluss will ich meinen Doktor in Georgien machen und noch einmal für ein Semester ins Ausland gehen. Außerdem will ich als Dozentin an verschiedenen Universitäten in Georgien arbeiten. Ich will die Studierenden über die EU informieren und das gegenseitige Verständnis fördern.“

Simon (29), Sprachschüler in Irland

„Ich bin in Georgien geboren und habe armenische Wurzeln. Mit 18 bin ich zum Studium nach Russland gegangen. Deshalb fühle ich mich weder als Europäer noch als Asiate. In Georgien kommt einfach alles zusammen und es gibt viele Überschneidungen. Letztendlich sind wir aber alle Teil der Menschheit.“



Es war nicht leicht, in den 90er Jahren mit einem armenischen Nachnamen in Georgien aufzuwachsen. Als ich zum Beispiel in den Kindergarten kommen sollte, wurde ich aufgrund meines Namens abgewiesen. Die Leiterin sagte meiner Mutter, sie solle wiederkommen, sobald sie meinen Nachnamen ins Georgische übertragen habe. Trotz allem ist Georgien meine Heimat und irgendwann will ich mich dort wieder niederlassen. Bis dahin will ich noch weitere Erfahrungen im Ausland sammeln und der georgischen Gesellschaft selbst positive Impulse vermitteln. Bereits jetzt engagiere ich mich aktiv für eine lebendige Debattenkultur in Georgien. Ich moderiere eine Facebook-Gruppe, in der über Xenophobie in Georgien diskutiert wird und für das Thema sensibilisiert werden soll.

In Georgien leben etwa fünfzig verschiedene ethnische Minderheiten. Den größten Anteil machen die Azeris (6,5%), Armenier (5,7%) und Russen (1,5%) aus.

Census 2002, <http://catalog.ihsn.org/index.php/catalog/4371/download/56794>

Die Europäische Union hat nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine kulturelle und politische Bedeutung für uns. Die Visa-Liberalisierung ist gut für uns. Grenzen zwingen Menschen, Risiken einzugehen. Ich hoffe, dass es die vielen Georgier, die sich auf den Weg nach Europa machen, um dort ihren Platz unter der Sonne zu finden, nun einfacher haben werden. Insbesondere jene, die aus wirtschaftlichen Gründen Georgien verlassen, müssen dann vielleicht eines Tages keine Schlepper mehr bezahlen, um in Griechenland oder Italien illegal zu arbeiten.

In der georgischen Gesellschaft gibt es viele Defizite, die behoben werden müssten, um eine Annäherung an Europa zu erreichen. Europa ist für mich aber nicht nur die EU, sondern viel umfassender, die Schweiz und Norwegen gehören ja schließlich auch dazu.

Man muss noch viel bei der Aufarbeitung der Vergangenheit tun. Georgien als Stalins Geburtsland begibt sich allzu oft in eine Opferrolle, anstatt das vergangene Jahrhundert selbstkritisch zu reflektieren.

Um europäisch zu werden, müssen aber auch die gesellschaftlichen Schichten in Georgien besser zusammenarbeiten. Oft schaut eine Gruppe auf die andere herab, Männer auf Frauen, die Städter auf die Landbevölkerung, Angestellte auf die unteren Arbeiter. Auch der Generationenkonflikt ist ausgeprägt. Viele Ältere müssen sich noch etwas zur mageren Rente dazu verdienen, um über die Runden zu kommen. Das Sozialsystem muss dringend reformiert werden.“

Nino (25), Kreditberaterin in Baghdati

“Ich würde mich gern als Europäerin fühlen, kann es aber nicht. Das Leben hier ist eher trostlos. Ich habe zwar eine Stelle als Kreditberaterin in einer Bank,

doch viele andere finden keine Arbeit. Deshalb zieht die Jugend von hier weg. Um meine Freunde zu treffen, fahre ich an den Wochenenden nach Kutaissi [der zweitgrößten Stadt Georgiens]. Was wir brauchen, sind mehr Arbeitsplätze in der Region, bessere Gehälter und mehr Bildung.



Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist noch sehr präsent, obwohl ich mich nicht diskriminiert fühle. Ich lebe noch bei meiner Familie, weil ich nicht verheiratet bin. Die georgische Gesellschaft ist eben sehr traditionsbewusst und konservativ. Die Kirche spielt dabei eine wichtige Rolle. Der Patriarch ist beliebter als jeder Politiker!

Georgien muss Verbesserungen aus eigener Kraft schaffen, doch ich hoffe, dass die EU hier Anreize setzt. Als EU-Mitgliedsland müsste Georgien bestimmte Standards erfüllen. Erst dann werde ich das Gefühl haben, dass Georgien wirklich zu Europa gehört. Die Visafreiheit ist ein erster Schritt in diese Richtung. Ich würde am liebsten nach Paris reisen. Das bleibt jedoch aufgrund meines geringen Gehalts erst einmal Wunschdenken.

2014 betrug laut ILO die Jugendarbeitslosigkeit in Georgien 34,1 Prozent.

Weltbank. (2016) <http://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.1524.ZS?locations=GE> am 10.06.2017

Die EU kann ebenfalls von einer Mitgliedschaft Georgiens profitieren. Nicht ökonomisch, aber kulturell. Georgien könnte sich dadurch in Europa präsentieren und die Europäer würden hoffentlich neugierig auf unser Land im Kaukasus werden. Mehr Touristen würden auch unserer Wirtschaft helfen und wir könnten unsere Traditionen austauschen. Viel Wein zu trinken, ist so eine Tradition, wenn auch keine gute."

Erekle (17), Schüler aus Gori

"Ich fühle mich als Europäer und das sollten alle Georgierinnen und Georgier tun. Für mich ist es selbstverständlich, dass Georgien zu Europa gehört. Deshalb sollte Georgien unbedingt Mitglied der EU werden. Dafür gibt es im Moment aber noch zu viele Hürden. Vor allem die Skepsis gegenüber Ausländern bis hin zu offener Diskriminierung ist ein großes Problem, ebenso wie die soziale Situation. Allerdings versucht die Regierung alles Schritt für Schritt zu verbessern.



Ich bin in Gori aufgewachsen und habe als Kind den Krieg mit Russland miterlebt. Bald will ich in Tbilisi mein Studium aufnehmen, entweder Politikwissenschaften oder Internationale Beziehungen. Ich möchte in die Politik gehen, entweder als aktiver Politiker oder als Diplomat. Ich bin aber kein Mitglied in einer Partei, weil ich mich von keiner der Parteien vertreten fühle.

Ich sehe der Zukunft meines Landes optimistisch entgegen. Wir wollen alle Europäer sein, und versuchen es wirklich, obwohl die Älteren sich nach den vermeintlich glorreichen Zeiten der Sowjetunion zurücksehnen. Vor allem die Befürchtung, Georgiens Kultur würde bei einer engeren Anbindung an die EU verloren gehen, ist bei ihnen sehr präsent. Das müssen wir ändern! Ich glaube, wenn man die ältere Generation mehr über die EU und die Chancen für Georgien informiert, würden sie ihre Sichtweise ändern.

18 % der Georgier im Alter von 18 bis 35 Jahren können es sich vorstellen, für immer im Ausland zu leben.

The Caucasus Research Resource Centers. (2015) „Caucasus Barometer Georgia 2015“. Retrieved through ODA - <http://caucasusbarometer.org> am 10.06.2017

Im Gegensatz zu den Älteren muss man die Jungen nicht mehr von Europa überzeugen. Viele werden die Visaliberalisierung nutzen, um nach Europa zu reisen. Ich hoffe, dass sie die gängigen Klischees vom georgischen Kleinkriminellen widerlegen und ein positives Bild von Georgien vermitteln wird. Es gibt außerdem viele Projekte und Trainings für Jugendliche. Ich habe zum Beispiel erst kürzlich an der Simulation des Europäischen Jugendparlaments teilgenommen.

Für die Zukunft Georgiens wünsche ich mir eine weitere Demokratisierung und eine offenere Gesellschaft. Das Potential dazu ist in jedem Fall vorhanden. Dabei setze ich voll und ganz auf meine Generation."



Träume der Transition, erläutert durch Träume des Kapitalismus¹

Martina Poljak

Die Träume im Osten waren immer schon Träume vom Westen – so ungefähr lautet das kapitalistische Legitimierungsnarrativ nach 1989. Ob es sich nun wie bei den Bürger*innen der DDR um westdeutsches Fernsehen, bei Jugoslawien um *Levi's Jeans* aus Triest oder aus der Perspektive Bulgariens um größeren Wohlstand in Jugoslawien handelte, viele von ihnen hatten eine nach Westen gerichtete Phantasie von Glück, Wohlstand, mehr Freiheit. Jetzt, über 27 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, stellt sich die Frage, wie weit Phantasie und Realität auseinanderliegen bzw. woran die Realität gescheitert ist. Denn das post-sozialistische Transitionsnarrativ ist kein Dokument des Erfolges. Wir sehen Ost-Europa verstärkt unter dem Einfluss rechtspopulistischer Parteien und Regierungen, einer immer ausgeprägteren sozialen Spaltung und einem neuen Aufkeimen des alten Ost-West-Konflikts. Dennoch wäre es falsch, Ost-Europa beim Aufstieg des Rechtspopulismus eine singuläre Rolle zuzuschreiben. Denn wie erklären wir dann Phänomene wie den Brexit oder Trump in den USA? Wir können lediglich von einer Vorwegnahme dessen sprechen, was nun den globalen Norden insgesamt einholt. Aber worum handelt es sich denn genau?

Westliche Phantasien - nur kein Osten

Die verbotene Frucht ist am begehrenswertesten, heißt es. Sie steht für ein Begehren, dem wir uns gerade nicht entziehen können. Wir wollen etwas Verbotenes, weil wir durch das Verbot an der Teilnahme am Verbotenen ausgeschlossen werden und wenn es etwas gibt, was der Mensch in seinem Menschsein nicht ertragen kann, dann ist es wohl der Ausschluss. Das Verbot generiert allerdings auch Phantasien; etwas, das nachvollziehbar im Zusammenhang mit Begehren steht. Der Westen ist in diesem Sinne eine exklusive Phantasie; im Folgenden will ich erklären, was das bedeutet.

Wie entsteht das Begehren nach dem Anderen, hier konkret nach dem Westen? In einer seiner Schriften gibt Lacan die Erklärung, Begehren sei immer ein Begehren des Begehrens eines Anderen (Lacan 1975: 220). Und hier sehen wir diesen Mechanismus anschaulich am Werke. Die Wunschvorstellungen der Menschen im Osten bezogen sich wesentlich nicht auf eine Erfahrung, die sie selbst gemacht hätten, sondern auf die Illusionen, die der Westen von sich selbst (verbreitet) hat.² Es geht um eine historische und narrative Dominanz der westlichen Phantasie. Mit Phantasie meine ich hier den Prozess und das Produkt dieser Tätigkeit. Das Verhältnis zwischen dem Westen und dem Osten hat eine lange und komplexe Geschichte, die immer in politischen Legitimierungsversuchen mitschwingt. Im Westen sei der Fortschritt, die Freiheit, die Demokratie; im Osten die Rückständigkeit, die Gewalt, die „asiatische“ Despotie (Hegel 2015: 142f.).

Der Literaturtheoretiker Edward Said hat dieses Thema des Ost-West-Verhältnisses unter dem Begriff des Orientalismus zusammengefasst. Lange vor dem Aufstieg der USA zur Weltmacht und dem, was wir oft als Amerikanisierung wahrnehmen, gab es bereits eine Tradition der Westernisierung (*westernization*) in verschiedenen historischen Kontexten: Hellenisierung, Romanisierung, Frankonisierung und Germanisierung. Allerdings hat sie durch den Aufstieg des Kapitalismus und die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert und später durch die medialen Revolutionen des 20. Jahrhundert ihr neues Ausmaß erreicht. Said analysiert in seinem Hauptwerk *Orientalism* (1978) hauptsächlich Werke der europäischen Geistesgeschichte, deren intellektuelles Hoch in die Zeit wirtschaftlicher und territorialer Expansion fällt. Kurz gesagt, in eine Zeit, die vom europäischen Kolonialismus und Imperialismus geprägt wurde. Erörtert werden Werke der französischen und englischen Wissenschaft und Literatur.

Die Berührung mit dem Fremden und Anderen sei hier immer schon vorbedingt, ja übermotiviert. Die Erschließung neuer Räume, fremder Kulturen etc. geschehe nicht rein aus Neugier und Erkenntniswunsch, sondern aus dem Bedürfnis nach Handel und wirtschaftlicher Ausbeutung. Und da, wo ein solches wirtschaftliches Interesse vorliegt, ist die Gleichheit verloren und die Abwertung das Paradigma. Inwieweit sich die Literatur von dieser ideologischen Komponente (nicht) befreien kann/ konnte, zeigt Said in seinen Interpretationen bekannter Werke der Weltliteratur. Alle haben sie den Orient als ein ontologisch und epistemologisch Entgegengesetztes, als Ort des Seins und der zwanglosen, ausufernden Sexualität beschrieben. Als Rückzugsort der viktorianischen Sexualmoral ist der Orient im Vergleich zum Okzident ein vermeintlich chaotischer Freiheitsraum, der sich politisch auf unreflektierte Grundannahmen stützt. Das Verbot ist (hier) ein selbst-auferlegtes und kreiert Phantasien des Verbotenen. Wovon sich Phantasien allerdings am stärksten nähren, sind Diskrepanzen, ungleiche (Macht)Verhältnisse. Das ausschweifende Phantasieren hat seine Grenze an der Realität des Anderen, seiner Teilnahme am Dialog. Aber einen gleichberechtigten Dialog zu führen, fällt schwer, wenn nicht das Gespräch, sondern der Krieg und die Besetzung gesucht werden. Said hat uns gezeigt, wie der Westen das Deutungsrecht über den Osten imperialisiert hat; aber was passiert mit den Kolonisierten?

Das Europa der Kolonien

Lange vor Said hat Frantz Fanon dieses Problem der Kolonisierten in phänomenologischer Manier unter Berücksichtigung von Psychoanalyse und Marxismus in *Schwarze Haut, weiße Masken* (2013) beleuchtet. In seinem Werk formuliert Fanon eine mögliche Antwort auf Hegel und Sartre, die sich mit Herrschaft und Knechtschaft beschäftigt haben. Die Frage, die Hegel im Selbstbewusstsein-Kapitel seiner *Phänomenologie* aufgegriffen hatte, lautete ganz einfach: Wer und was begründet Herrschaft? Er ging auch daran, darauf zu antworten, in welcher Verfassung sich der Herrschende und Beherrschte befinden müssen, damit sich so ein Verhältnis erst einstellt. Auf die Komplexität der Hegelschen Fragestellung gehe ich hier nicht ein; es sei nur gesagt, dass Hegel der Vielschichtigkeit dieses Verhältnisses Rechnung trägt, allerdings aus der Perspektive

des westlichen, weißen Mannes. Die Hegelschen Antworten waren für Fanon deshalb unzureichend in der Erklärung eines Phänomens wie des Rassismus, der stets als Legitimierungsinstrument für Ausbeutung diente, nicht zuletzt auch weil sich die europäische Philosophie in ihren Entwürfen idealer Gesellschaften und politischer Ordnungen der rassistischen Klassifizierung von Menschen bediente. Das Klassensystem in Aristoteles' Gesellschaftskonzeption ist das beste Beispiel dafür.³

Es ist nun eine Sache, militärisch einzugreifen und fremdes Territorium durch Gewalt zu okkupieren, eine andere ist es, langfristig ein Verwaltungssystem und Herrschaft zu etablieren. Die Gewalt muss Anerkennung finden und sie findet sie in der Unterwürfigkeit bzw. der Unterworfenheit der Beherrschten. Und Fanon stellt sich die Frage, wie diese Unterwürfigkeit entsteht und wie man sich von ihr befreit. Aus einer erstpersionalen Perspektive werden die verschiedenen Stadien der Identitätskrise des schwarzen Subjekts wiedergegeben: die Anerkennung der eigenen Minderwertigkeit, die Rebellion dagegen, der Versuch einer eigenständigen Identitätsstiftung, die trotzige Identitätsbildung in der Affirmation des Stereotyps, das Mimikry und letztlich die verzweifelte Verlorenheit im ideologischen Gewirr. Was die Ich-Instanz von Fanons Text feststellen muss: Auf der Seite der Macht liegt auch die (Deutungs)Macht der Phantasie. Der Westen hat „Neger“ erschaffen und diese haben sich ihm unterworfen, weil ihnen als Menschen nur diese Identität angeboten wurde. Sie wurden als minderwertige vermenschlicht, um unterworfen werden zu können. Exklusive Phantasien nehmen das Verworfenen bzw. Unterworfenen auf, als ein Beherrschtes. Wir können dabei von exklusiver Inklusion sprechen. Die Unterworfenen werden zugelassen wie Zuschauer zu einem Gespräch, an dem sie nicht teilnehmen dürfen. Wenn sie sich äußern, dann in der Sprache der Macht, die sie immer schon zu Ohnmächtigen macht. Können sie überhaupt eine Sprache haben? „Können die Subalternen sprechen?“, war Spivaks Frage dazu (2008).

In *Schwarze Haut, weiße Masken* bleibt es bei der Schilderung eines Scheiterns. Befreiungen sind immer unvollständig; es ist nur redlich, sich das einzugestehen. Aber Fanon, ein Kenner Hegels und Freuds, wusste, worin deren Gemeinsamkeit lag: in der Beschreibung der Geschichtlichkeit von Phäno-

menen. Und die Schilderung und Kenntnis verleugener Geschichte ist Teil der Befreiung davon, Teil des Widerstands gegen den Ausschluss aus dem Dialog. Aber auch nur ein Anfang.

Klassifizierungen haben bekanntlich Abstufungen und beinhalten Wertungen. Bereits die aristotelische Gesellschaftstheorie zeigt die nuancierten, abwertenden Abstufungen von innen nach außen: Vernunft/Physis, Mann(Bürger)/Frau, Frau/Kind, Kind/Hausklave, Hausklave/Sklave, Sklave/Barbar (Nicht-Griechen). Die klassischen Klassifizierungen der Neuzeit basieren auf einer heteronormativen Hierarchie, deren Maßstab der weiße, westliche bürgerliche Mann ist. Er ist die Norm, alles andere im Vergleich zu ihm eine minderwertige Abweichung. Das gängigste Klassifizierungskriterium solcher Hierarchien ist die Zuschreibung von Vernunft oder Absprache von Vernunft. Die Dichotomie Vernunft/Natur zeigt sich in all diesen Gegensatzpaaren vertreten und dient der Legitimierung von Herrschaft des Vernünftigen über das angeblich Naturwüchsige. Diese Verhältnisbestimmung sehen wir sowohl beim traditionellen *gendering* von Mann und Frau als auch beim Verhältnis zwischen Westen und Osten oder Norden und Süden. Wie schon vorhin erwähnt, geht es um die Einführung einer ontologischen und epistemologischen Differenz. Was wir nun aber bei Aristoteles gesehen haben, ist, dass diese Differenzen auf mehreren Ebenen geführt werden und einer stufenweisen Verschiebung nach außen unterliegen. Demnach haben wir nicht nur eine Unterscheidung zwischen europäischer Kultur und nicht-europäischer bzw. fremder Kulturen, sondern auch eine Hierarchie innerhalb Europas (Wolff 1994). Ein hervorragendes Beispiel dieser rassistischen Hierarchisierung bieten die *Reden an die deutsche Nation* (1808) von Johann Gottlieb Fichte. Es geht um ein philosophisches Plädoyer für die Gründung eines deutschen Nationalstaates und die Emanzipierung von französischer Besatzung. Fichte geht dabei auf klassische Argumente der Nationalstaatengründung ein: Territorialstaat, Kultur, Sprache und ein spezifisches Nationalwesen. In seiner Skizzierung der europäischen Völker sind natürlich die Deutschen das überlegene Volk, andere germanische Völker (Skandinavien ist gemeint) wären den Deutschen ebenbürtig, wohingegen die Völker im Süden und vor allem Südosten barbarisch seien und ihrer Veranlagung nach Untertanen der Nordvölker. Damit meint Fichte vor allem die Slawen im Osten und Südosten. Es muss wohl

nicht hervorgehoben werden, wer die eifrigsten Interpreten von Fichtes Thesen gewesen sind. Die *Vernichtung durch Arbeit*, die von den Nationalsozialisten später eingeführt wurde, war nur der nächste Schritt einer europäischen Kolonial-Logik, wobei die Verbindung zwischen Rassismus und Arbeit im Zusammenhang gedacht werden muss.⁴

Der Orient Europas

Basierend auf diesem Sachverhalt wendet Maria Todorova in ihrem Werk *Imagining the Balkans* (1997) Edward Saids These vom Orientalismus auf den Balkan an. In ihrer Analyse von Literatur, Reiseberichten, diplomatischer Post, privaten Briefen, wissenschaftlichen Arbeiten etc. vom 18. Jahrhundert bis heute geht sie dem oben nachgezeichneten Diskurs nach, welcher nach wie vor dazu beiträgt, Menschen aus Südosteuropa als Angehörige krieglüsterner Stammeskulturen und Befürworter*innen autoritärer Regime abzustempeln. Todorova zufolge gibt es so etwas wie Balkanismus, einen Diskurs, der ein bestimmtes Stereotyp vom Balkan konstruiert und die Politik mitbestimmt. Es gibt eine bevormundende Haltung, wenn man vom Anderen spricht und wenn man ihn anspricht. Wie allerdings schon Hegel und Fanon gezeigt haben, ist die Situation nicht eindeutig, weil im asymmetrischen Herrschaftsverhältnis eine Eigendynamik entsteht, die das Bewusstsein auf spezifische Weise formt. Klar formuliert: Herrschaft stützt sich vor allem auf einen internalisierten Minderwertigkeitskomplex, der vom Unterworfenen meist nicht in Frage gestellt wird und um den herum sich die Wirklichkeit strukturiert. Veranschaulicht soll dies werden an einem Beispiel: Im politischen Mainstream Südost-Europas gibt es die Tendenz, ständig neue Begriffe für den südosteuropäischen Raum zu suchen. Um eine kleine Differenz gegenüber den östlichen Nachbarn einzuführen, redet man gerne vom Westbalkan. Man ist immerhin ein bisschen Westen. Den Kroat*innen ist so etwas allerdings nicht genug, sie wollen nicht einmal Teil des Westbalkans sein. Sie gehören jetzt, vor allem nach dem EU-Beitritt, zu Mitteleuropa. Besonders von national-konservativer Seite gibt es auch Bestrebungen, sich den Visegrad-Staaten anzuschließen.

Ein anderes Beispiel: Im slowenischen Parlament wurde bei einer Gelegenheit vor dem EU-Beitritt von Parlamentarier*innen acht verschiedener Parteien



die „Resolution über den zentral-europäischen Charakter Sloweniens“ vorgeschlagen, um Slowenien vom Balkan abzugrenzen und dadurch die Integration des Landes in die EU zu beschleunigen (Bakić-Hayden 1995). Ein weiteres Beispiel ist die Beschreibung der Višegrad-Staaten als „Ost-Mitteleuropa“. Die politische Essayistik einiger polnischer und ungarischer Autor*innen der 80er und 90er Jahre legt von einer solchen manieristischen Begriffssuche Zeugenschaft ab. Was dabei zugunsten einer angeblich goldenen Mitte europäischer Bürgerlichkeit verschleiert wird, ist ein ideologischer Wirrwarr aus konservativen bzw. als „christlich-europäisch“ bezeichneten Gesellschaftswerten und liberalen Wirtschaftseinstellungen. Von Nationalismus ist dies nicht weit entfernt, vor allem wenn man bedenkt, dass die europäische bürgerliche Kultur sich zwar heute scheinbar gegen den Nationalismus positioniert, allerdings historisch mit ihm verwoben ist. Problematisch sind gerade die Widersprüche des Liberalismus, die nationalistisch ausgenutzt werden können (Marcuse 1965). Davon legt z.B. Hegels Rechtsphilosophie Zeugenschaft ab. Von europäischen Werten ohne deren Entstehungszusammenhang zu sprechen, ist deshalb stark verkürzt, zumal es die Grundlage einer falschen Einheit bildet; einer Einheit, die nach wie vor auf der wirtschaftlichen Ausbeutung nicht-europäischer bzw. östlicher Nachbarn beruht. Außerdem könnte man behaupten, der heutige Diskurs über europäische Werte selbst

diene der Bevormundung und „Zivilisierung“ und sei eine postkoloniale Version des (inner-)europäischen Kolonialismus. Die These eines verschiebbaren Orientalismus, wie ihn Milić-Hayden beschreibt, trifft hier zu. Boris Buden analysiert in diesem Kontext den west-europäischen Diskurs im Hinblick auf die post-sozialistische Transformation der Länder des ehemaligen Jugoslawien und kommt zur Feststellung, dass er von einer bevormundenden Kindermetaphorik gerahmt wird und zynisch auf die Naivität der östlichen Demokratie-Gläubigen eingeht:

“Eine seltsame Metaphorik prägt den Jargon der postkommunistischen Transformation: *Erziehung zur Demokratie, Prüfungen in Demokratie, Schule der Demokratie, eine Demokratie, die noch Windeln braucht, die wächst und reift und vielleicht noch in den Kinderschuhen steckt, ihre ersten Schritte wagt* oder, natürlich, *eine Demokratie, die an Kinderkrankheiten leidet.*“ (Buden 2009: 34, Hervorhebung im Original)

Die Kindermetaphorik gehört zum klassischen Argumentationsmuster des Kolonialismus. Ein hervorragendes Beispiel für die komplexen Verschränkungen verschiedener exklusiver Diskurse ist die mediale und politische Verwertung der EU-Beitrittsverhandlungen, wo wir diese Metaphorik vor allem auf den Balkan bezogen vorfinden.

Nach dem Post-Sozialismus

Der EU-Beitritt wird zu einem Zivilisationsmaß; ob man zu Europa, also zur zivilisierten westlichen Welt, gehört oder nicht, ist entscheidend in der Politikführung und Identifizierung mit liberaler Demokratie innerhalb einer global-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die EU-Beitrittsverhandlungen werden dabei zur un subtilen Gratwanderung zwischen „zivilisatorischer Mission“ und offener Erpressung. Berechtigte Bedenken im EU-Angleichungsprozess werden als irrational abgetan, also handelt es sich um einen Ausschluss des Anderen aus dem rationalen Diskurs. Oft wird man vor die falsche Wahl gestellt: für die EU und damit auch den freien Markt oder gegen die Demokratie. Denn es sollte nun klar sein, dass nicht alle oder nur die wenigsten EU-Mitgliedsländer demokratische Vorbilder sind und dass deren Demokratiepotezial nicht unbedingt direkt mit EU-Regelungen zusammenhängt. Aber es muss auch hervorgehoben werden, dass das Demokratieverständnis dabei ein ziemlich verkürztes ist: Demokratie nur mit freien Wahlen gleichzusetzen, ohne dabei eine gerechte, auf Chancengleichheit ausgerichtete Gesellschaftsordnung mitzudenken, verfehlt den Begriff. Und hier liegen auch das Kernproblem westlicher liberaler Demokratie und der Grund ihrer derzeitigen Bedrohung durch rechtspopulistische Machtübernahme. Den Menschen eine scheinbare Wahl zu präsentieren – wobei Volksparteien im Grunde dasselbe neoliberale Wirtschaftsprogramm und die Abwertung menschlicher Arbeit propagieren –, drängt Wähler*innen an die Ränder politischer Koordinatensysteme: nach links oder rechts (Mouffe 2007: 94). In diesem Kontext muss allerdings angemerkt werden, dass 'links' und 'rechts' stets auch relative Begriffe sind; dies zeigt sich besonders im kontrastierenden Vergleich zu post-sozialistischen Ländern. Was vor ungefähr dreißig Jahren noch sozialdemokratische Programmatik gewesen ist, wird heute aufgrund der Neoliberalisierung der politischen Mitte an den linken Rand als sozialistisch abgedrängt (und damit im neoliberalen Mainstream als gefährlich und totalitär abgestempelt), während der rechte Rand, d.h. rechtspopulistische oder faschistoide Politik, immer mehr Resonanz findet, weil sie mit dem neoliberalen Menschenbild in Maßen vereinbar erscheint.⁵

Im Osten bzw. Südosten Europas fand während des Übergangs aus sozialistischen in liberal-demokratische kapitalistische Systeme⁶ einerseits ein tiefgreifender Diskurswechsel in Form der Wiederaufnahme nationaler sowie nationalistischer Argumentationsmuster statt, andererseits eine Dämonisierung sozialistischer Regime bzw. all der Dinge, denen die Etikette 'sozial' anhaftete. Dieser für den post-sozialistischen Raum typischen Vergangenheitsbewältigung bzw. -verdrängung ist der heute vorherrschende Eindruck eines Rechtsrucks zu verdanken. Durch die zügellose Implementierung neoliberaler Politik im Osten, in einigen Ländern bereits in den 70er Jahren, kam es zu einer stetigen Verschiebung politischer Parameter, bei der sich linke Politiken in defensiver Pose in einem Rechtfertigungsdruck ausschöpfen und schnell von der Bildfläche verschwinden oder in einen sozialdemokratischen Diskurs übergehen, der dieselbe neoliberale politische Mitte bedient. Der Osten als Exerzierfeld des Neoliberalismus zeigte sich äußerst empfänglich und wurde nicht nur Vorreiter nationalistischer Wiedergänger, sondern auch Opfer dessen, was einige Soziolog*innen und Theoretiker*innen als Schwund des Sozialen im Sinne eines Verschwindens von Gesellschaft *per se* bezeichnen (Buden 2009: 164f.). Das klassische westliche Gesellschaftsmodell, welches von der industriellen Moderne geprägt worden ist und sowohl kapitalistische als auch sozialistische Systeme umfasst, verschwinde durch die voranschreitende Deindustrialisierung des Westens. Margaret Thatchers berühmter Satz ("There is no such thing as society.") kann in diesem Sinne auch als zynischstes Beispiel von Performanz gedeutet werden. Warum neoliberale Politiken besonders stark im Peripher-Kapitalismus gegriffen haben, liegt vor allem darin, dass sie auf einen kolonialen Diskurs der Minderwertigkeit (süd)östlicher Nachbarn und die Garantie einer Abwendung von sozial(istisch)er Politik rekurrieren konnten.

Die repressive Infantilisierung, wie es Buden bezeichnet, ist Teil einer Ideologie und eines ganzen Forschungszweiges von Politikwissenschaft und Soziologie, der sich mit dem post-kommunistischen bzw. post-sozialistischen Übergang vom „Kommunismus zur Demokratie“ beschäftigt: es handelt sich um die Transitologie (Buden 2009: 35). Spezifisch für den Transitionskapitalismus wäre demnach eine Renationalisierung, die bis hin zu einer erneuten Etablierung nationalistischer Legitimierungsnarrative reicht.

Im südosteuropäischen Raum, auf dem Balkan, ist der Begriff der Transition ein gängiges Schlagwort, um all das zu bezeichnen, was mit dem Zerfall Jugoslawiens seinen Anfang nahm. Einerseits hat es für die Liberalen und deren wissenschaftlichen Diskurs die Bedeutung des Übergangs von autoritären Regimen hin zu einem kapitalistischen, liberal-demokratischen System. Andererseits ist uns aber im öffentlichen Raum auch der Begriff der Transitionsverlierer*innen (kro. *gubitnici/e tranzicije*) geläufig, der im Deutschen mit dem des Abhängigen vergleichbar ist. Zu den Transitionsverlierer*innen gehören eine Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, Rentner*innen und vor allem Frauen. Durch die „Abkehr vom Joch des Kommunismus“ ging man dazu über, auch alle progressiven gesellschaftlichen Tendenzen (des Sozialismus) wie Frauenrechte, einen starken Sozialstaat oder auch Minderheitenrechte als sozialistische Regressionen abzutun und eine Privatisierung einzuleiten, von der sich die Gesellschaft bis heute nicht erholt hat. Aber da wir Phänomene wie Rassismus, Rechtspopulismus und Nationalismus auch außerhalb Ost-Europas antreffen, kann es sich nicht um ein transitorisches Spezifikum ost-europäischer Nationalstaaten handeln. Im Rahmen der Flüchtlingskrise wurde dies erneut bewusst: Der Vorwurf einer nationalistischen Regression wurde vor allem dem Osten vorgehalten, während sich ein einziges Land humanitär verhalten habe, Deutschland. Wer sich allerdings die Politik der regierenden Koalition unter Angela Merkel anschaut und von Humanität vorschwärmt, kann nur als naiv bezeichnet werden. Billige Arbeitskräfte für eine überalterte Gesellschaft sind das realistischere Bild. Was die Flüchtlingskrise offen gelegt hat, sind das Scheitern eines längst ausgehöhlten Systems und die Verschärfung *einer gesellschaftlichen Krise ohne Gesellschaft*. Die zwei Optionen, die sich da abzeichnen sind: entweder Ausbeutung aller im Rahmen eines ausgehöhlten Sozialstaates („capitalism with a friendly face“) oder voranschreitende Segregation und – in manchen Fällen – sogar Deportation in der letzten Etappe des Neoliberalismus.

Was bleibt und was folgt

Die Transition scheint sich zum Kapitalismus so zu verhalten wie das Es zum Ich (Freud) oder wie die Träume des Geistersehers zu den Träumen der Metaphysik (Kant). Die kapitalistischen Ausschweifungen an der EU-Peripherie haben dem Kapitalismus seine scheinbare Grenzenlosigkeit gezeigt und ein neues Stadium von Vergesellschaftung eingeführt, wobei nicht nur Gesellschaft überflüssig wird, sondern das Subjekt selbst.⁷ Das Ende der Geschichte hat sich in schlechte Unendlichkeit der Geschichte verwandelt. Die ausschweifenden Träume nationalistischer Geisterseher haben dem Kapitalismus in Form des Neoliberalismus einen weiteren narzisstischen Schub gegeben, anstatt die Grenzen des Menschenmöglichen endlich erkennen zu lassen.

Was wir nun immer öfter bei Wahlen, seien es nun Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen, vorfinden werden, ist die Stichwahl zwischen zwei scheinbaren Extremen: einer sozialdemokratischen bzw. liberalen Kandidat*in und einer Rechtspopulist*in bzw. Faschist*in. Das Scheitern Hillary Clintons bei den US-Präsidentschaftswahlen war dabei die folgerichtige Konsequenz einer sich als alternativlos gebärdenden Politik. Bald darauf gab es in Österreich ein ähnliches Szenario, wobei der links-liberale Kandidat von der Bellen den rechtspopulistischen Kandidaten der FPÖ Norbert Hofer knapp schlagen konnte. Jüngst wiederholte sich diese symptomatische Konstellation in Frankreich. Dabei scheint die europäische Option lediglich eine Aufschiebung des Trump-Szenarios zu sein.

Die fehlende europäische bzw. westliche Auseinandersetzung mit dem Erbe des europäischen Kolonialismus und der kolonialen und imperialistischen Tendenz des heutigen globalen Kapitalismus wird der Demokratie zum Verhängnis, mehr noch allerdings die Verdrängungsmechanismen der breiten Öffentlichkeit, die den Imperialismus nach wie vor als ein territoriales bzw. als militärisches Phänomen wahrnimmt, und nicht in Form von globaler finanzkapitalistischer Vergesellschaftung, bei der sich Neoliberalismus und Krieg nicht nur ähneln, sondern immer näher rücken.

Anmerkungen

- 1 Der Titel bezieht sich auf Kants Frühwerk *Träume eines Geistersehers, erläutert durch Träume der Metaphysik*.
- 2 Ein gutes Beispiel dafür ist das Verhältnis von DDR-Bürger*innen zum West-Fernsehen.
- 3 Aristoteles: *Politik*. Hrsg. v. Otfried Höffe. Klassiker Auslegen Bd. 23. Berlin: Akademie Verlag 2001.
- 4 Dazu verweise ich auf die systematische Aufarbeitung von Fanons These einer schwarzen Metaphysik europäischer bzw. westlicher Kolonial-Logik seitens des Philosophen Achille Mbembe: *Kritik der schwarzen Vernunft*. Übers. v. Michael Bischoff. 1. Aufl. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2014.
- 5 Die These knüpft an Marcuses kulturtheoretische Ausführungen über bestimmte Überschneidungen zwischen Liberalismus und Faschismus an.
- 6 Ich schreibe hier bewusst von 'Systemen' im Plural. Jedes sozialistische bzw. kommunistische System hatte eine historisch individuelle Genesis und Ausprägung. So müssen auch die je spezifischen Varianten des Kapitalismus in verschiedenen Ländern selbstredend berücksichtigt werden.
- 7 „Während es gestern noch die Tragödie des Subjekts war, vom Kapital ausgebeutet zu werden, ist es heute die Tragödie der Vielen, nicht mehr ausgebeutet werden zu können und einer „überflüssigen Menschheit“ zugewiesen zu werden, die aufgegeben und vom Kapital für sein Funktionieren kaum noch gebraucht wird.“ (Mbembe 2014: 16).

Literaturverzeichnis

- Aristoteles: *Politik*. Hrsg. v. Otfried Höffe. Klassiker Auslegen Bd. 23. Berlin: Akademie Verlag 2001.
- Bakić-Hayden, Milica: „Nesting Orientalisms: The Case of Former Yugoslavia“. In: *Slavic Review*, Vol. 54, Nr. 4 (Winter, 1995), S. 917-931.
- Buden, Boris: *Zone des Übergangs. Vom Ende des Postkommunismus*. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2009.
- Fichte, Johann Gottlieb: *Reden an die deutsche Nation*. Mit einer Einl. hrs. v. Alexander Aichele. Hamburg: Felix Meiner 2008.
- Fanon, Frantz: *Schwarze Haut, weiße Masken*. Übers. v. Eva Moldenhauer. Wien: Turia + Kant 2013.
- Hegel, G.W.F.: *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*. 11. Aufl. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2015.
- Lacan, Jacques: „Die Ausrichtung der Kur und die Prinzipien ihrer Macht“. In: *Schriften I*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1975.
- Marcuse, Herbert: „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung.“ In ders.: *Kultur und Gesellschaft I*. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1965, S. 17-55.
- Mbembe, Achille: *Kritik der schwarzen Vernunft*. Übers. v. Michael Bischoff. 1. Aufl. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2014.
- Mouffe, Chantal: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2007.
- Said, Edward W.: *Orientalism*. New York: Random House 1978.
- Spivak, Gayatri Chakravorty: *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subaltern Artikulation*. Übers. v. Alexander Joskowicz u. Stefan Nowotny. Mit einer Einl. v. Hito Steyerl. Wien: Turia+Kant 2008.
- Todorova, Maria: *Imagining the Balkans*. New York/Oxford: Oxford University Press 1997.
- Wolff, Larry: *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford: Stanford University Press 1994.



Home is (t)here:

Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina¹ in San Francisco heute

Zorana Simić

Die Forschungsarbeit bezieht sich auf eine ethnographische Feldstudie, die ich im Jahr 2016 in San Francisco durchgeführt habe. Hierbei habe ich halbstrukturierte Leitfadeninterviews mit über 40 InformantInnen geführt. Sie alle mussten in jungen Jahren in den 1990ern aufgrund der Zerfallskriege im ehemaligen Jugoslawien ihre Heimat verlassen. Heute sind die InformantInnen zwischen 25 und 40 Jahre alt. Vergangene Forschungsvorhaben auf diesem Feld fanden unter jungen Männern und Frauen als einen wesentlichen Bestandteil die Gleichgültigkeit oder sogar Missachtung der nationalen Identität. (Fenton 2007: 335, Cox und Connell 2003: 330, Glick Schiller et. al. 2004). Signalisiert uns das eine nicht-nationale Generation? Ich argumentiere, dass die sozialen Beziehungen von MigrantInnen und Flüchtlingen nicht auf einzelne Nationen beschränkt werden können, sondern „transnational“ sind (Fenton 2007: 336). In den letzten Jahren hat der Umfang transna-

tionaler Bindungen erheblich zugenommen, teilweise aufgrund der Globalisierungsprozesse. Unter solchen neuen Bedingungen ist es nachvollziehbar, warum Levitt und Schiller (2004) behaupten, dass Assimilierung und beständige transnationale Beziehungen weder inkompatibel noch binäre Gegensätze sind. Meine empirischen Untersuchungen deuten darauf hin, dass ImmigrantInnen zunehmend transnational werden und dabei ein Einzelfeld für soziales Handeln kreieren, das zugleich das Heimat- und Gastland umschließt.

Die Kriege in Bosnien dauerten dreieinhalb Jahre an und wurden 1995 mit der Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens beendet.² Bis dahin erbrachte der Krieg 1.2 Millionen Flüchtlinge aus Bosnien. Das vom bosnischen, kroatischen, und serbischen Präsidenten unterzeichnete Friedensabkommen teilte das Land in zwei, in die serbische Entität,

Republika Srpska (folgend RS abgekürzt) genannt, und die muslimisch-kroatische Föderation, auch bekannt unter dem Namen Föderation Bosnien und Herzegowina.³ Trotz des Friedensabkommens und dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen sind viele Flüchtlinge sowie Binnenvertriebene nicht in der Lage, zu ihrem früheren Wohnsitz zurückzukehren, da sie nun von den anderen ethnischen Gruppen kontrolliert werden. Der größte Anteil der bosnischen Diaspora besteht aus den MigrantInnen, die in den 90er Jahren aufgrund direkter oder indirekter Folgen des Konflikts ihre Heimat verlassen mussten (Valenta et al. 2011). Heute repräsentieren BosnierInnen⁴ die zerstreuteste Gemeinde aus dem Balkan in der Diaspora. Allerdings gibt es wenige Forschungsarbeiten dazu, wie sich bosnische Flüchtlinge in den neuen Ländern zurechtgefunden haben. Meine Forschung soll diese perspektivische Lücke anhand einer Bestandsaufnahme im Raum San Francisco füllen.

Wie mit den meisten neu ankommenden Migrantengruppen ist es schwierig, ein umfassendes und akkurates Bild der bosnischen Flüchtlinge in den USA zu kreieren. Daten aus Sekundärquellen stehen nur begrenzt zur Verfügung, da BosnierInnen so gut wie immer unter der Kategorie „weiß“ aufgelistet und meist mit keiner weiteren Differenzierung durch Sprache oder Herkunftsland hervorgehoben wurden. Darüber hinaus unterscheiden Datenquellen über EinwanderInnen zum Teil nicht zwischen Flüchtlingen und MigrantInnen. Zudem gibt es keine einschlägigen Volkszählungsdaten für den Zensus 1990 und Zensus 2000 (Morse et al. 1998). Weitere Informationsquellen wie Schulen, community colleges, Flüchtlingsdienste und Gesundheitskliniken haben begrenzte Informationen oder Daten, die nur schwer zugänglich sind. Aufgrund mehrfacher Migration werden selbst Zahlen, die vom US-Außenministerium und von Umsiedlungsstellen zur Verfügung stehen, nicht als genau genug betrachtet (Dimeo et al. 1996). Nicht zuletzt siedelten sich auch bosnische KroatInnen und SerbInnen in den USA an, die ihre bosnische Staatsbürgerschaft ablehnten und es bevorzugten, ihre ehemalige jugoslawische Staatsbürgerschaft durch die kroatische oder serbische zu ersetzen. Diese bosnisch geborenen EinwanderInnen erscheinen in den US-Datenquellen nicht als BosnierInnen, da diese statistische Erfassung für EinwanderInnen nicht den Geburtsort, sondern die Staatsangehörigkeit einer Person angibt (International Rescue Committee 1997).

Die ersten Flüchtlinge des grausamen Krieges in Bosnien haben sich ab Juni 1993 in der Region um San Francisco angesiedelt. Laut dem amerikanischen Außenministerium weisen die Angaben zwischen Juni 1993 und Mai 1998 darauf hin, dass in dieser Zeitspanne offiziell 1.286 BosnierInnen nach San Francisco und insgesamt 4.548 BosnierInnen nach Kalifornien umgesiedelt wurden (Dimeo et al. 1996). Die exakte Anzahl von bosnischen Flüchtlingen ist allerdings aufgrund der zuvor genannten Gründe schwer zu beziffern. Zudem bestehen verschiedene statistische Definitionen von Flüchtlingen. Bei manchen Statistiken scheint es, als seien sowohl die Flüchtlinge als auch ihre zusammengeführten Personen mitinbegriffen, andere Statistiken hingegen schließen zusammengeführte Personen aus.

Ziel dieses Beitrages ist es, die vielschichtige transnationale Verortung der bosnischen Flüchtlinge darzulegen, die amerikanische Einwanderungsgesetzgebung der 90er Jahre sowie deren Auswirkungen zu erfassen, um anschließend auf die Integrationserfahrung der Geflüchteten einzugehen. Abschließend werde ich meine Rolle als Forscherin im vorgesehenen Feld kurz erläutern.

Schichten transnationaler Verortung

Kalifornien hat sich heute für Tausende von bosnischen Flüchtlingen als neues Zuhause etabliert. Der Großraum San Francisco, welcher die Counties Alameda, Contra Costa, Marin, San Francisco, San Mateo und Santa Clara miteinschließt, ist innerhalb der USA einer der primären Bestimmungsorte für bosnische Flüchtlinge. Nachdem einige der Geflüchteten körperliche und emotionale Traumata überstanden, zudem noch ihre Heimat, Freunde und Familienmitglieder im Krieg verloren haben, kaum oder nur wenig Englisch sprachen und aus einem Land rausgerissen wurden, das ihnen nah am Herzen lag, gelang es ihnen trotz all dieser Herausforderungen, sich ein neues Leben aufzubauen (Weine et al. 1995). Innerhalb der ersten Monate in San Francisco erhielten die Flüchtlinge bei zahlreichen Aspekten ihrer Umsiedlung Unterstützung von einer Vielzahl öffentlicher und privater Hilfsorganisationen. Diese Organisationen arbeiteten mit den Neuankömmlingen eng zusammen und führten sie durch die an-

fänglichen Aufgaben, damit sich diese ein neues Leben aufbauen konnten: Suche nach Wohnraum, das Erlernen der Sprache, die Schulanmeldung ihrer Kinder, Suche nach Arbeit und die Einarbeitung in zukünftige Berufe sowie den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Nach Vollendung dieser Kurzprogramme verloren sie die MigrantInnen aus dem Blick, da diese Organisationen aufgrund beschränkter Finanzierungsmöglichkeiten nicht weiter in der Lage waren, die Fortschritte der Flüchtlinge zu verfolgen. Somit begannen manche ihr neues Leben in San Francisco unter dem Deckmantel der Anonymität. Andere wiederum wendeten sich an religiöse Institutionen. Das taten sie nicht nur aufgrund materieller Unterstützung, sondern auch aufgrund der Sehnsucht nach einem vertrauteren Umfeld.

Die bosnische Gemeinschaft in San Francisco ist sehr heterogen aufgestellt: Differenzen der religiösen, ethnischen und politischen Identität machen es schwer, den oder die „BosnierIn“ zu definieren. Weitere Differenzen zwischen ehemaligen urbanen und ruralen BewohnerInnen können den Akkulturationsprozess stark beeinflussen. Zudem kamen bosnische Muslime, auch unter dem Begriff Bosniaken bekannt, ohne eine zuvor etablierte Organisation oder signifikante ko-ethnische Gemeinschaft nach San Francisco. Die wenigen Bosniaken, mit denen ich über ihr Leben im neuen Land sprach, erzählten mir, dass sie sich zu Beginn an islamische Zentren gewendet hatten. Jedoch haben sie schnell feststellen müssen, dass ihr muslimischer Glaube nicht mit dem der AraberInnen, Pakistanis und dergleichen übereinstimmte. Die serbische Gemeinde wiederum befand sich im Großraum San Francisco bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Demzufolge wandten sich einige serbische Flüchtlinge aus Bosnien zunächst an die serbisch-orthodoxe Kirche. Dadurch stellten sie schnell hilfreiche Kontakte her. Bosniaken hingegen mussten zuerst eine muslimische Gemeinschaft etablieren, die ihren religiösen Erfordernissen entsprach. Nicht alle bosnischen SerblInnen, die sich zu Beginn an die serbisch-orthodoxe Kirche gewendet hatten, verfolgten dabei religiöse Motive. Manche suchten die Gemeinde aus praktischen Gründen auf oder weil sie sich nach einem familiären Umfeld sehnten. Viele hatten sich vor dem Krieg nicht einmal aktiv an einem Gemeindeleben beteiligt. Als sie allerdings in ein für sie fremdes Land umsiedelten, erschien die Kirche ein guter Sammelpunkt, um Unterstützung zu erhalten. Erst später

nahmen manche die Werte an, welche die Kirche vermittelte. Eine junge Frau erklärte mir bei unserem Treffen, dass sie sich dank der serbisch-orthodoxen Gemeinde in San Francisco zum Glauben gewendet hatte. Mehr noch – es sei der Glaube gewesen, der sie in der Fremde persönlich gestärkt hätte und sie dazu ermutigte, ihr Leben zu überdenken, das sie im Krieg erfahren habe.

Meine ethnographische Feldstudie stützt sich vor allem auf bosnische SerblInnen, die in dem Teil Bosniens geboren sind, das heute der kroatisch-muslimischen Föderation angehört. Dieses bewusst gesetzte Sampling demonstriert die heutige Spaltung Bosniens und entfaltet die Komplexität der vielseitigen transnationalen Zuordnungen. Manch einer fühlt sich heute stärker mit RS oder Serbien verbunden als mit dem eigentlichen Geburtsort. In bestimmten Fällen wurde die nationale Zugehörigkeit zur „serbischen Nation“ gestärkt, da sich ihre ursprüngliche Heimat seit dem Bürgerkrieg wie ein verlorenes Zuhause anfühlte, zu dem sie heute keine Verbundenheit wahrnehmen möchten. Aufgrund der ethnischen Säuberungen während der Bosnienkriege flohen manche zuerst in die RS oder nach Serbien. Erst später setzten sie ihre Migration fort. Obwohl sich diese Orte für meine InformantInnen schlussendlich nur als Zwischenstationen erwiesen, blieben sie wichtige Bezugspunkte in ihrem Leben, da sie einflussreiche Jahre in RS oder Serbien verbrachten, bevor sie die nötigen Papiere erhielten, um den Atlantik zu überqueren. Wenn einer bereits in jungen Jahren aus seiner Heimat fliehen und an mehreren Orten aufgrund der gegebenen Umstände leben muss, bevor dieser Mensch sein finales Ziel erreicht, führt das in vielen Fällen zu einem komplexen Zugehörigkeitsgefühl.

Meine Forschungsergebnisse strukturieren Vertovecs theoretischen Rahmen von einer „bi-focality“ zu einer „multi-focality“ um (Vertovec 2006: 977). Damit soll aufgezeigt werden, dass der Heimatbegriff im Kontext bosnischer Flüchtlinge nicht nur auf zwei geographische Lagen zu begrenzen ist. Der Heimatbegriff kann sich sehr wohl auf mehrere Orte beziehen. Außerdem betonten manche meiner InformantInnen, dass für sie nicht RS oder Serbien als Ganzes ein Heimatgefühl aufwies, sondern konkret die Ortschaft, in die sie geflohen sind. Das deutet auf eine eingeschränkte Begriffserklärung des Transnationalismus hin. Außerdem stellt sich die



Frage, ob ein „Translokalismus“ dem zusätzlich unterlegt werden könnte. Hierunter verstehe ich, dass sich die langfristigen, alltäglichen Interessen meiner InformantInnen nicht nur auf nationale, sondern lokale Bindungen beziehen lassen, vor allem solche, die dislozierte Formen von Familienbeziehungen und emotionaler Verbundenheit zum Heimatort beinhalten. Loyalität und Unterstützung werden primär auf lokaler Ebene gepflegt. Die meisten meiner Interviews verdeutlichen, dass sich das Alltagsinteresse der ImmigrantInnen auf ihren Heimatort sowie auf lokale und familiäre Beziehungen herunterbrechen lässt. Selbst wenn die Bindungen von nationalen Interessen gelenkt werden, sind die grenzüberschreitenden Praktiken lokal bestimmt und primär dem Heimatort gewidmet.

Bei manch anderen meiner InformantInnen ist Brubakers „triadic nexus“ zutreffender. Hier wird Bezug auf die Beziehung zwischen dem nationalisierenden Staat, der nationalen Minderheit und dem Patronage-Staat⁵ genommen: Laut Staatsangehörigkeit gehört man der Nation an, in der man lebt, aber anhand der ethnischen Zugehörigkeit kann die Angehörigkeit auch dem externen Patronage-Staat zugeordnet sein (Brubaker 1995). Nationalisierender Staat, nationale Minderheit und Patronage-Staat stehen hier in einem interdependenten und interaktiven Verhältnis. Warum ist das für bosnische Flüchtlinge, die nun in den USA leben, relevant? Das

Zugehörigkeitsgefühl zum Patronage-Staat kann in der Diaspora fort dauern. Vor dem Bürgerkrieg war Bosnien kein nationalisierender Staat. Bosnische SerblInnen und KroatInnen waren in dem wahrhaftig multinationalen Land keine ethnischen Minderheiten. Unabhängig von den eigentlichen Prozentsätzen gab es weder Mehr- noch Minderheiten. Brubakers theoretischer Ansatz zeigt auf, dass Serbien und Kroatien primär von in Bosnien lebenden nationalistischen SerblInnen und KroatInnen als Patronage-Staaten angesehen wurden. Die empirischen Forschungsergebnisse, die in San Francisco durchgeführt wurden, wandeln Brubakers theoretischen Rahmen ab, indem ein anderes Licht auf die Dimensionen und Komplexitäten der Transnationalismus-Frage geworfen wird. Viele meiner InformantInnen erhalten heute noch eine starke Beziehung zu Serbien aufrecht. In den meisten Fällen jedoch hat dies mehr mit persönlichen Schicksalen als mit nationalistischem Denken zu tun. Infolge der ethnischen Säuberungen floh die Mehrheit der bosnischen SerblInnen zuerst nach Serbien. Die Gründe, weshalb sich manche meiner InformantInnen heute primär mit Serbien und kaum noch mit Bosnien identifiziert, hängen eher damit zusammen, dass sie noch sehr jung waren, als sie aus ihrem Heimatland flohen. In Serbien verbrachten sie hingegen wiederum prägende Jahre ihrer Persönlichkeit, bevor sie in die USA auswanderten. Der modifizierte Rahmen dieser beiden theoretischen Ansätze soll aufzeigen,



dass die transnationale Bindung diverse Schichten beinhaltet, die sich nicht allein auf zwei Nationen reduzieren lässt.

Einwanderungsgesetzgebung

Obwohl bereits einige Literatur zu den Zerfallskriegen des ehemaligen Jugoslawien und Amerikas Reaktion darauf vorhanden ist (Dimeo et al. 1996, Franz 2005), gibt es kaum Informationen dazu, wie sich die Flüchtlinge in den USA eingelebt haben (Coughlan 2011). In zahlreichen Studien wurde versucht, die Komplexitäten nationaler Zugehörigkeit in einem zunehmend transnationalen Umfeld zu untersuchen (Portes et al. 2006, Morawska 2004, Vertovec 2006, Vertovec 2007). Um die Auswirkungen der amerikanischen Einwanderungsgesetzgebung bosnischer Flüchtlinge darzulegen, werde ich kurz auf die deutsche Einwanderungsgesetzgebung der 1990er eingehen, um diese anschließend mit der amerikanischen zu vergleichen. Es wird nahelegen, weshalb viele bosnische Flüchtlinge sich gezwungenermaßen dazu „entschieden“, die Festung Europa hinter sich zu lassen und den Atlantik zu überqueren.

Obwohl die Rechtsvorschriften zur Aufnahme bosnischer Flüchtlinge in den USA kein bestimmtes Zeitfenster boten, war es die Absicht der US-Admi-

nistration, die Eigenständigkeit der betroffenen Menschen so schnell wie möglich zu stärken. Prinzipiell können in den USA Flüchtlinge bereits nach einem Jahr dauerhafte EinwohnerInnen werden und nach fünf Jahren die amerikanische Staatsangehörigkeit beantragen. Die amerikanische Gesetzgebung führte 1992 ein Familienzusammenführungsprogramm für bosnische Flüchtlinge ein, das bis 2001 dauerte (Coughlan 2011: 118). Diese Situation unterschied sich deutlich vom deutschen Kontext, wo hunderttausende von Flüchtlingen Deutschland verlassen mussten, nachdem das Friedensabkommen unterzeichnet wurde (Dimova 2006). Ebenso wie die USA durchlebte Deutschland in den 1990er Jahren massive Migrationsströme aus Bosnien. Die unterschiedlichen Rechtsvorschriften dieser beiden Länder gegenüber bosnischen Flüchtlingen sind eklatant. In Deutschland wurde bosnischen Flüchtlingen bis zur Unterzeichnung des Friedensabkommens Schutz gewährt. All diejenigen, die nach 1995 nach Deutschland einwandern wollten, konnten dies nicht unter dem Flüchtlingsstatus tun, sondern wurden als NachkriegsmigrantInnen klassifiziert. Darüber hinaus schoben deutsche Behörden Hunderttausende Flüchtlingen nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens ab, sofern sie nicht posttraumatische Belastungsstörungen nachweisen konnten, was die Flüchtlinge in eine äußerste prekäre Situation brachte und teilweise zu unangenehmen Dynamiken innerhalb der bosnischen Gemeinschaft führte.

Dies resultierte in einer Art Wettstreit darüber, wer im Krieg am meisten erlitten habe.

Obwohl der Krieg über zwanzig Jahre her ist, werden in den USA hingegen bosnische Flüchtlinge bis heute unter dem Flüchtlingsstatus aufgenommen. Viele der Geflüchteten, die zunächst in Deutschland Unterschlupf fanden und anschließend abgeschoben wurden, wollten nicht in ihr kriegsgebeutertes Heimatland zurückkehren. Stattdessen entschieden sie sich, weiter in Richtung Amerika zu migrieren und überquerten den Atlantik. Deutschland entpuppte sich in dieser Entwicklung als Transitland, denn für bosnische Flüchtlinge waren die USA das Hauptziel. In den USA war es dabei sehr gängig, mithilfe von Bekannten, die bereits im Land lebten, einzuwandern. Die amerikanischen Behörden verlangten „Sponsoren“, die bereit waren, für den betroffenen Flüchtling zu haften. Migrationsketten solcher Art sind unter bosnischen Flüchtlingen, die heute in den USA leben, fast immer die Regel. Tatsächlich hatten alle meiner InformantInnen einen Kontakt in den USA, bevor sie mit ihren Eltern und Geschwistern folgten.

Der deutsch-amerikanische Vergleich veranschaulicht die unterschiedlichen Herangehensweisen beider Staaten im Umgang mit bosnischen Flüchtlingen, obschon eine universelle Flüchtlingsdefinition vorliegt: Auf der staatlichen Makro-Ebene gab es unterschiedliche Rechtsvorschriften. Auf der zwischenmenschlichen Mikro-Ebene entschieden sich einige der MigrantInnen, den Flüchtlingsstatus zu umgehen, um später als Geduldete nicht mit der Abschiebung konfrontiert zu werden. Ein populärer Umweg in Deutschland war hierbei die Scheinehe, um das Bleiberecht zu erhalten.

Schutzrichtlinien des temporären Duldungsstatus, wie zunächst von deutschen Behörden praktiziert, nötigten bosnische Flüchtlinge dazu, all ihre Optionen offenzuhalten – die Erhaltung transnationaler Kontakte zu Bosnien oder anderen Drittstaaten wie den USA mitinbegriffen (Valenta et al. 2011). Diese transnationalen Bindungen sollten den Betroffenen helfen, trotz der Beschränkungen so eigenständig wie möglich ihre Migration zu gestalten (Dimova 2006). Da viele nicht in eine vom Krieg gezeichnete Heimat zurückkehren wollten, entschieden sich diese Personen, über den Atlantik in Richtung USA zu migrieren. Warum aber wurden bosnische Flüchtlinge von den US-amerikanischen

Behörden so willkommen geheißen? Es scheint, als seien bosnische Flüchtlinge aufgrund ihrer europäischen Herkunft die bevorzugten EmpfängerInnen humanitärer Aufnahmebewilligungen gewesen. *Whiteness* ermöglichte es ihnen, weitgehend unsichtbar zu bleiben und vorerst einen Insider-Status zu erhalten, auch wenn sie in der Praxis weiterhin eine Minderheit blieben. Sofern wir uns Ongs Behauptungen anschließen, dass die „schwarz-weiß Polarität“ die allgemeinen ideologischen Rahmenbedingungen aufstellt, um Neuankömmlinge in den USA symbolisch zu sortieren (Ong 1996: 739), so ist die *whiteness* bosnischer Flüchtlinge ein signifikanter Faktor, um ihnen einen respektablen Status in der hoch stratifizierten und rassistisch strukturierten nordamerikanischen Gesellschaft zu gewähren.

Integrationserfahrung

SoziologInnen haben eine Palette an Themen untersucht, die sich an Migrantengemeinschaften und sozialen Unterstützungen orientiert. Diese beinhalten, wie Familienmitglieder die Einwanderung ihrer Angehörigen fördern und erleichtern; die Rolle der Familiennetzwerke, die den InformantInnen helfen, um Jobs und Wohnraum zu gewähren; und wie Familien Überlebensstrategien entwickeln und den EinwanderInnen beim Integrationsprozess assistieren (Foner 1997; Clark et al. 2009). Die Familienzusammenführung in den USA verhalf bosnischen Flüchtlingen bis in das Jahr 2001 hinein, in das Land einzureisen. Diese Situation verstärkte nicht nur das Phänomen der Migrationsketten, sondern auch die Entstehung von Mikro-Gemeinschaften. Hinzu kommt, dass die in San Francisco lebenden Flüchtlinge mit hohen Wohnkosten konfrontiert waren. Das veranlasste viele dazu, in unsichere Gegenden wie Western Addition und Tenderloin mit schlechten Gebäudezuständen umzusiedeln. Andere wichen in umliegende Städte wie Oakland aus. Solche Aspekte haben den Akkulturationsprozess sicherlich nicht vorangetrieben. Aufgrund der hohen Wohnkosten in der Region arbeiten die meisten meiner InformantInnen viele Wochenstunden. Solche Restriktionen halten sie davor zurück, Zeit mit Familie und Freunden zu verbringen. Schlussendlich haben sie das Gefühl, dass sie wesentlich weniger Freizeit haben, als es bei ihren Eltern im damals sozialistischen Jugoslawien der Fall war. Dies wiederum führt zu einer Idealisierung der verlorenen Heimat.



Häufig wechselten die InformantInnen zwischen Pragmatismus und Romantisierung des verlorenen Heimatlandes. Als wir im Gespräch auf den Arbeitsmarkt zu sprechen kamen, behaupteten viele meiner InformantInnen, dass sie sich aufgrund der mangelnden Möglichkeiten und dem hohen Korruptionsgrad niemals vorstellen könnten, nach Bosnien zurückzukehren. Als sich jedoch später einige über die Gentrifizierung und die Arbeitsauslastung im schnelllebigen San Francisco beschwerten, stellten viele Bosnien plötzlich als einen idealen Ort dar, wo sich Menschen „im Gegensatz zum reichen Westen“ noch Zeit für Freunde und Familie nehmen. Diese romantisierte Vorstellung Bosniens wurde jedoch später in einem anderen Kontext widerrufen: Eine der primären Assoziationen mit Bosnien war Stress. Jeden Sommer, wenn sie Familienangehörige in Bosnien besuchten, mussten sie teilweise miterleben, wie ihre Eltern von Nicht-MigrantInnen dafür verurteilt wurden, dass sie ihr Land verlassen und somit aufgegeben haben, als es sie am meisten gebraucht hatte. Zugleich sind aber Nicht-MigrantInnen finanziell abhängig von ihren Verwandten im Ausland. Jede und jeder einzelne meiner InformantInnen bestätigte, dass ihre Eltern regelmäßig Geld nach Bosnien überweisen. Sie selbst sehen sich jedoch nicht dafür verantwortlich, diese Art von Unterstützung weiterzuführen. Nach Angaben der Weltbank rangiert Bosnien auf Platz drei hinsichtlich der jährlichen Devisenüberweisungen. Doch die jüngste Generation der bosnischen Diaspora scheint sich für diese Transfers weniger verantwortlich zu fühlen als noch die Elterngeneration. Sie begründen dies damit, dass „im Westen [...] das Geld doch auch nicht vom Himmel [fällt]“.

Was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen mag, verdeutlicht die komplexe Beziehung der Flüchtlinge zu ihrem Heimatland. Je nach Kontext werden nach und nach Schichten abgetragen, die einer ständigen Verlagerung des Heimatbegriffs unterliegen. Wichtig hierbei ist auch die romantisierte Vorstellung Bosniens, die gar nicht unbedingt das heutige Land beschreibt, sondern vielmehr Jugoslawien, welches meine InformantInnen aufgrund ihrer Altersgruppe primär aus Erzählungen kennen. Ihre Eltern, viele von ihnen Jugo-Nostalgiker,⁶ übertragen ihre Wertevorstellungen auf meine InformantInnen: Obwohl meine InformantInnen selbst in der Theorie die „letzten JugoslawInnen waren, haben sie in der

Praxis wenig von dieser sozialistischen Volksrepublik miterlebt, da sie zwischen einem und sechzehn Jahre alt waren, als das System kollabierte. Der jugo-nostalgische Einfluss mancher Eltern wirkt sich auf die Verortung meiner InformantInnen aus. Jugoslawien scheint ein gemeinsamer Nenner für diejenigen zu sein, die sich heute weigern, ihre nationale Zugehörigkeit auf ihre Ethnie zu reduzieren. Stattdessen möchten sie, wie einst auch ihre Eltern, an der Einheit der Region festhalten.

Große Familiengruppen sowie starke Bindungen innerhalb der bosnischen Migrantengemeinschaft können in Krisenzeiten zwar sehr hilfreichen Rückhalt bieten, sie können allerdings ebenso zur Isolierung und Abhängigkeit zwischen den Familienangehörigen beitragen. Die jüngere Generation bringt sich schneller in die Mainstream-Gesellschaft ein als die ältere. Viele meiner InformantInnen offenbarten, dass sich die Vergrößerung der Generationslücke zusehends durch den Verlust der Muttersprache und der Aufnahme amerikanischer Verhaltensmuster zeige, die nicht immer kompatibel seien mit denen ihres Herkunftslandes. Teilweise hat dieser Assimilationsprozess zu Schwierigkeiten zwischen Eltern und Kindern geführt. Dennoch sollte hier beachtet werden, dass generationenübergreifende Entfremdungsprozesse auch polykausal sein können und sich nicht lediglich auf den Assimilationsprozess reduzieren lassen. Viele der bosnischen Eltern bekommen das Gefühl, dass sie immer mehr die Kontrolle über ihre Kinder verlieren, die zunehmend die bosnische Kultur, Sprache und Identität verlieren und bevorzugen, Englisch zu sprechen. Diese Schwächung familiärer Bindungen schreiben sie dem amerikanischen Individualismus zu. Meine Forschungsergebnisse haben jedoch ebenso aufgezeigt, dass dieses häufige Bild der Generationskonflikte, die nicht nur in Migrantengruppen auffällt, einseitig und irreführend sein kann. Mit einem nuancierten Ansatz schaut man sich die Streitquelle und Belastung näher an, ebenso wie die Betreuung und Unterbringung, um besser nachzuvollziehen, wie sich diese Generationsbeziehungen mit der Zeit wandeln. Die typischen Belastungen zwischen Jugendlichen und Eltern in den USA können in Migrantenfamilien aufgrund der kulturellen Unterschiede sicherlich intensiviert werden (Foner et al. 2007, Suarez-Orozco et al. 2001, Zhou 2001). Dieser Kulturkonflikt versteht sich als Generationsdissonanz (Swartz 2009, Foner

1997). Meine Forschungsergebnisse deuten aber auch darauf hin, dass sich viele meiner InformantInnen stark auf ihre Familien verließen. Sie sahen die Strapazen des Krieges sowie der Umsiedlung in ein so weit entferntes und unbekanntes Land als etwas an, das die Familie noch stärker zusammengeführt hat. Einige verglichen ihre familiären Bindungen mit denen ihrer amerikanischen Freunde und beschrieben sich selber dabei als familienorientierter. Wie bei der Verortung des Heimatbegriffs scheinen auch hier komplexe Kombinationen durch, wo es nicht nur zwei binäre Pole gibt. Das Familienverhältnis meiner InformantInnen gegenüber ihren Eltern weist zugleich dynamische Schwankungen von Zuneigung, Loyalität und Dankbarkeit einerseits, sowie Verantwortung und Pflichtgefühl andererseits auf.

Zusammenführend lässt sich sagen, dass sich meine InformantInnen sowohl kulturell als auch wirtschaftlich und gesellschaftlich gut integriert haben. Obwohl ihre Wahrnehmung zum Heimatland je nach Kontext schwankt, kann generell gesagt werden, dass es primär kulturelle Bindungen sind, die ihren Bezug zu Bosnien prägen, während die wenigsten wirtschaftlich in das Land investieren oder sich gesellschaftlich engagieren. Meine empirischen Forschungsergebnisse zeigen auf, dass ihre gelebte Kultur des Herkunftslandes in der Diaspora eine Grenzzone produziert, die als eine Art Zwischenraum oder „Dritter Raum“ (Bhabha 1994) zwischen der Mainstream-Gesellschaft und dem Herkunftsland der MigrantInnen interpretiert werden kann. Die Ströme, Verbindungen und Netzwerke ermöglichen eine vereinfachte Aufrechterhaltung virtueller transnationaler Räume. Der Grad und die Vielzahl an Aktivitäten und Beziehungen, welche die MigrantInnen in einem virtuellen Raum mit verschiedenen Gesellschaften aus verschiedenen Ländern zugleich zusammenbringen können, sind präzedenzlos (Vertovec 2007). Außerdem ermöglicht die heutige Vielzahl an Verkehrsinfrastrukturen günstigere Reisen zwischen dem Herkunfts- und Residenzland. Der globalisierte Kontext ermöglicht eine neue Form von Kultur, in der sich MigrantInnen „here“ befinden, während sie das Essen, geselliges Beisammensein und die Kultur von „there“ genießen. Dies bildet eine schwammige (t)here-Linie, die über die nationalen Grenzen hinausgeht.

Meine Rolle im vorgesehenen Feld

Mein Interesse an Migrantengruppen aus Bosnien, die heute in der Diaspora leben, ist meiner persönlichen Lebenserfahrung und meinen akademischen Tätigkeiten geschuldet. Mein persönliches Schicksal hat zu einem tieferen Verständnis für die Hürden geführt, mit denen MigrantInnen auf ihrem Weg zur Integration konfrontiert sind. Da ich selbst in jungen Jahren Bosnien mit meiner Familie verlassen musste, beeinflusste ich damit auch (unter) bewusst meine InformantInnen. Zu Beginn sah ich es sehr kritisch, Interviews basierend auf gemeinsamen Schicksalen durchzuführen, um keine verzerrten Ergebnisse zu erhalten. Schnell stellte ich jedoch fest, dass das Teilen meiner Erfahrungen meine InformantInnen dazu angeregt hat, sich mir zu öffnen, da sie sich besser verstanden gefühlt haben. Ich glaube sogar, dass bestimmte Informationen lieber unter Gleichgesinnten geteilt werden, womit die Fremdheit zwischen den InformantInnen und mir abgebaut werden konnte. Zu guter Letzt möchte ich meine LeserInnen darauf aufmerksam machen, dass eben nicht Distanz und Objektivität für diese Forschungsarbeit angestrebt wurden, sondern ich den emischen Ansatz qualitativer Forschung anwendete, der Subjektivität und Reflexion des Vorgangs in den methodischen Fokus stellt. Daher entschloss ich mich, bewusst von meiner Rolle als InsiderIn Gebrauch zu machen.

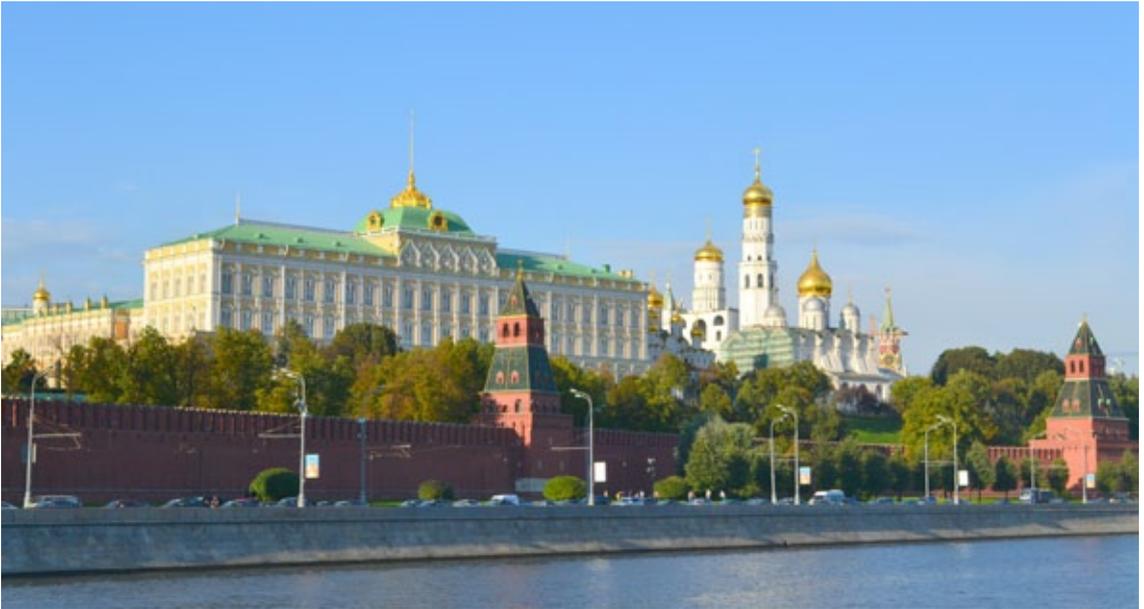
Anmerkungen

- 1 Um der Kürze willen wird im Folgenden Bezug auf Bosnien genommen, auch wenn Bosnien und Herzegowina gemeint sind.
- 2 Das Dayton-Friedensabkommen beendete offiziell den Krieg in Bosnien und wurde am 21. November 1995 bei Dayton (Ohio) paraphiert und am 14. Dezember 1995 in Paris ratifiziert.
- 3 Im Nordosten des Landes, innerhalb der Föderation Bosnien und Herzegowina, gibt es ein de facto selbstverwaltetes Gebiet namens Brčko.
- 4 Die Begriffsverwendung „BosnierInnen“ erfordert weitere Erläuterung. Vor dem Bürgerkrieg in Bosnien bezog sich der Begriff auf die EinwohnerInnen der Republik. Hierbei waren Muslime, SerbInnen, KroatInnen, JüdInnen und Juden, Roma usw. mitinbegriffen. Seit dem Krieg verweist der Begriff vor allem auf diejenigen, welche die Idee eines multiethnischen Staates unterstützen. Auch hier der Kürze halber werden in diesem Beitrag Einheimische aus Bosnien und Herzegowina, unabhängig der Ethnizität, als BosnierInnen bezeichnet, sofern keine spezifische ethnische Gruppierung hervorgehoben wird.

- 5 Der Patronage-Staat bezeichnet einen Staat, der sich ein Sorgerecht für BürgerInnen anderer Staaten zumisst, die derselben Ethnie angehören.
- 6 Die Angehörigen dieses zum Teil widersprüchlichen Phänomens sind unter dem Begriff Jugo-NostalgikerInnen bekannt. Sie versuchen Werte wie Antifaschismus und Multinationalismus ihres sozialistischen Jugoslawiens weiterhin zu wahren.

Literaturverzeichnis

- Bhabha, Homi: "Frontlines/Borderposts. Displacements: Cultural Identities in Question." In: *Displacements: Cultural Identities in Question*. Edited by Angelika Bammer, 269-72. Bloomington: Indiana University Press, 1994.
- Brubaker, Roger: "National Minorities, Nationalizing States, and External National Homelands in the New Europe". In: *Daedalus*, vol. 124, no. 2, 107-32. Cambridge: MIT Press, 1995.
- Coughlan, Reed: "Transnationalism in the Bosnian Diaspora in America." In: *Bosnian Diaspora: Integration in Transnational Communities*, edited by Marko Valenta and Sabrina Ramet, 105-20. Farnham: Ashgate Publishing, 2011.
- Cox, Jeremy/Connell, John: "Place, Exile and Identity: The Contemporary Experience of Palestinians in Sydney." In: *Australian Geographer* 34 (2003): 329-43.
- Dimeo, Pamela/Somach, Susan: *Bosnian Refugee Resettlement in the U.S., Part II: Refugee Responses*. Washington, D.C.: Center for Applied Linguistics, 1996.
- Dimova, Rozita: "Duldung trauma: Bosnian refugees in Berlin, in Migration Processes". In: *Central and Eastern Europe: Unpacking the Diversity*, edited by Alice Szczepanikova, Marek Čaněk and Jan Grill, 47–53. Prague: Multicultural Center Prague, 2006.
- Fenton, Steve: "Indifference Towards National Identity: What Young Adults Think About being English and British." In: *Nations and Nationalism* 13 (2007): 321-39.
- Foner, Nancy: "The Immigrant Family: Cultural Legacies and Cultural Changes." In: *International Migration Review* 31 (1997): 961–74.
- Foner, Nancy / Kasinitz, Philip: "The Second Generation." In: *The New Americans: A Guide to Immigration Since 1965*, edited by Mary C. Waters and Reed Ueda, 270–82. Cambridge, MA: Harvard University Press, 2007.
- Franz, Barbara: *Uprooted and Unwanted: Bosnian Refugees in Austria and the United States*. College Station: Texas A&M Press 2005.
- Gilbertson, Greta: "Caregiving Across Generations: Aging, State Assistance, and Multigenerational Ties Among Immigrants from the Dominican Republic." In: *Across Generations: Immigrant Families in America*, edited by Nancy Foner, 135–59. New York, NY: New York University Press, 2009.
- International Rescue Committee. *Bosnian Refugee Resettlement and Mental Health Issues in the San Francisco Bay Area*. San Francisco: International Rescue Committee, 1997.
- Glick Schiller, Nina / Levitt, Peggy: "Conceptualizing Simultaneity, A Transnational Social Field Perspective on Society." In: *International Migration Review* 38 (2004): 1002-1039.
- Morawska, Ewa: "Exploring diversity in immigrant assimilation and transnationalism: Poles and Russian Jews in Philadelphia". In: *International Migration Review* 38 (2004): 1372–1412.
- Morse, Ann / Meadows, Jeremy / Rasmussen, Kirsten / Steisel, Sheri: *America's Newcomers: Mending the Safety Net for Immigrants*. National Conference of State Legislatures, Washington D.C., 1998.
- Ong, Aihwa: "Cultural Citizenship as Subject-Making: Immigrants Negotiate Racial and Cultural Boundaries in the United States". In: *Current Anthropology* 37 (1996): 737-62.
- Portes, Alejandro / Rumbaut, Ruben: *Immigrant America: A Portrait*. Berkeley: University of California Press 2006.
- Suarez-Orozco,Carola/Suarez-Orozco, Marcelo:*Children of Immigration*. Cambridge: Harvard University Press 2001.
- Swartz Toguchi, Teresa: "Intergenerational Family Relations in Adulthood: Patterns, Variations, and Implications in the Contemporary United States." In: *Annual Review Sociology* 35 (2009) :191–212.
- Vertovec, Steven: "Migrant Transnationalism and Modes of Transformation." In: *International Migration Review* 38 (2006): 970-1001.
- Vertovec, Steven: "Super-Diversity and its Implications." In: *Ethnic and Racial Studies* 30 (2007): 1024-54.
- Valenta, Marko / Ramet, Sabrina: *The Bosnian Diaspora: Integration in Transnational Communities*. Farnham: Ashgate Publishing 2011.
- Weine, Stevan / Becker, Daniel / McGlashan, Thomas: "Psychiatric Consequences of Ethnic Cleansing: Clinical Assessments and Trauma Testimonies of Newly Resettled Bosnian refugees." In: *American Journal of Psychiatry* 152 (1995): 536-42.
- Zhou, Min: "Straddling Different Worlds: The Acculturation of Vietnamese Refugee Children." In: *Ethnicities: Children of Immigrants in America*, edited by Ruben Rumbaut and Alejandro Portes, 187–227. Berkeley: University California Press 2001.



Die Beziehungen zu Russland: Wie geht es weiter?

Antworten von CDU/CSU, SPD, LINKE und FDP

Nachdem die Proteste auf dem Majdan in Kiew im Jahr 2014 zum Umsturz der Regierung führten, kam es von Seiten Russlands zur Annexion der Krim. Die EU und Deutschland reagierten mit Sanktionen gegen Moskau. NATO und Russland rüsteten an der Grenze auf. Die Waffenstillstandsabkommen von Minsk sind brüchig. Was ist angesichts dieser zerfahrenen Situation die richtige Politik und die richtige Strategie im Umgang mit Russland? Wie wirken sich die Sanktionen aus? Was kann Deutschland leisten, um die deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern? Und was muss Deutschland im gesamteuropäischen Kontext beachten? Wer sind die Partner für eine Verbesserung der Beziehungen auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene?

Ost Journal hat die Parteien befragt. Von CDU/CSU, SPD, LINKE und der FDP haben wir Antworten erhalten.

Elisabeth Motschmann

(MdB der CDU/CSU)

„Wirtschaftssanktionen sind kein Selbstzweck“

Selbstverständlich wollen wir gute deutsch-russische Beziehungen. Die Krisen in der Welt können nur gemeinsam mit Russland gelöst werden. Angesichts der überschaubaren Größe Europas – im Vergleich zu anderen Kontinenten – müssen und sollten wir zusammenhalten. Aber auch gegenüber unseren NATO-Partnern sind wir verpflichtet. In diesem Gefüge gelten daher einige Regeln, die im gemeinsamen Miteinander eingehalten werden müssen.

Russland hat mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Unterstützung der

prorussischen Separatisten gegen die europäische Friedensordnung und somit gegen diese Regeln verstoßen. Unsere Antwort darauf waren die Sanktionen. Diese Entscheidung sollte Russland nicht wirtschaftlich in die Knie zwingen, sondern zu einer politischen Lösung im Ukrainekonflikt beitragen. Es ist eine diplomatische Lösung statt einer militärischen und ich stehe als Außenpolitikerin nach wie vor hinter dieser Entscheidung.

Darüber hinaus hat Wladimir Putin bereits vor mehr als zwei Jahren zugesagt, auf Basis des Minsker Abkommens und seinem „13-Punkte-Plan“ eine Lösung für die Ukraine zu finden. Bis jetzt sind jedoch keine Bemühungen erkennbar. Damit meine ich z.B. einen Waffenstillstand oder den Rückzug der schweren Waffen. Das wäre ein Anfang. In dem Augenblick, wo Minsk umgesetzt wird – das fängt mit der Umsetzung der eben genannten Punkte an – ist auch der Weg frei zur Verminderung oder Abschaffung der Sanktionen.

Bis zum heutigen Tag sterben täglich Soldaten, Zivilisten und zuletzt sogar ein OSZE-Mitarbeiter. Das ist nicht hinnehmbar! Dazu kommen kleinere Delikte wie Grenzverletzungen durch Überflüge russischer Flugzeuge bei unseren NATO-Partnern, den Baltischen Staaten. Ein weiteres Problem sind die russische Propaganda und Indoktrinierung in den Medien. Diese Tatsachen verschärfen den Konflikt.



Wir müssen trotz alledem – und das tut unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vorbildlich – weiterhin auf allen Ebenen mit Russland im Dialog bleiben. Wir werden alle Bemühungen fortsetzen. Seitens Russland müssen allerdings Gesprächspartner zur Verfügung stehen und den Willen zu einer Einigung signalisieren.

Auf dem diesjährigen G20-Gipfel wird dieses Thema ganz oben auf der Agenda stehen. Russland ist selbstverständlich auch dabei. Auch hier gilt es erneut auf unsere klare Position zu verweisen und gleichzeitig für einen offenen, fairen und konstruktiven Dialog auf Augenhöhe zu werben. Denn schließlich ist die Investition in die gegenseitige, diplomatische Verständigung langfristig zielführend, für ein friedliches Zusammenleben und eine gute, erfolgreiche deutsch-russische Zusammenarbeit der Zukunft.

Gernot Erler

(MdB der SPD und
Staatsminister im Auswärtigen a.D.)

**„Auswege aus militärischer Eskalationslogik
nötig“**



Aus dem Ukrainekonflikt ist die tiefste Krise zwischen Russland und dem Westen seit dem Ende des Kalten Krieges entstanden. Präsident Putin hat mit der Annexion der Krim und mit der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine massiv gegen die Grundlagen der Europäischen Friedensordnung verstoßen, niedergelegt in der *Schlussakte von Helsinki* und in der *Charta von Paris für ein neues Europa* (1975 und 1990).

In dieser Krisensituation hat Deutschland Verantwortung übernommen. Gemeinsam mit Frankreich suchen wir nach einer politischen Lösung des Konflikts und haben dafür gesorgt, dass die EU sich auf eine Ablehnung jeder militärischen Lösung festgelegt hat. Teil dieser Festlegung sind die

Sanktionen als einziges Druckmittel, um Russland zur Umsetzung der im Verhandlungsprozess gemachten Zusagen zu bewegen. Bei einer Implementierung des mit Russland und der Ukraine verabredeten Minsker Abkommens vom 12.2.2015 wäre der Weg sofort frei für eine Beendigung der Sanktionen.

Die Lage ist dramatisch. Über 10.000 Menschen haben bei diesem Krieg auf europäischem Boden bereits ihr Leben verloren. Nicht einmal der erste Punkt des Friedensfahrplans wird eingehalten. Beide Konfliktparteien verstoßen täglich gegen den verabredeten Waffenstillstand, was wir den Berichten der mutigen OSZE-Beobachter entnehmen müssen. Solange das anhält, muss der politische Druck auf beide Seiten aufrechterhalten werden. Die Bemühungen im sogenannten Normandie-Format müssen fortgesetzt werden.

Dringend erforderlich ist es, aus der militärischen Eskalationslogik des Konflikts Auswege zu finden. Wir sind besorgt über die beiderseitigen Aufrüstungsschritte, über die Zunahme militärischer Manöver und eine Alltagsgefährdung durch unangekündigte Überflüge von Kampfflugzeugen, die fast täglich erfolgen. Während des deutschen OSZE-Vorsitzes hat Außenminister Steinmeier für eine Abrüstungsinitiative die Unterstützung zahlreicher anderer Länder erhalten. Was Russland betrifft, werden wir weiter die Rückkehr auf die Basis der Europäischen Friedensordnung einfordern, zugleich aber unsere Bereitschaft zu einem konstruktiven und fairen Dialog immer wieder deutlich machen.

Wolfgang Gehrcke

(MdB der LINKEN)

„Macht uns Russland nicht zum Feind!“

Das Verhältnis Deutschlands zu Russland und darüber hinaus der Europäischen Union zu Russland ist die zentrale Frage für Sicherheit, Kooperation und die langfristige wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Eine neue Ostpolitik, die nicht nur die

Beziehungen zu Russland verbessert, sondern auch im Interesse der osteuropäischen Nachbarstaaten Russlands wäre, lässt sich auf einen Begriff zusammenfassen: gute Nachbarschaft. DIE LINKE hat immer wieder an die Bundesregierung appelliert: „Macht uns Russland nicht zum Feind!“

Die Europäische Kommission und ihr damaliger Präsident Barroso forderten, dass die Ukraine sich entscheiden solle – entweder Eurasische Union oder Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Der damalige ukrainische Präsident Janukowitsch löste sich aus dieser Zwangslage und war bereit, über beides zu verhandeln. Das war sein politisches Ende, denn für die USA war und ist die Kooperation zwischen Russland, den asiatischen Staaten und Mitteleuropa eine Schreckensvision



Der Rückgriff auf Zbigniew Brzezinski lag auf der Hand: „Ein Russland ohne die Ukraine ist eine Regionalmacht.“ Der Hebel für diese Trennung war die Verbindung der Ukraine mit der EU durch Assoziierungsabkommen und eine deutliche, auch militärisch untersetzte, Westbindung. Dies war der Kern des Maidan, auf dem zahlreiche westeuropäische Außenminister agierten. In der weiteren Entwicklung wurde die „Maidan-Bewegung“ zunehmend durch rechtsextremistische Organisationen vereinnahmt. Auch ist bis heute nicht geklärt, wer tatsächlich die Todesschüsse auf dem Maidan verantwortet.

In dieser Situation war es völlig eindeutig, dass die Bevölkerung der Krim in ihrer großen Mehrheit nicht in der Ukraine bleiben wollte, sondern aus

vielen Gründen ihre Heimat in Russland sah. Die Ablösung der Krim von der Ukraine hätte verhindert werden können, wenn rechtzeitig über den Status der Krim gesprochen und frühzeitig eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ausgeschlossen worden wäre. Die Vorstellung, dass in Sewastopol ein amerikanischer NATO-General residiert, war nicht aus der Luft gegriffen und wäre für keinen russischen Präsidenten akzeptabel gewesen, gleichgültig, ob er aus der Tradition von Gorbatschow oder anderen kommt.

Es ist völlig unsinnig, die „Rückgabe der Krim“ zur Voraussetzung für die Aufhebung von Sanktionen zu machen. Für Deutschland müsste klar sein, dass die Bundeswehr sofort von der russischen Westgrenze abgezogen wird, dass Minsk II in allen seinen Teilen umgesetzt wird. Auch in dieser Frage kann man von der Entspannungspolitik Willy Brandts und Egon Bahrs lernen. Trotz bestehender Differenzen muss verhandelt werden. Das Bestreben, eine gute Nachbarschaft wieder herzustellen, muss im Zentrum einer neuen Ostpolitik Deutschlands stehen – wie auch umgekehrt der Westpolitik Russlands.

Michael Georg Link

(FDP und Staatsminister im Auswärtigen a.D.):

„Trotz Sanktionen: Gesprächskanäle in die Zivilgesellschaft offen halten“

Russland ist ein wunderbares Land, mit einer faszinierenden Kultur und großartigen Menschen. Mit ihnen verbindet uns eine wechselvolle Geschichte, jahrhundertealte kulturelle Verbindungen, aber auch gemeinsame Interessen. Leider regiert die russische Führung unter Präsident Putin die eigene Bevölkerung ohne wirklich freie Wahlen, schränkt Rechte und Grundfreiheiten ein und unterdrückt zunehmend die Zivilgesellschaft. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem militärischen Eingreifen in der Ostukraine hat der Kreml die seit dem Zweiten Weltkrieg geltende Weltfriedensordnung gravierend verletzt. Grenzen mit militärischen Mitteln zu verändern, ist ein Tabubruch, der nicht hingenommen werden darf.

Dennoch gilt: Russland ist Teil Europas, Deutschland und die EU bleiben mit Russland wirtschaftlich, kulturell und wissenschaftlich eng verbunden. Um Frieden und Stabilität in Europa und der Welt zu sichern, ist konstruktive Zusammenarbeit unverzichtbar. Wenn diese nicht möglich ist, sollten wir dennoch Gesprächskanäle offen halten. Die Grundlage dieses Dialogs müssen jedoch rechtsstaatliche Prinzipien sein, zu denen auch Russland sich früher selbst wiederholt ausdrücklich bekannt hat.

Ob die Europäische Menschenrechtskonvention, die KSZE-Schlussakte, die Charta von Paris oder das Budapester Memorandum, in dem Russland die Unabhängigkeit und die Grenzen der Ukraine 1994 ausdrücklich anerkannt hat: All diese Vereinbarungen fußen auf universellen Prinzipien der Menschenrechte, des Völkerrechts, der Rechtsstaatlichkeit, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der territorialen Unversehrtheit von Staaten.



Die gegen Russland verhängten Sanktionen sind daher kein Selbstzweck sondern dienen der Wiedereingliederung Russlands in die internationale Friedensordnung. Eine Aufhebung kann nur bei voller Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und der Beendigung der widerrechtlichen Annexion der Krim erfolgen. Dabei darf dies keinesfalls als Abkehr von der russischen Zivilgesellschaft verstanden werden. Ob in Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur: Kontakte und Gespräche auf allen Ebenen sind wichtiger denn je.



Alles nur Propaganda?

Sergej Ėjzenštejns Oktober und die Große Sozialistische Oktoberrevolution

Kaum ein historisches Ereignis ist gründlicher durch Mythen verfälscht worden als das des 25. Oktober 1917. Das populäre Bild vom bolschewistischen Aufstand als einem blutigen Kampf Zehntausender, bei dem einige tausend Helden fielen, geht weniger auf historische Fakten zurück als vielmehr auf *Oktober*, den glänzenden, aber weitgehend auf Fiktionen beruhenden Propagandafilm Ėjzenštejns anlässlich des zehnten Jahrestages dieses Ereignisses. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, wie sie dann in der Sowjetmythologie genannt wurde, war in Wirklichkeit ein so unbedeutendes Ereignis – letztlich nicht mehr als ein militärischer Staatsstreich –, daß sie von der Mehrheit der Einwohner Petrograds gar nicht wahrgenommen wurde (Figes 2011: 512).

Mythen sind das Gegenteil von Geschichte, glaubt man dem Historiker Orlando Figes. Geschichte ist die Aneinanderreihung von Ereignissen, Geschichte wird durch Fakten gestützt. Mythen dagegen sind arm an Fakten und reich an Fantasie. Mythen kommen nicht von ungefähr, Mythen werden gemacht, weil sie einen bestimmten Zweck erfüllen sollen. Ist dieser Zweck ein politischer, dann werden Mythen zu Propaganda. Wenn also Figes den 25. Oktober 1917 als Geschichte ausweist, steht dem Datum der sowjetische Mythos von der *Großen Sozialistischen Oktoberrevolution* diametral gegenüber. Und weil Sergej Ėjzenštejns Film *Oktober* sich nicht auf die historischen Fakten stützt, ist er Propaganda im Sinne der politisch motivierten Verbildlichung des Mythos. Damit macht es sich Figes jedoch zu leicht, weil er verkennt, dass Mythen

konstitutiv für Gesellschaften sind und deshalb in gewissem Sinne zu Wahrheiten werden, und dass selbst die trockenste Aneinanderreihung von Fakten nicht Geschichte im Sinne von objektiver und allgemeingültiger Wahrheit sein kann, sondern immer eine Interpretation der Vergangenheit. Welche Bedeutung kann also Ėjzenštejns *Oktober* bei der Ausgestaltung einer sowjetischen Wahrheit über die Oktoberrevolution zukommen? Oder anders gefragt: Ist *Oktober* einfach nur Propaganda?

Sicherlich, der Film ist als Auftragswerk zum zehnjährigen Jubiläum der Oktoberrevolution entstanden und sollte einen politischen Zweck erfüllen. Dieser Kontext muss mitbedacht werden. Trotzdem erzählt Ėjzenštejn im Film eine in sich geschlossene Wahrheit über die Revolution und liefert damit eine Interpretation der Ereignisse. Der Film muss in diesem Sinne als Geschichte verstanden werden, die mit den für das Medium passenden Mitteln die Vergangenheit zu deuten versucht, unabhängig davon, wie faktentreu *Oktober* tatsächlich ist. Filme stehen aber nicht für sich, sondern richten sich an ein Publikum: Um eine Aussage treffen zu können, ob das Deutungsangebot, das *Oktober* macht, angenommen wurde, muss die Rezeption des Filmes betrachtet werden.

Propaganda

Erst im Zuge der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Jubiläum wurde aus dem 25. Oktober 1917 die *Große Sozialistische Oktoberrevolution*. Das Jubiläum als öffentliche Inszenierung sollte dazu dienen, die Führungsrolle der Partei gegenüber der Bevölkerung zu festigen. Nach Lenins Tod 1924 war ein Machtkampf zwischen Stalin und Trockij um seine Nachfolge entbrannt, der sich im Vorfeld des Jubiläums zu einem innerparteilichen Kampf um die Deutungshoheit der Revolution entwickelte. Erstmals galt es, den Blick nicht in die helle kommunistische Zukunft zu richten, sondern zurückzuschauen, um die Errungenschaften der letzten zehn Jahre hervorzuheben. Es wurden nun größere Anstrengungen unternommen, ein kohärentes massentaugliches Narrativ zu finden, um die Bevölkerung zu einer sowjetischen Gesellschaft zu vereinen (Corney 2004: 175): Zeitgenossen veröffentlichten ihre Memoiren, Denkmäler wurden errichtet, es gab Lehrstunden

über Hintergründe, Ereignisse und Folgen der Revolution, die *Pravda* schaltete einen Revolutionskalender mit täglich neuen Artikeln und Berichten. Hier zeichnen sich bereits die ersten Umriss der Erzählung von der *Großen Sozialistischen Oktoberrevolution* ab: Örtlich konzentrierte sich die Erzählung vor allem auf die Zentren Petrograd und Moskau, personell auf die Arbeiterbewegung und die Räte, die Bauern sowie Armee und Marine, natürlich unter der Führungsrolle der Partei.

Die Bolševiki waren sich auch der Wirkungsmacht bewegter Bilder bewusst und gaben eine ganze Reihe von Filmen über die Revolution in Auftrag: Die wichtigsten Ereignisse der Oktobertage sollten so nicht nur verbildlicht werden, die Filme sollten bei den Zuschauern Emotionen hervorrufen und damit deren Loyalität sichern (Corney 2004: 183). Filme waren aber ein relativ neues Medium und man fürchtete, die Kontrolle über die Darstellung der Revolution zu verlieren. So wurden vor allem Filmemacher engagiert, die sich in der Vergangenheit bereits um die revolutionäre Kunst verdient gemacht hatten. Dazu gehörte auch Sergej Ėjzenštejn, der mit *Streik* und *Panzerkreuzer Potemkin* bereits zwei international gefeierte Filme gedreht hatte. Die Arbeiten an *Oktober* begannen bereits 1926. Zur Vorbereitung auf den Dreh lasen Ėjzenštejn und sein Co-Regisseur Grigorij Aleksandrov John Reeds *Zehn Tage, die die Welt erschütterten*, Memoiren und Zeitungsberichte, sprachen mit Zeitzeugen und besuchten die Originalschauplätze.

Die Dreharbeiten gerieten zum Großevent: Unmengen Statisten und Material kamen für die Massenszenen zum Einsatz, die so aufwändig nachgestellt wurden, dass man munkelte, dabei seien mehr Menschen verletzt worden als beim eigentlichen Umsturz selbst (Rosenstone 2001: 255-274). Gedreht wurde an den Originalschauplätzen, für die Ėjzenštejn und Aleksandrov eine Drehgenehmigung von den Behörden erhielten. Als Berater stand ihnen Nikolaj Podvojskij zur Seite, der in den Oktobertagen als Mitglied des Militärischen Revolutionskomitees eine tragende Rolle gespielt hatte, die er auch im Film übernahm. Auch andere Bolševiki spielten sich selbst, oder wurden, wie Lenin und Trockij, von Typagen gespielt. Für die Protagonisten von damals gewannen die Oktobertage durch die Verfilmung an Transzendenz. So veränderten sich Podvojskijs Erinnerungen an die Zeit zwar nicht im Inhalt, sie wur-

den aber mit Drama und Leidenschaft angereichert (Corney 2004: 204). Auch für die unzähligen Schauspieler und Laien, Techniker und Berater wurde die Revolution durch ihr Mitwirken an *Oktober* kollektiv erlebbar.

Ėjzenštejn, der die revolutionären Monate in Petrograd erlebt und sich 1919 freiwillig der Roten Armee angeschlossen hatte, verstand seine Filme als künstlerischen Ausdruck einer neuen, durch die Revolution erst produzierten Wirklichkeit, die einer völlig neuen Ästhetik und Formensprache bedurfte. Seine Filme sollten die kommunistische Idee also nicht einfach *verbreiten*, sondern fungierten als Medium, sie zu *verkörpern*. Ėjzenštejn sah seine Aufgabe als Künstler darin, die Köpfe und Herzen der Menschen zu beeinflussen und stellte sich damit in den Dienst des jungen sowjetischen Staates (Eisenstein 1959: 7-15). Und trotzdem ist es verkürzt, *Oktober* als Propaganda im Sinne von direkter künstlerischer Ausführung des Willens der Herrschenden abzutun, da die komplexe Rolle von Massenkultur für die sowjetische Gesellschaft damit nicht richtig erfasst wird. Sicherlich sahen die Bol'seviki in der Kunst ein Mittel, um die Menschen auf die Idee des Sozialismus einzuschwören. Deshalb versuchten sie, die Deutungshoheit über Kunst und Kultur für sich zu monopolisieren. Die sozialistische Idee musste jedoch erst vom Künstler in Bilder verwandelt werden. Es war dieser Prozess, der einen gewissen Interpretationsspielraum zuließ (von Geldern 1995: 12). Gerade in den ersten zehn Jahren der sowjetischen Herrschaft war dieser Spielraum verhältnismäßig groß, sodass sich eine heterogene Kulturszene entwickeln konnte, deren Ausdruck eben auch Ėjzenštejns Filme waren.

Geschichte

Ursprünglich sollte *Oktober* die Ereignisse von der Februarrevolution bis zum Ende des Bürgerkriegs umfassen, musste jedoch stark gekürzt werden, sodass der Film mit dem Sturm auf den Winterpalast endet. Die Handlung beschränkt sich weitgehend auf Petrograd als revolutionärem Zentrum. Auch in der Typologisierung seiner Protagonisten ähnelt *Oktober* der Inszenierung der Revolution, die um das Jubiläumsjahr 1927 ihre end- und allgemeingültige Fassung bekam. Und trotzdem erzählt

Ėjzenštejn eine ganz eigene Geschichte der Revolution als kollektives Werk. Es gibt im Film keine individuellen Helden, es ist die Menschenmasse, welche die Handlung vorantreibt. Im Februar 1917 sind es die Massen, welche die Statue von Zar Aleksandr III. stürzen und damit eine revolutionäre Dynamik entfachen. Ėjzenštejn spielt hier mit den historischen Fakten, schließlich wurde die Statue tatsächlich erst 1921 abgetragen. Das steinerne Denkmal steht sinnbildhaft für das starre Regime und kontrastiert mit den schnellen, behändigen Bewegungen der Menschen, die es gemeinsam zu Fall bringen. Nach dem Umsturz schlägt die Euphorie jedoch in Resignation um, da die Provisorische Regierung den Krieg fortsetzen lässt und sich die Armut der Menschen verschlimmert. Die Dynamik der Revolution droht zu erliegen. Erst die Ankunft Lenins in Petrograd gibt der Masse wieder ihre Handlungsfähigkeit zurück: Arbeiter und Soldaten erwarten Lenin am Finnischen Bahnhof und brechen in frenetischen Jubel aus, als er zu einer Rede ansetzt. Aus dem Zwischentitel „Ul'janov“ – sein bürgerlicher Name – wird im Jubel der Menge der Zwischentitel „Lenin“, er erhält seine revolutionäre Identität (Corney 2004: 189). Hinter einer wehenden Fahne stehend wird er zum Symbol der Revolution und erscheint als Monument seiner selbst. Das ist aber auch schon sein prominentester Auftritt. Im weiteren Verlauf des Films ist seine Rolle fast marginal. Er und die anderen Bol'seviki sind in *Oktober* vor allem die Personifizierung des Willens der Massen, die ausführende, koordinierende Kraft der Revolution (Rosestone 2001: 21).

Im Vergleich zu Lenin widmet Ėjzenštejn der Provisorischen Regierung viel mehr Filmzeit. In absurd langen Szenen werden die Minister beim Nichtstun gezeigt, ironisch zusammengeschnitten mit Porzellan- und Keramikgegenständen und anderen prunkvollen Gegenständen aus dem Winterpalast, wo die Regierung ihren Sitz hatte. Dabei findet Ėjzenštejns revolutionäres Prinzip der intellektuellen Montage Anwendung, das durch die Aneinanderreihung von Bildern, die auf den ersten Blick nicht zusammenpassen, eine neue, symbolische Verknüpfung des Gezeigten erschafft (Goodwin 1993: 83). So wird die Unfähigkeit und Tatenlosigkeit der Regierung transportiert, die bis zuletzt ausharrt und, im Gegensatz zu den dynamischen Massen, so starr und aus der Zeit gefallen erscheint wie die antiquierten Artefakte im Palast. Die Regierung ist es, welche die Arbeiterproteste im Juli 1917 grausam niederschlägt und – in alter za-



ristischer Manier – durch die Öffnung der Brücken die Verbindung zwischen Petrograds Zentrum und den Arbeitervierteln trennen lässt. Ėjzenštejn symbolisiert die moralische Überlegenheit der Arbeiterbewegung durch eine in weiß gekleidete Frau und ein weißes Pferd, die dabei ums Leben kommen und tot von der Brücke fallen – eine ähnlich ikonische Szene wie der rollende Kinderwagen in *Panzerkreuzer Potemkin*. Diese Szene markiert den endgültigen Bruch mit der Provisorischen Regierung und nimmt ihren Sturz vorweg (Rosenstone: 2001: 19). Die zaristisch anmutende Despotie der Regierung erreicht ihren Höhepunkt mit der Ernennung Aleksandr Kerenskij zu ihrem Kriegsminister und Vorsitzenden. Er erscheint durch Parallelisierung mit einer Statue von Napoleon als neuer Bonaparte, der sich im Winterpalast hofieren lässt und eine endlose Anzahl von Titeln inne hat, wie Ėjzenštejn ironisch in den Zwischentiteln vermerkt. Tatenlos und überfordert wirft er sich jedoch auf das Bett des Zaren, als General Kornilov mit einem Putschversuch die Konterrevolution einleitet. In einer faszinierenden Montage wird die Gefahr einer Rückkehr zum alten Regime von Gottes Gnaden durch die Statue Aleksandr III. symbolisiert, die – ihren Sturz im Februar zurückdrehend – sich wie von selbst aus ihren Einzelteilen wieder zusammenfügt. Die Einheit von Zar und Gott verhöhnt Ėjzenštejn durch die Aneinanderreihung religiöser Figuren, die zu immer primitiveren Götzenbildern geraten.

Es obliegt nun der Masse, dem nahenden Kornilov Einhalt zu gebieten und die Revolution zu retten. Ab hier hat die Masse die Initiative und bestimmt die Ereignisse. Die Dynamik erreicht ihren Höhepunkt und leitet den Sturm auf den Winterpalast ein, der als einzig logische Konsequenz bleibt, nachdem die Provisorische Regierung sich durch ihre Brutalität selbst demontiert hat. *Oktober* stellt diesen finalen Akt der Revolution weitaus dramatischer dar, als es der 25. Oktober 1917 wohl gewesen ist. Die Spannung wird durch Szenen des fieberhaften Wartens erhöht, um sich dann endlich einem nervenaufreibenden Kampf um den Palast gegen die letzten verbliebenen regierungstreuen Truppen zu entladen. Der Palast hat dabei vor allem eine symbolische Funktion. Er steht für den Prunk des alten Regimes genauso wie für die Unfähigkeit der Provisorischen Regierung. Die endlos langen Szenen voller nutzloser Opulenz machen ihn erst erstürmenswert. Seine Einnahme steht ebenso wenig für sich allein, wie es der Sturz des Denkmals von Aleksandr III. im Februar tat, sondern markiert die endgültige und irreversible Veränderung der Menschen und symbolisiert, über das eigentliche Ereignis hinaus, auch den späteren Sieg der Roten Armee im Bürgerkrieg (Rosenstone 2001: 21). Ėjzenštejn erzählt die Geschichte der Oktobertage somit als direkte Fortsetzung der Februarrevolution und Kulminationspunkt der freigesetzten revolutionären Dynamik der Menschenmassen, an deren Spitze sich die Bol'seviki stellten.



Wahrheit

Oktober sollte zu den Jubiläumsfeierlichkeiten am 7. November 1927 prämiert werden, wurde jedoch nicht rechtzeitig fertig und konnte zunächst nur in Ausschnitten gezeigt werden. Das Gerücht ging, die Verzögerung hätte damit zu tun, dass Ėjzenštejn den inzwischen in Ungnade gefallenen Trockij aus den meisten Szenen habe herauschneiden müssen (Corney 2004: 195). Erst im Frühjahr 1928 wurde der Film im Moskauer Bolšoj-Teatr uraufgeführt und bekam gemischte Kritiken: Zwar wurde Ėjzenštejn eine filmisch wertvolle Weiterentwicklung seit *Panzerkreuzer Potemkin* bescheinigt und er erhielt Lob für einzelne, starke Passagen wie die Rede Lenins am Finnischen Bahnhof und den Sturm auf den Winterpalast. Die Mehrheit der Kritiker aber lehnte Ėjzenštejns Deutungsangebot der Revolution ab. Kritisiert wurde sein ungenauer Umgang mit den historischen Fakten und die Auslassung wichtiger Ereignisse wie die anwachsende Arbeiterbewegung und das Zusammenbrechen der Front (Rosenstone 2001: 4). Vor allem Zeitgenossen Lenins empörten sich über dessen Darstellung: Nadežda Krupskaja, die *Oktober* insgesamt lobte, konnte ihren verstorbenen Ehemann im Film schlicht nicht wiedererkennen und empfand sein Auftreten als wirr und hektisch. Härter noch war Vladimir Majakovskij, der angewidert drohte, mit Eiern zu werfen, sollte Lenin

nochmals in solch leerer und verhöhnender Weise dargestellt werden (Corney 2004: 195). Insbesondere jedoch der überbordende Symbolismus bei der Darstellung Kerenskij's und der Provisorischen Regierung im Winterpalast stieß auf Ablehnung. So schrieb der Kritiker Viktor Šklovskij, Ėjzenštejn hätte sich in den zehntausenden Zimmern im Winterpalast genauso verlaufen wie dessen damalige Belagerer. Auch der Theaterkritiker Konstantin Deržavin kritisierte, die Masse an unnützen Gegenständen hätte von der revolutionären Dynamik abgelenkt. Der Literaturwissenschaftler Ivan Anisimov konstatierte wiederum, *Oktober* wirke kalt, überheblich und konstruiert. Einhellig kamen sie zu dem Urteil, dass Ėjzenštejn die Revolution durch seinen Symbolismus entgleite und er es nicht schaffe, die revolutionäre Atmosphäre in angemessener Weise transportieren und für das Publikum erlebbar zu machen (Lebedev 1965).

Die Premiere *Oktobers* fiel in die Zeit der Kulturrevolution, die 1928 eingeleitet wurde und mit dem Sieg des stalinistischen Lagers innerhalb der Partei endete. Der sozialistische Realismus wurde nun als Staatskunst postuliert, die sich eines stark eingeschränkten Themenkatalogs zu bedienen hatte: Kunst wurde normiert, sie sollte parteilich sein, wirklichkeitsnah und vor allem verständlich. Ėjzenštejns revolutionäre Ästhetik und sein Symbolismus fielen

durch. Auf der ersten Parteikonferenz für Kinofragen, die kurz nach der Uraufführung 1928 tagte, wurde *Oktober* als unverständlich für die Massen befunden und verschwand daraufhin aus den Kinos. Ėjzenštejn selbst bemerkte die bittere Ironie daran, dass das revolutionäre Versprechen der Oktoberrevolution – eine unumkehrbare Änderung der Gesellschaft und damit eine völlig neue, radikale Ästhetik – offensichtlich während seiner Arbeit an *Oktober* seine Grenzen fand und einer Standardisierung unterworfen wurde, der auch seine Filme zum Opfer fielen (Goodwin 1993: 80).

Fazit

Ist *Oktober* also nun Propaganda? Ja und nein. Ėjzenštejn selbst hätte diese Frage vermutlich bejaht, weil er an den jungen sozialistischen Staat glaubte und an die neue Gesellschaftsordnung, welche die Revolution versprach. *Oktober* ist Ėjzenštejns Film gewordene Essenz dieser neuen Ordnung und erzählt die Geschichte einer Revolution, die passierte, weil sie passieren musste. Seine Revolution ist kein kühner Staatsstreich der Bol'sheviki sondern der Kulminationspunkt einer Dynamik der Massen, die während der Februartage entfachte und die neuen Machthaber hinwegfegte, die sich als ebenso brutal und unfähig erwiesen wie die vorherigen. Seine Revolution bedeutete eine irreversible Veränderung in den Köpfen und Herzen der Menschen, die sich an ihr beteiligten.

Und die Bol'sheviki? Die gaben Ėjzenštejn den impliziten Auftrag, einen Propagandafilm aus *Oktober* zu machen. Ihnen ging es darum, dem 25. Oktober 1917 nachträglich Bedeutung zu verleihen, um die sowjetische Bevölkerung an sich binden zu können. Die überbordenden Dreharbeiten zu *Oktober* trugen sicherlich dazu bei, die Oktobertage 1917 für die Mitwirkenden erlebbar zu machen und ihnen Transzendenz zu verleihen. Die Erzählung von der *Großen Sozialistischen Oktoberrevolution* fand zum zehnjährigen Jubiläum ihre Ausformung und wurde zum Ursprungsmythos der Sowjetunion. Sie ist aber auch die Erzählung von Monopolisierung gesellschaftlicher Macht und Standardisierung von Kultur. *Oktober* steht wie kein anderer Film dafür, dass die Partei das Versprechen der Revolution nicht einzulösen gewillt war. Ėjzenštejns Interpretation der Revo-

lution wurde abgelehnt. Seine revolutionäre Ästhetik fiel durch und kam als unverständlich unter Verchluss. *Oktober* geriet seit 1927 und über die Grenzen der Sowjetunion hinaus zur Verbildlichung, zur reinen Untermalung einiger revolutionärer Szenen. Die künstlerische Verkörperung der Revolution, die Ėjzenštejn in seinen Filmen sah, fand in der sowjetischen Öffentlichkeit nach der Kulturrevolution keine Verwendung mehr, erschien vielmehr als so avantgardistisch, dass der Film jahrelang aus den Kinos verschwand. So hat *Oktober* zwar sehr wohl die rein bildliche Vorstellung von der Revolution geprägt, nicht jedoch die allgemeingültige Erzählung der Revolution. Erst in den 1960ern konnte der Film wieder gezeigt werden. In einer Zeit also, als die Große Sozialistische Oktoberrevolution dabei war, ihre konstitutive Bedeutung für die sowjetische Gesellschaft an die Erzählung vom Großen Vaterländischen Krieg zu verlieren.

Literatur

- Corney, Frederick: *Telling October. Memory and the making of the Bolshevik Revolution*. New York: Cornell University Press 2004.
- Eisenstein, Sergei: *Notes of a film director*. Moscow: Foreign language publishing house 1959.
- Figes, Orlando: *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924*. 2. Aufl. Berlin: Bloomsbury-Verlag 2011.
- Goodwin, James: *Eisenstein, cinema and history*. Urbana: University of Illinois Press 1993.
- Lebedev, Nikolaj: *Očerki istorii kino SSSR. Nemoje kino 1918-1934 gody*. Moskva 1965. URL: <http://www.bibliotekar.ru/kino/23.htm> (letzter Zugriff am 02.06.2017).
- Rosenstone, Robert: „October as history.“ In: *Rethinking History. The Journal of Theory and Practice* 5/2001. S. 255-274.
- von Geldern, James: „Introduction.“ In: Ders./Stites, Richard (Hgg.): *Mass culture in Soviet Russia. Tales, poems, songs, movies, plays, and folklore, 1917-1953*. Bloomington: Indiana University Press 1995. S. 11-24.



Plattenbau trifft auf Kulturwissenschaften

Interview mit Rüdiger Hahn

Stefan Kunath

Kaum ein Gebäudestil steht mehr für den Osten als die Platte. In Ostdeutschland wurden die leerstehenden Platten nach der Wende vielerorts rigoros weggerissen. Nur ihrer massenhaften Verbreitung ist es zu verdanken, dass sie aus dem ostdeutschen Stadtbild auch 25 Jahre nach der Wende nicht wegzudenken ist. Doch die Platte und ihre Bewohnerinnen und Bewohner haben einen schlechten Ruf. Zu Unrecht, findet Rüdiger Hahn. Er ist Kulturwissenschaftler und interessiert sich neben den architektonischen Aspekten vor allem für die historischen, sozialen und ästhetischen Gesichtspunkte der Platte. Er behauptet, dass sich anhand der Platte exemplarisch die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten von Ost und West ablesen lassen. Unter anderem führte er Stadtspaziergänge in Berlin Friedrichsfelde für das Bürgerbegegnungszentrum „Quatschtrommel“ durch. Dort befindet sich Deutschlands älteste Siedlung in Plattenbauweise. Die Besonderheit an diesen Spaziergängen war, dass nicht er, sondern vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner der Plattenbausiedlungen zu Wort kamen.

Mit Rüdiger Hahn traf ich mich an einem lauen Nachmittag im Mai, natürlich in einer Plattenbauwohnung, die sich in Berlin-Mitte befindet, ganz nah an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Kaum in der Wohnung angekommen, fällt Hahn sofort die Durchreiche zwischen Küche und Wohnzimmer auf. Diese ist typisch für Plattenbauten, sagt er. Eigentlich sollten Kochen und Wohnen zusammengelegt werden. Doch diese Idee ist seinerzeit bei der Bevölkerung nicht auf Gegenliebe gestoßen. Die Durchreiche ist deshalb ein Kompromiss. Weil viele Plattenwände keine tragende Funktion haben, wird die Durchreiche heute teilweise weggerissen, um auf individuelle Wünsche heutiger Mieterinnen und Mieter einzugehen. Vor dem Interview räumt Rüdiger Hahn also gleich mit einem Vorurteil auf: Die Platte ist gar nicht so sehr standardisiert, wie immer angenommen, sondern die Wohnungen haben ein hohes Maß an Flexibilität und Variabilität. Doch unser Interviewort ist trotz Durchreiche nicht mehr ganz authentisch, schließlich fehlt der Originalboden, den Hahn als „ekelhaft,

weich“ in Erinnerung hat. Das Interview für das Ost Journal führte Stefan Kunath.

Ost Journal: Welche Assoziationen haben Sie, wenn Sie den Begriff „Platte“ hören?

Rüdiger Hahn: Na gut, wo ich schon mit der Materie befasst bin, habe ich natürlich schon die Assoziation vom Großtafelbau, also Platte im Sinne einer technologisch gefertigten Platte. Ich habe die Assoziation DDR beziehungsweise Ostdeutschland, denn das ist schon miteinander verbunden. Auf andere Länder aus meiner Sicht übertragen funktioniert der Begriff einfach nicht mehr, auch wenn man Parallelen findet. Aber Platte an sich ist aus meiner Sicht etwas spezifisch Ostdeutsches. Und Platte ist auch etwas, und das ist mein Hauptansatzpunkt als Kulturwissenschaftler, was eine Identifikationsebene schafft. Das ist das, was mir sehr häufig begegnet ist: Viele Menschen identifizieren sich sehr stark mit dem, was sie unter Platte verstehen, das heißt mit der Architektur und mit den hauptsächlich existierenden Großwohnsiedlungen. Das ist meines Erachtens etwas, das deckungsgleich in ganz Ostdeutschland ist.

OJ: Was hat Sie überhaupt dazu gebracht, sich mit der Platte auseinanderzusetzen? Was ist so besonders an der Platte?

RH: Da gibt es jetzt mehrere Ebenen: Erstmal bin ich selbst ein Kind der DDR und ich bin Teil der Nachwendegeneration, auch wenn ich nicht in der Platte groß geworden bin. Ich habe zwar eine gewisse Distanz zum Thema und zu den Zeiten. Aber ich kann mich irgendwo auch damit identifizieren und das macht das ganze Feld über die Nachwendezeit und DDR-Geschichte für mich interessant. Ich habe zwar eine andere Perspektive als meine Eltern, aber ihre Perspektive kenne ich zu einem gewissen Punkt auch aus eigenen Erfahrungen.

Das zweite Feld ist, dass ich in Frankfurt (Oder) auf die Platte gestoßen bin. Ich komme aus einer ostdeutschen Kleinstadt, da hatte ich mit der Platte nicht so viel zu tun. Das war dort alles mittelalterliches Gemäuer. Ich bin dann tatsächlich in Frankfurt auf die Platte gestoßen. Ich habe da zum ersten Mal selber in einer Platte gewohnt, in der Großen Scharrnstraße im Zentrum von Frankfurt. Ich habe mich dann auch im Verein *Studierendenmeile* engagiert, der in diesen leerstehenden Plattenbauten

und in den Ladenlokalen, die dort im Erdgeschoss sind, eben versucht hat, Kunst- und Kulturleben dort zu etablieren und zugleich die Verbindung zur Uni zu wahren, um eben auch dieses studentische Leben da unter zu bringen. Aus meiner Sicht waren dafür die Plattenbauten in Frankfurt hervorragend geeignet, eben weil sie leer standen. Ich habe dann dort die Erfahrung gemacht, dass die Menschen in Frankfurt und gerade diejenigen in der Großen Scharrnstraße, dass sie da sehr genau und sehr interessiert darauf schauen und fragen, was passiert denn da? Sie kannten das alles noch aus DDR-Zeiten und sie haben sich tierisch geärgert, dass die Straße jetzt so verfällt und leer steht. Da habe ich gemerkt, wie wichtig das Thema für die Menschen ist, die dort leben und dort groß geworden sind und über die Zeiten und Zeitenwenden die Entwicklungen beobachten. Da dachte ich, das ist ein interessantes Gebiet, das offensichtlich noch nicht so im Fokus der Öffentlichkeit und der Wissenschaft steht. Da wollte ich mit meiner kulturwissenschaftlichen Perspektive beitragen.

OJ: Jetzt haben Sie gesagt, die Platte ist Teil der ostdeutschen Identität, dass die Menschen im Osten zumindest mit der Platte vertraut sind. Aber inwiefern ist denn die Platte nicht auch typisch für den Sozialismus? Es gab schließlich Plattenbau nicht nur in der DDR, sondern auch in anderen ehemaligen Ostblock-Staaten oder im ehemaligen Jugoslawien.

RH: Sie ist insofern typisch für den Sozialismus, als dass die Verbreitung der Platte in sozialistischen Staaten weiter ist als in nicht-sozialistischen. Das hat hauptsächlich mit den politischen Rahmenbedingungen zu tun: Wenn ich eine zentral gesteuerte Wirtschaft und Politik habe, kann ich leichter größere Siedlungen bauen, was in kapitalistischen Staaten schwieriger ist, wo Grund und Boden in Privatbesitz sind. Man hat dort kleine Zellen, die man erst zu einer großen zusammenfügen muss, was sehr schwierig ist, um größere Siedlungen zu bauen. Da waren die Voraussetzungen in den sozialistischen Staaten anders und das verbindet sie auch. Was die DDR nach meinen Kenntnissen recht einzigartig macht an der Stelle, ist der Grad der Typisierung. Diesen Grad der Typisierung, dass ich wirklich wenige vorherrschende Plattenbautypen habe, habe ich in anderen sozialistischen Staaten nicht gefunden. Da habe ich eher das Gefühl, dass es außerhalb der DDR wirklich nach Siedlungen unterteilt ist. In Polen sieht man zum Bei-

spiel eher die Siedlung, mit der man sich identifiziert und weniger die Typen der Platte. Nach meinem Erfahrungsstand ist in Ostdeutschland die Identifikation mit dem jeweiligen Typus der Platte höher.

Mich interessiert aber auch die Westperspektive. In den Großwohnsiedlungen in Berlin in Gropiusstadt oder im Märkischen Viertel waren die grundsätzlichen Ideen am Anfang die gleichen. Das geht auf eine gleiche Entwicklung zurück: Also schneller Wohnraum plus die Paradigmen der Moderne. Ich denke an die Charta von Athen unter anderem von Le Corbusier. Da berufen sich Ost wie West darauf. Also die geistesgeschichtliche Entwicklung ist zumindest bis in die 1970er Jahre identisch und knüpft aneinander an. Also die Ideen von Satellitenstädten und der autogerechten Stadt, das ist hier wie da gewesen. Auch im Westen wurde es anfangs als Verbesserung der Wohnverhältnisse verstanden, natürlich. Wenn man sich die Wohnverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg anschaut, ist es auch so gewesen. Dann gab es dahingehend im Westen den Bruch, wo nach meinen Kenntnissen die Regierungen durch politische Instrumente die Großwohnsiedlungen nicht mehr weiter gefördert haben, sondern dann der Eigenheimbau gestärkt wurde. Das wurde dann zum vorherrschenden Bild und zum Ziel des Einzelnen, dort zu wohnen. Damit wurde natürlich der Plattenbau oder die Großsiedlung massiv abgewertet. Dieser Schritt wurde im Osten nicht vollzogen. Das gab es nicht, dass man gesagt hat, zieht in Einfamilienhäuser. Es ist ein interessanter Aspekt, den ich aber noch nicht überblicken kann, wie eben heute Menschen in diesen Großsiedlungen im Westen das sehen. Ich bin mir relativ sicher und ich habe es auch schon gehört, dass man auch in Gropiusstadt in Westberlin noch Menschen findet, die schon von Anbeginn der Zeit dort wohnen und vielleicht auch gerne dort wohnen. Aber die Frage ist, wie verbunden sind sie mit ihrem Viertel? Und wie stark ist diese Verbindung? Und wie sieht sie aus vom Charakter her? Das kann ich aber nicht beantworten.

OJ: Auf Ihren Flyern für die Stadtpaziergänge schreiben Sie, dass sich anhand der Platte verschiedene Diskurse in Ost und West festmachen lassen. Sie sagen, dass die Platte stellvertretend steht für Differenzen und Probleme, aber auch für das Gelingen im Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten. Wie meinen Sie das? Können Sie das genauer erklären?

RH: Was mir jetzt spontan einfällt, ist das weite Feld der Stereotype, die an der Platte hängen und die ich bezogen auf meine Vortragsreihe auch annehme und die sich dann auch bestätigt haben. Hierzu gehört, dass die Menschen in der Platte zumindest in Berlin, und ich nehme an, auch woanders in Ostdeutschland, unter einem Stigma leiden. Das muss man fast sagen. Ich habe wirklich das Gefühl gehabt, sie leiden ein bisschen darunter. Es ist dieses Stigma, das industriell gefertigten Bauten im Westen anhängt, dass sie nämlich sozial schwache, prekäre Milieus beherbergen und mit Gewalt und Verbrechen in Verbindung gebracht werden. Das ist zwar durchaus eine reale Entwicklung, die aber erst später kam. Aber im Westen ist das bis heute vorherrschend. Also wenn man in Berlin von der Gropiusstadt spricht, kann man dann die Menschen mal fragen, was sie damit verbinden. Das ist hauptsächlich Gewalt und Verbrechen und Armut. Und das wurde nach meinen Annahmen und meinen Erfahrungen in den 90er Jahren übertragen auf diese ostdeutschen Plattenbausiedlungen, wo dieses Bild aber gar nicht bekannt war und auch nicht auf Fakten traf. Die Realität sah gar nicht so aus. Und da haben sich dann die Menschen schon sehr herabgesetzt gefühlt. Und sie haben dann, ich sage mal, so eine Art kollektiven Minderwertigkeitskomplex entwickelt, der nicht nur in Bezug zu Plattenbauten existiert, sondern auch in anderen Themenfeldern vorherrscht. Deswegen sage ich, dass die Platte für diese Diskurse stellvertretend steht. Das ist ein Feld, wo man die Stereotype anhand der Platte festmachen kann. Ich habe jetzt häufig die Erfahrung gemacht, dass die Menschen ihre Platte noch viel heftiger verteidigen, weil sie eben immer der Kritik ausgesetzt war von außen und sie jetzt immer sehr, sehr stark sagen, nein, das ist schön hier! Wir wohnen gerne hier! Und das überbetonen sie dann, dass es keine Gewalt gibt und dass ihr Wohngebiet ordentlich und sauber ist. Manchmal wird da schon zu viel Achtsamkeit darauf gegeben.

OJ: Es gibt schon viele ostdeutsche Großsiedlungen, wo die Menschen diese Siedlungen verlassen haben in den 90ern und 2000ern und insofern frage ich mich, ob es nicht auch Herausforderungen der Transformation gibt, die man anhand der Platte festmachen kann. Ich denke an das Schrumpfen der Städte, den Stadtumbau Ost, wo vor allem die Platten abgerissen werden.



RH: Diese Entwicklung sehe ich. Es war natürlich so, dass sich das vorherrschende Paradigma in Bezug auf Stadtentwicklung im Westen schon in den 80er, wenn nicht schon in den 70er Jahren verändert hat. Dort ging die Entwicklung zu einer Verdichtung der Innenstädte. Das ist das, was bis heute anhält, dass Menschen wieder eher im Zentrum leben wollen und nicht in Peripheriestädten, die draußen vor den Toren der alten Städte stehen. Das hat sich auf den Osten einfach übertragen. Durch die Abwanderung, die natürlich Fakt war und auch noch ist in einigen Gebieten, war es natürlich so, dass zuerst diese Großsiedlungen leer gezogen wurden. Aber ich denke, das hängt wirklich mit diesem vorherrschenden Paradigma zusammen.

OJ: Böse Zungen würden behaupten, so schnell wie die Platte entstanden ist, so schnell verschwindet sie auch wieder.

RH: Ja, in einigen Städten ist es so. Das ist richtig. Ich sage mal, etwas, das nicht historisch gewachsen ist, sondern auf diesen Bildern der Moderne, also aus den 20er Jahren zurückführend, entstanden ist, und das nicht 1000 Jahre alt ist, sondern 50, das kann man natürlich auch wieder einfacher beseitigen. Da sind weniger Gefühle mit verbunden. Das ist so diese Assoziation: Ein 500 Jahre altes Gebäude abzureißen ist wesentlich schwieriger als ein Gebäude, das 50 Jahre alt ist. Das ist rational betrachtet absurd, weil eigentlich das viel länger stehen müsste, was neu ist.

OJ: Wer lebt denn heute in der Platte? Was gibt es für Typen von Plattenbaubewohnern? Und warum finden diese Leute die Platte attraktiv?

RH: Was ich in Berlin sehe, gerade in Ostberlin, hat man auf der einen Seite diese alten Plattenbaubewohner, die wirklich seit Anbeginn der Gebäude dort wohnen. Das sind wirklich Erstbewohner. Das fand ich interessant, dass da mir sehr viele begegnet sind, die Ende der 60er, Anfang der 70er dort eingezogen sind und bis heute dort wohnen. Manche haben die Wohnung nochmal gewechselt, weil jetzt saniert wurde und Aufzüge eingebaut wurden oder sie barrierefreie Wohnungen brauchten. Aber die, die ich auf meinen Stadtspaziergängen getroffen habe, sind auch in der Wohnung geblieben beziehungsweise fast im gleichen Haus oder im Viertel zwei Häuser weiter. Das ist ein Typ. Das Gegenläufige: Man sieht heute, zumindest in Berlin und in Polen ist es mir auch schon begegnet, dass die Platte zu einem Phänomen geworden ist, das hip ist. Dass es also auch wirklich junge Leute gibt, die gar nichts mit der DDR zu tun haben. Die sagen, das sind moderne Gebäude, die minimalistisch sind und dann entsprechend drin leben. Die diesen Betoncharakter mögen, die den Kontrast mögen zum Grünen, das draußen ist. Man wohnt in einem sehr einfachen und zurückhaltenden Raum, hat aber gleichzeitig draußen die Natur. Das ist ein starker Gegensatz und das ist etwas, was viele als hippen Faktor sehen und deswegen in die Platte ziehen. Na-

türlich ist es auch eine Preisfrage, in Berlin-Mitte aber nicht mal mehr das. Da sind die Mieten schon fast auf Altbauniveau. Und man hat natürlich auch, das darf man nicht verschweigen, gewisse Gebiete wie zum Beispiel Berlin-Marzahn, wo sozial prekäre Milieus wohnen, wo fast ausschließlich Hartz-IV-Empfänger wohnen und wo auch, was meine persönliche Erfahrung ist, die Wohnungsbaugesellschaften das zum Teil befördern, indem sie andere Blocks sanieren und dadurch Hartz-IV-Empfänger verdrängen in Blocks, die nicht saniert sind. Zum Beispiel wird an einem Block ein Aufzug angebaut und dadurch hat man natürlich höhere Mieten, die das Jobcenter nicht mehr bezahlt. Das ist eine Entwicklung, die ich in Marzahn, Hellersdorf kenne ich nicht so gut, durchaus beobachtet habe.

OJ: Vom Außenbild könnte man auch denken, im Grunde genommen geht es um die Idee der Gleichheit, aber offensichtlich ist dieser utopische Anspruch, dieser visionäre Anspruch auch gestorben dadurch, dass ein sozialistischer Gedanke nicht mehr prägend ist in der Wohnungswirtschaft.

RH: Ich bin relativ skeptisch, was die Idee der Gleichheit angeht, ob das wirklich so vorherrschend war oder noch ist. Es war natürlich zumindest auf die DDR bezogen der Fall, dass man gesagt hat, Wohnraum ist erstmal ein Grundbedürfnis. Das müssen wir sicherstellen. Und wir wollen allen, ich sage mal, ähnliche Wohnverhältnisse ermöglichen. Dafür steht die Platte. Was dagegen spricht ist, dass man rein theoretisch in diesen Plattenbauten völlig unterschiedliche Wohnkonzepte verwirklichen kann. Das heißt, es gibt von Ein-Raum-Wohnungen bis zu großen Wohnungen mit fünf oder sechs Zimmern alles. Und das widerspricht eigentlich diesem Bild der Gleichheit. Man darf sich glaube ich nicht täuschen lassen von dem, was man von außen sieht. Von außen hat man schon eine strikte Formsprache, das häufig auf ein Raster oder ein Muster zurückgeht. Aber im Inneren muss das nicht immer alles gleich sein. Es ist nur, dass ich meinen Wohnstatus nicht nach außen kehre, aber im Inneren ist da durchaus sehr viel individueller Spielraum, und auch früher schon gewesen. Es waren natürlich auch die Politik und die wirtschaftlichen Verhältnisse, die dem entgegen gewirkt haben. Ich nenne den Wohnraummangel, den wir heute auch wieder haben. Es war eine scheinbare Gleichheit. Es gibt mit Susanne Hopf und Natalia Meier auch

zwei Künstlerinnen, die diese Plattenbauwohnungen immer im gleichen Typ fotografiert haben, vom gleichen Grundriss sogar. Und dann sieht man, wie unterschiedlich die Wohnungen auch sind und wo man auch einen sehr unterschiedlichen Charakter festmachen kann. Da ist von Gleichheit nichts zu sehen.

OJ: Jetzt haben Sie gerade das Thema Platte und Kunst angesprochen. Darauf würde ich gerne noch etwas mehr eingehen. Es gibt zwar die Phänomene von Wegzug und Abriss. Aber es gibt auch die Idee von Recycling und der Stärkung der Zivilgesellschaft in diesen Großwohnsiedlungen. Daraufhin sind auch viele Kunstprojekte entstanden. Können Sie uns mehr darüber erzählen?

RH: Erst kürzlich habe ich über Paul Eis gelesen, der Plattenbauten fotografiert und dann einfach koloriert, was erstmal sehr simpel klingt. Aber da ist natürlich dieses Raster, was immer gleich ist: Das zieht Künstler an, um dann da Vielfalt reinzubringen oder damit irgendwas anzustellen. Ich glaube, solche monotonen Formen sind für Künstler sehr interessant, weil man da viel machen kann und es verändern kann. Dass ist ja auch das, was man sieht, wenn man draußen rumgeht. Ich weiß nicht, ob man da von Kunst sprechen kann, aber das, was die Wohnungsbaugesellschaften zum großen Teil machen, aus meiner Sicht manchmal gelungen, manchmal auch nicht, vom Platten einfärben über das Anfügen eines neuen Musters bis hin zu Wein und Laub oder gar große Murals. Gerade in Berlin hat man da sehr viel, Kunst am Bau. Es ist eine große Fläche, die präsent im Stadtbild ist. Warum sollte man die nicht für Kunst nutzen? Es zieht Kunst sehr stark an. Es ist prädestiniert dafür. Das ist Kunst im öffentlichen Raum, die damals wie heute gefördert wird: Das ist auch etwas, was durchaus Anspruch der DDR war, dass ein oder zwei Prozent der Baukosten in Kunstwerke mit zu investieren waren. Soweit ich das weiß, wurde das auch bis zum Ende durchgezogen. An der Kunst wurde nicht gespart. Auch heute ist es ähnlich, dass ein paar Prozente des Budgets im Wohnungsbau in Kunst im öffentlichen Raum investiert werden müssen.

OJ: Nun, wo wir schon über Gegenwart und Vergangenheit der Platte gesprochen haben, frage ich mich, wie sehen denn die Zukunftsaussichten der Platte aus?

RH: Das ist eine gute Frage. Was ich im Rahmen der Vortragsreihe mitgenommen habe, aber auch aus einem Gespräch mit einem Architekten, ist das Potential der Platte auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit. Die Meinung vieler Architekten und Materialwissenschaftler ist, dass die industriell angefertigten Platten ein sehr hochwertiges Bauelement sind. Damals wurde sehr viel Energie in die Produktion der Platten verwendet und man kann die Platte im Grunde über mehrere hundert Jahre verwenden. Deshalb ist es im Prinzip nicht nachhaltig, die Platten zu zerstören und zu Schotter zu machen, weil sie energetisch gar nicht so schlecht sind. Ein Architekt meinte, und das fand ich interessant, der hatte da gar nicht erst den Blick darauf, aber er ist im Verlaufe der 80er Jahre darauf gekommen, dass die Häuser auch von ihrer Struktur her sehr gut angelegt sind, was die Energieeinsparung angeht. Die ganzen wärmeerzeugenden Elemente sind im Hausinneren. Das heißt, die Wärme, die aus Küche und Bad kommt, strahlt nicht direkt nach außen, sondern heizt die Wohnung. Und das Raster von sechs beziehungsweise zwölf Metern ist ziemlich günstig, weil das Verhältnis von Innenwänden zu Außenwänden ein sehr gutes ist, was man selten hat, und es dadurch zu geringen Wärmeverlusten nach außen kommt. Außerdem sind aus technologischer Sicht die Platten, die nach außen gehen, recht gut gedämmt. Ich glaube schon, dass das für die Zukunft ein Argument ist. Die heutigen Platten sind auf jeden Fall nachhaltiger als diese Wohnungen, wo jeder sich ein eigenes Häuschen baut. Und natürlich stellen sich beim Diskurs über den Wohnraumangel, den wir heute haben, die gleichen Fragen, die sich nach dem Krieg in den 50er und 60er Jahren gestellt haben: Wie können wir relativ schnell für viele Menschen an einem Ort viel Wohnraum schaffen? Da ist industrielles Bauen zumindest wieder ein potentieller Lösungsweg.

OJ: Abschließend würde ich gerne wissen, wo Ihrer Meinung nach die schönsten Platten stehen.

RH: (lacht) Ich denke sehr wenig in solchen Superlativen. Die schönsten Platten? Wir können uns mal aus Deutschland rausbewegen, auch wenn ich grundsätzlich sagen muss, dass die Plattenbauten aus der DDR recht schön sind, weil sie schlicht sind. Ich bin ein Anhänger der sehr einfachen und sehr schlichten Sachen. Den Plattenbauten wird sehr häufig ihre Monotonie vorgeworfen, aber ich mag diese Mono-

tonie, die man dann vielleicht irgendwie durchbricht mit Farbe oder was auch immer, aber man hat ein klares Raster und das finde ich grundsätzlich erstmal schön. Was dem dann ein bisschen entgegensteht sind häufig Plattenbauten in Polen, die dann doch zum Teil sehr verspielt und auch manchmal sehr futuristisch sind. Man hat dann interessante Einfälle gehabt, wie man die Balkonbrüstungen gestaltet. Zum Teil ist das rund, zum Teil ist das nach außen gewölbt. Dann hat man auch ganz andere Raster mit ganz einfachen Veränderungen. Das finde ich schon sehr spannend, weil das diesem Monotonie-Vorwurf entgegenwirkt. Es gibt ein Beispiel in Wrocław, wo es große Plattenbausiedlungen gibt. Einige Wohnungen sehen aus wie Raumschiffe (lacht). Die finde ich sehr, sehr schön und sehr, sehr spannend.

OJ: Um den Berliner Gendarmenmarkt herum gibt es auch Plattenbauten, was mir gar nicht so bewusst war. Die finde ich schon sehr schick.

RH: Das sind Plattenbauten, so wie das Nikolaiviertel auch. Das ist eine andere Phase des Plattenbaus. Wenn wir jetzt von diesen Großwohnsiedlungen wegsehen, das ist alles in den 1980er Jahren entstanden, wo dann auch in der DDR dieses Paradigma vom Streben in die Innenstädte aufgegriffen wurde. Das ist der postmoderne Plattenbau, wo man eine Stil Sammlung versucht hat. Das industrielle Bauen wurde verbunden mit historischen Straßenzügen und historischen Formen, die aber keine Kopie waren. In der Hinsicht ist es schon interessant, wenn auch nicht in jedem Fall schön aus meiner Sicht. Das hat man nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten, wo dann in den 80er Jahren die Innenstädte wieder mit Plattenbauten errichtet wurden, dann zum Teil nur dreistöckig oder noch kleiner.

OJ: Rüdiger Hahn, ich danke für das Gespräch.

Wer, wie, was, warum? Ost Journal stellt sich vor

Europa ist in der Krise und in Krisenzeiten laufen wir Gefahr, uns von Angst dominieren zu lassen. Statt europäischer Kooperation dominieren egoistische staatliche Interessen. Dabei ist es nicht lange her, dass sich die alte Generation der Revolutionäre von 1989 anlässlich des 25. Jubiläums dafür feierte, die Spaltung des Kontinents überwunden zu haben.

Teile dieser Generation sind nun dabei, sie durch autoritäre Gesellschaftsvorstellungen zu ersetzen. Ehemalige kommunistische Funktionäre behindern in den post-sozialistischen Staaten einen tiefgreifenden demokratischen Aufbruch und halten sich durch Korruption an der Macht.

Hinzu kommen Wahlerfolge antipluralistischer Parteien: Das zunehmend autoritäre Ungarn unter Viktor Orbán, der Regierungswechsel in Polen unter der PiS und die Wahlerfolge der AfD in den ostdeutschen Bundesländern sind einige Beispiele. Diese Entwicklung betrifft nicht nur die post-sozialistischen Regionen, sondern ganz Europa: Das Brexit-Votum und die Wahlerfolge für den Front National und die FPÖ verdeutlichen das.

Wir sind diejenige Generation, die während ihrer Kindheit Zeuge der post-sozialistischen Transformation ihrer Länder geworden ist: in den ehemaligen Staaten des Ostblocks, im ehemaligen Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion. Ohne es als Kind bereits verstanden zu haben, zeigt unser Blick zurück: Nichts ist für immer. Gerade dieser Erfahrungsschatz ist von Bedeutung in einer Zeit voller globaler Umbrüche. Osteuropa hat in diesem Sinne eine unglückliche Vorreiterrolle: Der zunehmende Rückfall in autoritäre Gesellschaftsordnungen in den letzten Jahren war ein Vorbote dessen, was nun auch generell im globalen Norden immer stärker überhandnimmt.

Der vermeintlichen Ohnmacht gegenüber den heutigen antidemokratischen Umbrüchen stellen wir unsere Verantwortung entgegen, die wir dafür tragen, das bisher Errungene von 1989 zu verteidigen. In Rumänien stürzen Jugendproteste im Oktober 2015 eine korrupte Regierung, in Polen setzen sich Frauen im Herbst 2016 gegen ein Abtreibungsverbot zur Wehr. Zugleich wollen wir die demokratischen Ziele

von 1989 gegen den Widerstand antipluralistischer Positionen weiter verfolgen. Dazu gehört auch EU-weite Visafreiheit für Menschen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Unser Magazin ist ein Experiment, ein Versuch, die Stimme unserer Generation aus der post-sozialistischen Transformation hörbar zu machen. Wir wollen uns grenzüberschreitend über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Erfahrungen und Vorstellungen bewusst werden. So wollen wir dazu beitragen, eine neue Erzählung von Europa zu schaffen, die von Angst und Stereotypen befreit ist und die dem antipluralistischen und antidemokratischen Narrativ entgegensteht, das sich in der Krise verbreitet.

Nicht zu vergessen sind die zahlreichen Vorurteile, denen sich Menschen aus den post-sozialistischen Regionen seit Jahrzehnten ausgesetzt sehen. Unsere Generation möchte die Vorurteile abbauen und mit Angehörigen anderer Regionen Europas und der Welt auf Augenhöhe stehen.

Die AutorInnen des Magazins sind Menschen, deren wissenschaftliches, journalistisches oder künstlerisches Interesse im Ost-Europa-Bereich liegt.

Eine besondere Gemeinsamkeit besteht in der Anbindung über das Internationale Parlamentsstipendium des Deutschen Bundestages (IPS), wodurch viele AutorInnen aus den post-sozialistischen Regionen Einblicke in die Arbeit des Bundestages erhalten konnten. Deshalb besteht unser Anspruch darin, nicht nur die öffentliche Meinung zu beeinflussen, sondern auch politische EntscheidungsträgerInnen.

Weil unser Magazin als Eigeninitiative aus dem IPS-Programm erwachsen ist, verstehen wir uns auch als Parlamentsmagazin. Das heißt, das Magazin finanziert sich durch Abonnements der ParlamentarierInnen. Die Ausgaben erscheinen halbjährig. Kostenfrei erscheinen sämtliche Artikel zudem zeitversetzt auf der Internetseite.

Das Magazin ist überparteilich, positioniert sich aber klar für eine pluralistische Gesellschaft und gegen antidemokratische Einstellungen.



Eduard Kosminski

wurde 1982 in Radautz geboren und ist Teil der dt. Minderheit in Rumänien. Er ist Geschäftsführer bei *Ost Journal*, studierte Politikwissenschaft und war 2010 Teilnehmer des Internationalen Parlamentsstipendiums im Dt. Bundestag. Vor seiner Rückkehr nach Berlin war er in Rumänien als Manager für ein deutsches Unternehmen im Bereich der Landwirtschaft tätig. Seit März 2015 arbeitet er in einem Abgeordnetenbüro im Bundestag. Seine Interessenschwerpunkte liegen im Bereich bilateraler Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Rumänien, Ukraine und Moldau.

Martina Poljak

wurde 1988 in Zagreb geboren, ist in Wien aufgewachsen und lebt in Berlin. Sie ist zusammen mit Stefan Kunath Chef-Redakteurin bei *Ost Journal*, studierte Deutsche Philologie und Turkologie an der Universität Zagreb und Philosophie an der Universität Wien mit Studienaufenthalten in Izmir, Berlin und Joensuu, war 2016 IPS-Teilnehmerin und ist zurzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag. Im Rahmen der Zeitschrift beschäftigt sie sich mit dem Thema post-sozialistischer Neoliberalismus, sonst liegen ihre Themenschwerpunkte im Bereich politischer Philosophie und Sozialphilosophie.

Stefan Kunath

wurde 1989 in Frankfurt (Oder) geboren. Er ist zusammen mit Martina Poljak Chef-Redakteur bei *Ost Journal*. Sein Studium der Politik- und Europawissenschaften hat er an der Universität Potsdam und der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) mit Studienaufenthalten in Tel Aviv, Melbourne und Prag absolviert. Seit 2009 – zunächst als studentische Hilfskraft, nun als wissenschaftlicher Mitarbeiter – ist er bei einem Bundestagsabgeordneten im Themenbereich Drogenpolitik engagiert. Seine wissenschaftlichen Interessen liegen im Bereich Euro-Skeptizismus und Transformationsforschung.

What is Eastern Europe?

Hana Čurak

Eastern Europe is a congress of countries competing who has the best beer

The biggest number of hostels

The most open trade policy

The best highly educated blue-collar resource

The finest coal

The finest sea

The gentlest dictator.

Who has the prettiest women

The smartest women

The slimmest women

The women who will clean up with a smile on their face.

Who has the cheapest dentist

Who has a life better than yours

Who is a bigger Muslim

Orthodox or a Christian.

Who is turned to Turkey

Who to Russia

Who to the US,

and why.

Who will be the first one

To sell their children's knowledge

For a perfume, a VIP dinner,

a ride in a Mercedes.

Who will define the borders

Better than their fathers

Who will smoke more,

Shaking their head,

Saying how it has all changed for the worse.

Idealna kombinacija

Coca-Cola

i goveđi gulaš



Idealna kombinacija

Coca-Cola

i čevapi



Idealna kombinacija

Coca-Cola

i krompir musaka



Idealna kombinacija

Coca-Cola

i zeljanica



Ost Journal bestellen

Senden Sie uns zur Bestellung eines Einzelexemplars oder eines Abonnements eine E-Mail an mail@ost-journal.de mit folgenden Informationen:

Produktbezeichnung, Mengenangabe, Nachname, Vorname, ggf. Institution, Adresse, Postleitzahl, Ort, Email-Adresse.

Die genauen Produktbezeichnungen und Preise entnehmen Sie www.ost-journal.de.

Ost Journal erscheint zweimal jährlich (Frühlings-, Herbstausgabe) mit einem Jahresumfang von rund 150 Seiten im Format B5 (170 x 240 mm). Die Frühlingsausgabe erscheint bis Ende Juni. Die Herbstausgabe erscheint bis zum 08. Oktober des jeweiligen Jahres.

Impressum

Ost Journal Politik – Kultur – Gesellschaft

2-mal im Jahr erscheinende politische Fachzeitschrift

Jahrgang 1/2017

Angaben gem. § 5 TMG

Ost Journal GbR, Straße der Befreiung 46, D-15324 Letschin

Kontaktinformationen:

E-Mail: mail@ost-journal.de

Telefon: +49 (0) 177 492 740 7

Ost Journal GbR wird vertreten durch:

Stefan Kunath, Martina Poljak, Eduard Josif Kosminski

Umsatzst.-ID: 064/161/01742

Verantwortliche für journalistisch-redaktionelle Inhalte

gem. § 55 II RstV: Martina Poljak, Wielandstr. 32, 10629 Berlin

Förderabonnenten

Ulrike Bahr, Dr. André Hahn, Stefan Liebich, Birgit Menz, Dr. Simone Raatz, Frank Tempel, Katrin Werner

(alphabetisch geordnet, Stand: 14. Juni 2017)

Fotoverzeichnis: **Titelbild:** Belgrad Zemun 1, Steffen Emrich, Flickr, (CC BY-ND 2.0). **Innenseite:** Trabi an der East Side Gallery Berlin, Passion Leica, (CC BY-SA 2.0). **Seite 2:** Chefredakteurin Martina Poljak, Dirk Schröter, Ost Journal, **S.4:** Der Weg der Roten Fahne am Kulturpalast in Dresden, Flickr, Dierk Schaefer, (CC BY 2.0). **S.7:** Babushka, Rainer Stropek, Flickr, (CC BY 2.0). **S.10:** Inga Vitola, Flickr, (CC BY 2.0). **S.12:** Jeroen Moes, Visualhunt, (CC BY-SA), **S.14:** Matthew Henry, Shopify, (CC 0 1.0). **S.16:** Cha già José, Flickr, (CC BY-SA 2.0). **S.20:** Ernst-Thälmann-Platz in Prenzlauer Berg in Berlin, m.a.r.c., Flickr, (CC BY-SA 2.0). **S.23:** fdecomite, Flickr, (CC BY 2.0). **S.26:** Apartments in Košice in der Slowakei, Tony Bowden, (CC BY-SA 2.0). **S.28:** Paneláky, Cristian Iohan Ștefănescu, Flickr, (CC BY 2.0). **S.29:** Železničná stanica in Trnava in der Slowakei, Kurt Bauschardt, (CC BY-SA 2.0). **S.30:** Mane Tandilyan, Quelle: YELQ, **S.31:** YELQ, **S.34:** Tbilisi, Flickr, Thomas Depenbusch, (CC BY 2.0). **S.35:** Tatia, Simon, **S.36:** Nino, **S.37:** Erekle (Fotoquelle für sämtliche Fotos des Artikels: Therese Bach, Othmara Glas, **S.38:** Steinblume des Jasenovac-Gedenkmuseums in Kroatien, sundeviljeff, Flickr, (CC BY 2.0). **S.42:** Yugo in Minneapolis, Minnesota, USA, Amy West, (CC BY 2.0). **S.46:** San Francisco, StockSnap, Jared Erond, (CC 0 1.0). **S.49:** Mostar Brücke, François Philipp, Flickr, (CC BY 2.0). **S.50:** San Francisco, Greg Ortega, StockSnap, (CC 0 1.0). **S.52:** Golden Gate Bridge, Lisa Suender, Flickr, (CC BY-SA 2.0). **S.56:** Krem!, Larry Koester, Flickr, (CC BY 2.0). **S.57:** Elisabeth Motschmann, Quelle: Elisabeth Motschmann, **S.57:** Gernot Erler, Quelle: Foto: spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke). **S.58:** Wolfgang Gehrke, Quelle: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, **S.59:** Michael Georg Link, Flickr, (CC BY-SA 2.0) **S.60, 63, 64:** Auszüge aus Oktober, Quelle: Screenshots Youtube von Lisa Fuchte, **S.66:** Rüdiger Hahn, Quelle: Stefan Kunath, Ost Journal, **S.69:** Plattenbau in Kuntsevo, Moskau, Nikolay Semenov, Flickr, (CC BY-ND 2.0). **S.73:** Die Redaktion, Foto: Dirk Schröter für Ost Journal, **S.75:** Coca Cola und Cevapi in Sarajewo, Andreas Lehner, Flickr, (CC BY 2.0).

Weitere Beiträge und Aktuelles auf
www.Ost-Journal.de

ကော့လ် | တေဝ